



Bayerische Landeszentrale
für politische Bildungsarbeit

EINSICHTEN + PERSPEKTIVEN

Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte



2
—
17

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

nach drei Jahren des Gedenkmarathons zum Ersten Weltkrieg jähren sich nun 2017 weitere epochale Daten zum hundertsten Male: Der Historiker Hans Rothfels hatte 1953 im ersten Heft der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte das Jahr 1917 als Beginn einer „[...] neue[n] universalgeschichtliche[n] [...] Epoche“* gedeutet. Die entscheidende Zäsur sah er im „Doppelereignis“ „de[s] Eintritt[s] der Vereinigten Staaten in den Krieg und de[s] Ausbruch[s] der Russischen Revolution“.

In Blick auf die epochale welthistorische Ausstrahlung der Russischen Revolution widmet „Einsichten und Perspektiven“ diesem Thema eine neue, dreiteilige Serie. Autor Klaus Gestwa bettet das historische Ereignis von 1917 dabei in den Kontext eines Revolutionszyklus' 1905–1932 ein. Im vorliegenden Heft geht es um die Voraussetzungen und Vorgeschichte, in den Heften 3 und 4/2017 um das Ereignis der Revolution 1917 und um deren Folgen.

Außerdem finden Sie Beiträge zu diesen Themen:

- Im zweiten Teil unserer Serie zur Bundestagswahl 2017 stellt Niko Switek Überlegungen zu möglichen Koalitionen und parteilichen Koalitionsstrategien an;
- Heike Mayer stellt Toni Pfülf vor, eine Demokratin der ersten Stunde, die als Abgeordnete in die erste demokratische Nationalversammlung 1919 einzog und den Nationalsozialisten die Stirn bot, heute aber im Schatten anderer historischer Persönlichkeiten steht;
- Bernhard Schoßig schildert den schwierigen Weg der Entstehung von Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus in der Bundesrepublik;
- Peter März erinnert an Helmut Schön, den Bundestrainer aus Dresden, der 1974 die Deutsche Fußballnationalmannschaft zur Weltmeisterschaft führte.

Wir wünschen wir Ihnen eine interessante Lektüre und einen schönen Sommer!

Leserbriefe richten Sie bitte an folgende E-Mail-Adresse: landeszentrale@stmbw.bayern.de, Stichwort: Einsichten und Perspektiven.

Die Redaktion

.....
* S. seinen Aufsatz „Zeitgeschichte als Aufgabe“ im ersten Heft der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1953, S. 1–9, hier S. 6.

Autorinnen und Autoren dieses Heftes

Prof. Dr. Klaus Gestwa ist Lehrstuhlinhaber und Direktor des Instituts für Osteuropäische Geschichte und Landeskunde an der Universität Tübingen.

Dr. Peter März ist Historiker und als Ministerialrat im Bayerischen Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst tätig.

Dr. Heike Mayer ist Literaturwissenschaftlerin, arbeitet freiberuflich als Autorin und ist Chefredakteurin des Scheinwerfer, der Mitgliederschrift der Antikorruptionsorganisation Transparency International Deutschland.

Dr. Bernhard Schoßig war der erste pädagogische Leiter des internationalen Jugendgästehauses (heute: Max-Mannheimer-Studienzentrum) Dachau und ist derzeit Lehrbeauftragter für Didaktik der Geschichte und Public History am Historischen Seminar der Ludwig-Maximilians Universität München.

Dr. Niko Switek ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Politikwissenschaft mit Schwerpunkt „Politisches System der Bundesrepublik Deutschland und moderne Staatstheorien“ von Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte an der Universität Duisburg-Essen.

Inhalt



Der Russische Revolutionszyklus 1905–1932

Teil 1: Voraussetzungen

von Klaus Gestwa

4

Toni Pfülf (1877–1933)

Politikerin, Rednerin, Widerstandskämpferin

von Heike Mayer

32



Der Bundestrainer aus Dresden.

Helmut Schön als Figur deutscher Zeitgeschichte

von Peter März

44

**Die Entstehung von Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus –
ein Rückblick auf das erste Vierteljahrhundert nach der Befreiung**

von Bernhard Schoßig

50



Bunte Koalitionsrepublik Deutschland

von Niko Switek

58

Neue Publikationen und Projekte der Landeszentrale

70



Leseempfehlung

Dina Dor-Kasten: Versteckt unter der Erde.

Die Überlebensgeschichte der Familie Kasten

75

Der Russische Revolutionszyklus 1905–1932

Teil 1: Voraussetzungen

von Klaus Gestwa

Serie:
Der Russische
Revolutions-
zyklus



Der Film „Panzerkreuzer Potemkin“ (UdSSR 1925, Regie: Sergej M. Eisenstein) wurde zur Bildikone der Russischen Revolution 1905.
Foto: picture alliance/akg images

Revolution als Inbegriff für beschleunigten und radikalen Wandel steht für das Prinzip, dass der gewohnte Gang der Geschichte – wenn es ihn denn gibt – schlagartig eine andere Richtung nehmen kann, wenn sich große Menschenmassen unter dem Einfluss von Ereignissen, Ideen und charismatischen Führungspersonlichkeiten mitreißen und politisieren lassen. Mit ihrer radikalen Dynamik veranschaulichen Revolutionen die Unbeständigkeit, Anfälligkeit und Wandelbarkeit der Welt. Selbst wenn sie scheitern, schaffen sie Unwiderrufliches. Mit ihren Parolen und Visionen bleiben sie darum stets umstrittene Erinnerungsorte. So deuten die einen seit Ende des 18. Jahrhunderts Revolution als Verheißung und sehnen sie als emanzipatorischen Rettungs- oder Befreiungsakt herbei. Ganz in diesem Sinne bezeichnete Karl Marx 1851 die Revolution sogar als „Lokomotive der Geschichte“ und folglich als Antriebsmotor des gesellschaftlichen Fortschritts. Anderen skeptischen Geistern hingegen erscheint die Revolution wegen ihrer hoch emotionalisierten Gemeinschaftsmomente der Wut, der Maßlosigkeit und des unkontrollierten Volkszorns vielmehr als Bedrohung und kostspieliges, opferreiches Ereignis von hoher Intensität und Dramatik. Mit dem Ausbruch der Revolution – so die bittere Lehre der Geschichte – werde oftmals die Büchse der Pandora geöffnet und Länder infolge der Machtergreifung der Radikalen und ihrer terroristischen Schreckensherrschaft in Chaos und Gewalt gestürzt.¹

Revolution als geschichtspolitische Herausforderung

Der 100. Jahrestag der revolutionären Ereignisse von 1917 stellt darum eine geschichtspolitische Herausforderung dar; das gilt in aller Nachdrücklichkeit für Russland – das Mutterland der sozialistischen Revolution. Während Moskau im 20. Jahrhundert als aktiver Revolutionsexporteur in Erscheinung getreten war, hat der Kreml mit Beginn des 21. Jahrhunderts ein striktes Revolutionsembargo verhängt und bemüht sich auf vielerlei Weise, den globalen Fluss kritischen Denkens und die Ausbreitung sozialer Proteste zu unterbinden. Die Erinnerung an 1917 soll in der russischen Gesellschaft bloß nicht Lust auf den Wandel der bestehenden Ordnung machen. Dementsprechend erklären führende Vertreter des Moskauer Machtestablishments, man müsse die Revolution für immer aus der

politischen Praxis verbannen und auf den Müllhaufen der Geschichte entsorgen. In Russland sei mit 1917 das Limit für die Revolution längst erschöpft.²

Das Ende der Revolution war zuvor auch andernorts ausgerufen worden. Nachdem sich die Ära des Kalten Krieges noch einmal als ein letztes Revolutionszeitalter erwiesen hatte,³ prägte Timothy Garton Ash, ein kluger Beobachter der Zeitenwende in Osteuropa, den Begriff von der „Refolution“, also einer Mischform von

1 Vgl. Andreas Fahrmeir: *Revolutionen und Reformen. Europa 1789–1850*, München 2010; Florian Grosser: *Theorien der Revolution*, Hamburg 2013; Jack A. Goldstone: *Revolutions. A very Short Introduction*, Oxford 2014; Gero von Randow: *Wenn das Volk sich erhebt. Schönheit und Schrecken der Revolution*, Köln 2017.

2 Ekaterina Makhotina: *Verordnete Versöhnung. Geschichtspolitische und gesellschaftliche Perspektiven auf die Russische Revolution*, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 65 (2017), S. 295–305; Boris Kolonickij: *Unvorhersehbare Vergangenheit. Gedächtnispolitik und Erinnerungskultur im heutigen Russland*, in: *Deutsches Historisches Museum/Schweizerisches Nationalmuseum* (Hg.): *1917 – Revolution. Russland und die Folgen*, Dresden 2017, S. 157–171; Jan Plamper: *Erinnerung und Verdrängung der Revolution in Russland – zwischen Märtyrologie, Konspirologie und starkem Staat*, in: Jan Claas Behrends/Nikolaus Katzer/Thomas Lindenberger (Hg.): *100 Jahre Roter Oktober. Zur Weltgeschichte der Russischen Revolution*, Berlin 2017, S. 279–294.

3 Jeff Goodwin: *No Other Way Out. States and Revolutionary Movements, 1945–1991*, Cambridge 2001; John Foran: *Taking Power. On the Origin of Third World Revolutions*, Cambridge 2005.

Reform und Revolution, um die friedliche Umwälzung von 1989 als etwas Neues zu bezeichnen.⁴ Im Jahr 2000 nach dem Sturz von Slobodan Milošević, dem damaligen Präsidenten der Bundesrepublik Jugoslawien, bezeichnete Ash diesen Aufstand in Serbien vollmundig sogar als „*the last revolution*“.⁵ Zeitgleich erklärten Revolutionstheoretiker, dass sich infolge der weltweit „dritten Demokratisierungswelle“⁶ seit den 1970er Jahren die Wahlurne als der „Sarg“ für Revolutionäre erweise.⁷ Kurzum: Nachdem der konservative amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama 1989 mit dem Siegeszug von Demokratie und Kapitalismus das „Ende der Geschichte“ heraufziehen sah, meinten viele, auch von der Revolution Abschied nehmen zu können.⁸

Aber aus den Arenen sowohl des Historischen als auch des Politischen ist die Revolution zu Beginn des 21. Jahrhunderts noch längst nicht verschwunden. Als Folge einer sprunghaften Temperaturerhöhung der Gesellschaft und einer Radikalisierung politischer Erregungszustände geht von dem Gedanken an die Möglichkeit staatlicher Umstürze weiter ungebrochene Faszination und zugleich Schrecken aus. Das große revolutionäre Gefühlstheater mit hochschießenden Erwartungen und tiefen Frustrationen boten nach 2003 zunächst die sogenannten Farbrevolutionen in Georgien, der Ukraine, in Kirgisien und im Libanon, zuletzt dann der Arabische Frühling von 2012 (bevor er vielerorts in einen „islamistischen Winter“ umschlug) sowie der ukrainische Euromajdan aus den Jahren 2013/14. Gleichsam mit den transnationalen Protestbewegungen *Occupy* und *Attac* halten Kapitalismus-

und Globalisierungsgegner wie Bernie Sanders, Stéphane Hessel, Slavoj Žižek, Alain Badiou oder die Pussy-Riot-Aktivistin Nadja Tolokonnikowa unbeirrt die Fahne der Revolution als eine Möglichkeit des Politischen hoch.⁹ Selbst der neu gewählte französische Präsident Emmanuel Macron zelebriert sein politisches Programm pathetisch als die Fortführung der großen französischen Revolutions-tradition.¹⁰

Angesichts der fortdauernden „Präsenz der Revolution“¹¹ bietet der 100. Jahrestag von 1917 darum einen guten Anlass, um eingehend über die Revolution als einen besonderen Modus des beschleunigten sozialen Wandels nachzudenken. Angesichts der „friedlichen Revolutionen“ von 1989 in Osteuropa und den revolutionären Ereignissen zu Beginn des 21. Jahrhunderts, die oft in Anlehnung an Medienupdates als „Revolution 2.0“ oder „Revolution 3.0“ bezeichnet werden,¹² lässt sich vor dem historischen Hintergrund von 1917 herausarbeiten, was für die wiederholt eingeforderte „neue Soziologie der Revolutionen“¹³ und damit „*the fourth generation of revolutionary theory*“¹⁴ von besonderer Bedeutung ist. Was haben die „Großen Revolutionen“ der Zeit von 1789 bis 1917 mit den gesellschaftlichen Aufständen und Umbrüchen der letzten Jahrzehnte gemeinsam? Wie erklärt sich ungeachtet aller Abgründe, die sich in Zeiten von Aufruhr und Umwälzungen immer wieder auftun, das fortgesetzte Faszinosum Revolution?

Über Jahrzehnte hinweg ist die Oktoberrevolution von sowjetischen und anderen sozialistischen Historikern zum Mythos und in Form eines ideologiegeleiteten

4 Timothy Garton Ash: Ein Jahrhundert wird abgewählt, München 1990. Ähnlich Richard Sakwa: The Age of Paradox. The Anti-Revolutionary Revolutions of 1989–1991, in: Mora Donald/Tim Rees (Hg.): Reinterpreting Revolution in Twentieth-Century Europe, New York 2001, S. 159–176.

5 Timothy Garton Ash: The last Revolution, in: New York Review of Books, 16. November 2000, S. 8–14.

6 Samuel P. Huntington: The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century, London 1991.

7 Jeff Goodwin: The Renewal of Socialism and the Decline of the Revolution, in: John Foran (Hg.): The Future of Revolution. Rethinking Radical Change in the Age of Globalization, London/New York 2003, S. 59–72, hier S. 67.

8 Zur kontroversen Diskussion über das angebliche Ende der Revolution vgl. Foran (Hg.): The Future of Revolution; Nikki R. Keddie (Hg.): Debating Revolution, New York 1995; Noel Parker: Revolutions and History. An Essay in Interpretation, Cambridge 1999; Mark N. Katz: Reflections on Revolution, New York 1999; ders. (Hg.): Revolution. International Dimensions, Washington, D.C. 2001; Agata Stopińska/Anke Bartels/Raj Kollmorgen (Hg.): Revolution. Reframed – Revisited – Revised, Frankfurt/am Main 2007; John Foran/David Lane/Andreja Zivkovic (Hg.): Revolution in the Making of the Modern World, London/New York 2008; Paul Mason: Why It's Kicking off Everywhere. The New Global Revolutions, London 2012.

9 Slavoj Žižek: Die Revolution steht bevor. Dreizehn Versuche über Lenin, Frankfurt 2002; Stéphane Hessel: Empört Euch!, Berlin 2010; Alain Badiou: The Rebirth of History. Times of Riots and Uprisings, New York 2012; Nadja Tolokonnikowa: Anleitung für eine Revolution, Berlin 2016; Bernie Sanders: Unsere Revolution: Wir brauchen eine gerechte Gesellschaft, Berlin 2017.

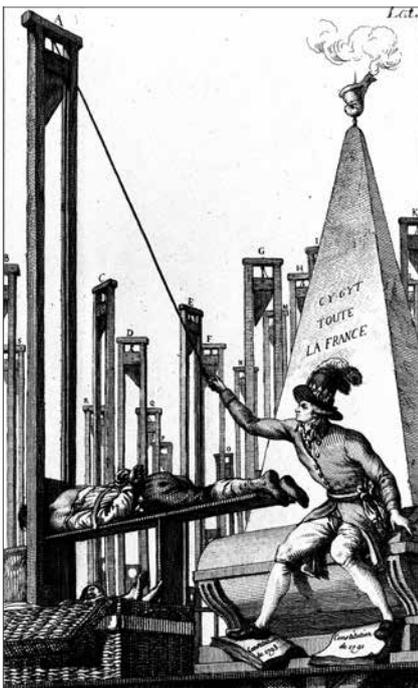
10 Emanuel Macron: Revolution – Wir kämpfen für Frankreich, Kehl am Rhein 2017.

11 So die Formulierung von Jörn Leonhard: Das Präsenz der Revolution. Der Bonapartismus in der europäischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, in: Werner Daum u.a. (Hg.): Kommunikation und Konfliktaustragung. Verfassungskultur als Faktor politischer und gesellschaftlicher Machtverhältnisse, Berlin 2010, S. 293–317.

12 Wael Ghonim: Revolution 2.0. Wie wir mit der ägyptischen Revolution die Welt verändern, Berlin 2012; Simon Geissbühler (Hg.): Kiew – Revolution 3.0. Der Euromaidan 2013/14 und die Zukunftsperspektiven der Ukraine, Stuttgart 2014.

13 Jeff Goodwin: Toward a New Sociology of Revolutions, in: Theory and Society 43 (1994), S. 731–766; Zygmunt Bauman: A Revolution in the Theory of Revolution?, in: International Political Science Review 15 (1994), S. 15–24.

14 Jack Goldstone: Toward A Fourth Generation of Revolutionary Theory, in: Annual Review of Political Science 4 (2001) H. 1, S. 138–187.



Robespierre köpft, nachdem ganz Frankreich guillotiniert wurde, auch noch den Henker; zeitgenössische Karikatur
Abbildung: ullstein bild/Roger Viollet



Die glorifizierte Darstellung der Marianne als Symbol des Aufbruchs
Abbildung: ullstein bild/Granger, NYC

flachen Determinismus zum Wahrheitsbeweis für angebliche historische Gesetzmäßigkeiten verklärt worden.¹⁵ Andere haben Lenin und die Bolschewiki dämonisiert sowie wilde Skandalgeschichten und Verschwörungstheorien verbreitet, die einzelne Sachverhalte über Gebühr aufblasen und dabei die komplexen Zusammenhänge verkennen. Das hat gleichfalls dazu beigetragen, dass sich um die Geschehnisse des Jahres 1917 ein dichtes Gestrüpp aus Halbwahrheiten, unhaltbaren Spekulationen und blanken Lügen rankt. Nach der Öffnung der russischen Archive während der 1990er Jahre konnte die internationale Forschung wichtige Dokumente neu sichten, um Vorannahmen, Meinungen und Befunde zu überprüfen. Der Erkenntnisgewinn war beträchtlich, auch dank neuer kultur- und globalhistorischer Zugänge.¹⁶ Die Bilanzierung dieser faszinierenden Forschungs-

fülle eröffnet mit dem Abstand von 100 Jahren heute die Möglichkeit, nähere Schlüsse darüber zu gewinnen, welche Ursachen und Folgen die erstmalige Staatswerdung des Sozialismus dank der Oktoberrevolution eigentlich hatte. Kürzlich schrieb Jörg Baberowski dazu: „Alle Versuche, Gesellschaften politisch und sozial zu ordnen, waren im 20. Jahrhundert auf die eine oder andere Weise eine Antwort auf die Herausforderung der Russischen Revolution. So gesehen, war das 20. Jahrhundert kein amerikanisches und auch kein deutsches, kein liberales oder konservatives, sondern ein sowjetisches Jahrhundert.“¹⁷

Dieses Statement betont die welthistorische Bedeutung der Oktoberrevolution, überzieht dabei allerdings.¹⁸ Viele Prozesse und Phänomene, die das 20. Jahrhundert prägten, hatten ihre Ursprünge in den Entwicklungen und

15 Dietrich Beyrau: Die Russische Revolution im Meinungsstreit. Sozialwissenschaftliche und geistesgeschichtliche Deutungen, in: Neue Politische Literatur 30 (1985), S. 51–71; Frederick C. Corney: Telling October. Memory and the Making of the Bolshevik Revolution, Ithaca 2004.

16 Die Flut an Jahrestag-Literatur ist gegenwärtig erstaunlich. Gute Zusammenfassungen des internationalen Forschungsstands bieten Mark D. Steinberg: The Russian Revolution, 1905–1921, Oxford 2017; Stephen A. Smith: Russia in Revolution. An Empire in Crisis, 1890 to 1928, Oxford 2017; Martin Aust: Die Russische Revolution. Vom Zarenreich zum Sowjetimperium, München 2017; Dietrich Beyrau: Krieg und Revolution. Russische Erfahrungen, Paderborn 2017.

17 Jörg Baberowski: Die neue Diktatur. Die Russische Revolution und das Ende des Alten Europa, in: Helmut Altrichter u.a.: 1917 – revolutionäres Russland, Darmstadt 2016, S. 115–127, hier S. 127.

18 In seiner vielbeachteten Gesamtdarstellung zum 20. Jahrhundert konstatierte schon Eric Hobsbawm, dass die Oktoberrevolution für das Jahrhundert ein ebenso zentrales Ereignis darstelle, „wie es die französische Revolution von 1789 für das 19. Jahrhundert gewesen war. Es ist in der Tat kein Zufall, dass die Geschichte des kurzen 20. Jahrhunderts [...] genau mit der Lebensdauer des Staates zusammenfällt, den die Oktoberrevolution geboren hatte.“ So Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München 1997, S. 114.

Ideologien des „langen 19. Jahrhunderts“.¹⁹ Daher ist die Oktoberrevolution ihrerseits als Reaktion auf den Aufstieg der kapitalistischen Hochmoderne, auf den bürgerlichen Liberalismus und westlichen Imperialismus zu verstehen. Zudem: So bedeutsam die sozialistische Herausforderung für die Politikgestaltung im 20. Jahrhundert auch gewesen sein mag, wichtige politische Entscheidungen wurden in den einzelnen Ländern nicht mit dem Blick auf Moskau, sondern vor allem aus eigenen Notwendigkeiten, Einsichten und Traditionen heraus getroffen. Der europäische Faschismus beispielsweise etablierte sich als politische Vernichtungskraft zwar dank seiner Abscheu gegenüber dem Bolschewismus. Seine Genese lässt sich aber kaum allein darauf zurückführen, weil so die innergesellschaftliche Anfälligkeit für den Faschismus heruntergespielt und damit einer apologetischen Sicht das Wort geredet wird. Im deutschen Fall waren der Nationalismus, das Streben nach Weltherrschaft und der Antisemitismus weit wichtigere Faktoren als der Anti-Bolschewismus.²⁰

Zu bedenken ist ferner, dass 1917 nicht nur das Jahr war, in dem nach dem Ende der Zarenherrschaft der Aufstieg des ersten sozialistischen Staats zum „global player“ begann. Zeitgleich mit den revolutionären Ereignissen in Russland trat die USA in den Ersten Weltkrieg ein und wurden dank ihrer ökonomischen und militärischen Macht zur Weltmacht.²¹ Statt einseitig die weit verbreitete Vorstellung vom „American Century“ durch die These vom „sowjetischen Jahrhundert“ in Frage zu stellen, scheint es sinnvoller zu betonen, wie die USA und die Sowjetunion mit ihrer 1917 beginnenden Systemkonfrontation sowie mit ihren wechselseitigen transnationalen Bezug- und Einflussnahmen den Ost-West-Konflikt und das Weltgesche-

19 Vgl. dazu vor allem Christopher A. Bayly: Die Geburt der modernen Welt. Eine Globalgeschichte 1780–1914, Frankfurt am Main/New York 2006, S. 564; Jürgen Osterhammel: Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts, München 2009.

20 Den „kausalen Nexus“ zwischen Bolschewismus und Nationalsozialismus betonte vor allem Ernst Nolte: Der europäische Bürgerkrieg 1917–1945. Nationalsozialismus und Bolschewismus, Frankfurt am Main/Berlin 1987, S. 534–549. Noltess umstrittene These, das stalinistische Lagersystem des Gulag habe „das logische und faktische Prius“ vor Auschwitz, so dass der „Rassenmord“ der Nationalsozialisten aus Furcht vor dem älteren „Klassenmord“ der Bolschewiki entstanden sei, löste 1986 in der Bundesrepublik den berühmten Historikerstreit aus. Innerhalb der Historikerzunft wird Noltess Verständnis vom Nationalsozialismus als Abwehrideologie und überschießende Antwort auf die Herausforderung der Oktoberrevolution weithin zu Recht abgelehnt. Das schließt nicht aus, dass die vielfältigen Verflechtungen und Resonanzen zwischen Bolschewismus und Faschismus thematisiert werden. Vgl. Gerrit Dworok: „Historikerstreit“ und Nationswerdung. Ursprünge und Deutung eines bundesrepublikanischen Konflikts, Köln/Weimar/Wien 2015.

21 Adam Tooze: Sintflut. Die Neuordnung der Welt 1916–1931, München 2015.

hen fortan nicht allein, aber doch maßgeblich bestimmen. Nach der weltkriegsbedingten Anti-Hitler-Allianz manifestierte sich die Konkurrenz von Kapitalismus und Kommunismus in der Bipolarität des Kalten Kriegs und schuf damit Spannungspotentiale, die – wie die letzten Entwicklungen seit 2014 zeigen – auch heute noch nicht restlos entschärft sind. Auch so gesehen zeigt sich, dass die Oktoberrevolution keineswegs spurlos im Reich der Vergangenheit versunken ist, sondern neben ihren erinnerungskulturellen auch ihre weltpolitischen Nachwirkungen bis heute bedeutsam geblieben sind.



Das Gedenkplakat des sowjetischen Künstlers Adolf I. Strachov-Braslavskij zelebriert Lenin als vorausschauenden Revolutionsführer.
Abbildung: picture alliance/CPA Media

Der Ursprung und die Versprechen des Sozialismus

Ideengeschichtlich gesehen war der Sozialismus ein legitimes Kind der europäischen Aufklärung des 18. Jahrhunderts. Mit seiner Synthese von Freiheit, Modernität und Gleichheit brachte er sowohl Immanuel Kants Diktum von der Aufklärung als „Ausgang des Menschen aus seiner

selbstverschuldeten Unmündigkeit“ als auch Jean-Jacques Rousseaus Postulat von der „Volkssouveränität“ zum politischen Ausdruck. Getragen vom festen Glauben an Vernunft und Wissenschaft sowie einer starken Leidenschaft für die Rebellion gegen die bestehenden Sozialhierarchien, zielten schon die sozialistischen Vordenker mit einem quasireligiösen Bestreben darauf, die Menschheit umzuerziehen. Ihr Groll auf die ungerechte Ordnung ihrer Zeit war oft verbunden mit Militanz und Opferbereitschaft. Als Sirenen des Fortschritts lockten die Sozialisten und Kommunisten bald mit vielversprechenden Gesängen von Gleichberechtigung und Selbstbestimmung, Wohlstand und Solidarität.

Sozial- und wirtschaftsgeschichtlich gesehen, erblickte der Sozialismus im „Zeitalter der Revolution“²² das Licht der Welt, und zwar als Reaktion auf die kapitalistische Industrialisierung. In deren Verlauf entstand infolge des unaufhörlichen Aufstiegs der neuen Fabrikproduktion mit der Arbeiterschaft eine neue soziale Großgruppe, deren Befreiung sich die Sozialisten und Kommunisten mit Großbuchstaben auf ihre roten Fahnen schrieben. Nachdem in den 1820er und 1830er Jahren der Begriff Sozialismus Einzug in die politische Lexik gefunden hatte, entwickelte sich das von Karl Marx und Friedrich Engels um die Jahreswende von 1847/48 im Auftrag des deutschen Bundes der Kommunisten verfasste „Kommunistische Manifest“ als die Eloge an Klassenkampf und Revolution zu einer Art Gründungsdokument, das dem politischen Denken und Handeln seiner Anhänger fortan die Richtung wies. Formulierungen wie „Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst des Kommunismus“ und der Aufruf „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ waren bald in aller Munde und fanden auch ihren Weg nach Russland.²³

Der Sozialismus versprach nicht nur Freiheit und Emanzipation. Als Fortschrittsideologie bezog er zugleich Attraktivität aus der Verheißung, dass alle Gesellschaften bald zu Industrieländern würden. Der Revolutionär Nikolaj V. Valentinov, ein enger Freund Lenins, schrieb, dass er und seine Gesinnungsgenossen sich vor allem vom „gesellschaftlichen und ökonomischen Optimismus“ sowie vom „europäischen Charakter“ der Marx’schen Lehre angesprochen fühlten. Sie roch „nicht nach heimischem Muff und Provinzialismus, sondern war neu, frisch

.....

22 Eric Hobsbawm: *The Age of Revolution, 1789–1848*, London 1962.

23 Zur Entstehungsgeschichte des Sozialismus vgl. David Priestland: *Weltgeschichte des Kommunismus. Von der Französischen Revolution bis heute*, München 2009, S. 9–74; Paresh Chattopadhyay: *Karl Marx and Friedrich Engels on Communism*, in: Stephen A. Smith (Hg.): *The Oxford Handbook of the History of Communism*, Oxford 2014, S. 37–54; Axel Honneth: *Die Idee des Sozialismus. Versuch einer Reaktualisierung*, Berlin 2015, S. 23–84.

und verlockend“. Die infrastrukturelle und technologische Modernisierung von Wirtschaft und Staat setze – so Valentinovs Erwartung – durch die „Demoralisierung und Zersetzung der alten Gesellschaft neue Kräfte frei, die das autokratische Regime mit seinen Abscheulichkeiten hinwegfegen würden.“ Mit seinem starken technischen Eros und seiner mitreißenden Zuversicht, aufregende Zeiten stünden bevor, enthielt der Marxismus für seine russischen Anhänger das Versprechen, „dass wir kein halbasiatisches Land bleiben, sondern Teil des Westens mit seiner Kultur, seinen Institutionen und Eigenschaften werden würden. Der Westen war unser Leuchtfeuer.“²⁴

Valentinovs Erinnerungen zeigten, dass der Sozialismus in den führenden westlichen Industriegesellschaften auf die Verwerfungen der Moderne, im stärker agrarisch geprägten Russland aber vor allem auf die „Herausforderungen des Mangels an Moderne – in der Sprache der Zeit: auf Rückständigkeit“ reagierte.²⁵ Das unterstrich Leo Trotzki nachdrücklich, indem er die „verspätete Entwicklung“ und das „Zurückbleiben“ zum wesentlichen „Charakterzug“ der russischen Geschichte erklärte und in der Überwindung dieses drückenden Erbes eines der zentralen Anliegen der Oktoberrevolution sah.²⁶

Die „Großen Reformen“ und der Aufbruch ins Zeitalter der Industriemoderne

In Russland hatten die Eliten während des 19. Jahrhunderts immer wieder heftig darum gefochten, ob das Zarenreich dem industriellen Weg der westeuropäischen Länder folgen solle. Die schmachvolle Niederlage im Krimkrieg (1853–1856) gegen die technisch weit besser ausgerüsteten britischen und französischen Militärverbände deckte dann schonungslos die russische Unterlegenheit auf.²⁷ Als Alexander II. gegen Kriegsende den Zarenthron übernahm, erkannten er und seine Berater, dass die umfassende Erneuerung der Grundlagen von Staat und Wirtschaft längst zum kategorischen Imperativ geworden war, um im kompetitiven Umfeld der um Einfluss miteinander ringenden europäischen Imperien den bedrohten Status als Großmacht aufrecht erhalten zu können.

.....

24 Nikolaj V. Valentinov: *Encounters with Lenin*, Oxford 1968, S. 23.

25 Dietrich Beyrau: *Oktoberrevolution. „Flammenschrift auf Europas östlicher Wand“*, in: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung*, 2017, S. 31–52, hier S. 48.

26 Leo Trotzki: *Geschichte der russischen Revolution*, Frankfurt/am Main 1982, S. 13 ff.

27 Winfried Baumgart: *The Crimean War*, London 1999; Orlando Figes: *Krimkrieg*, Berlin 2014.



Am 19. Februar 1861 verlas Zar Alexander II. das Manifest über die Bauernbefreiung und beendete damit die russische Leibeigenschaft.
Abbildung: picture alliance/akg

Die doppelte Angst, sowohl vor dem weiteren Ansehensverlust auf der internationalen Bühne als auch vor der Revolution im Inneren, fungierte als mächtiger Reformantrieb. Der zügige Staatsausbau und Industriebau wurde zur Staatsmaxime. Neue Projekte und Gesetze sollten die Steuerungskräfte und die Zukunftsfähigkeit der sozialen Ordnung stärken, um das alte Russland endlich auf die neue Zeit einzustellen.²⁸

Die unter Alexander II. als Modernisierung von oben verfüigten „Großen Reformen“ hoben nicht nur 1861 die hinderliche Leibeigenschaft auf.²⁹ Mit dieser längst überfälligen Bauernbefreiung gingen vielmehr auch andere ambitionierte Modernisierungsvorhaben einher. In schnell-

er Abfolge folgten die Militär-, die Justiz-, Stadt- und Universitätsreform sowie die Schaffung der Organe lokaler Selbstverwaltung in Stadt und auf dem Land. Erstmals entstand eine ausgebaute Lokalverwaltung, die den sozialen Gruppen vor Ort eine gewisse politische Mitsprache einräumte. Vor allem die ländliche Selbstverwaltung, die sich in sogenannten *Zemstva* (Landschaftsvertretungen) organisierte, wurde zu einer ersten Schule von Selbstbestimmung und Partizipation.³⁰ Mit den Großen Reformen ging es um nicht weniger als um den Versuch, den Wandel des ständisch gebundenen Untertanenverbands in eine Staatsbürgergesellschaft auf den Weg zu bringen. Russland schüttelte seine frühneuzeitlichen Strukturen ab,

28 Zum Reformzaren Alexander II. vgl. Heinz-Dietrich Löwe: Alexander II. 1815–1881, in: Hans-Joachim Torke (Hg.): Die Russischen Zaren 1547–1917, München 1995, S. 315–338; Matthias Stadelmann: Die Romanovs, Stuttgart 2008, S. 170–200.

29 David Moon: The Abolition of Serfdom in Russia, 1762–1907, Essex 2001.

30 Dietrich Beyrau/Manfred Hildermeier: Von der Leibeigenschaft zur frühindustriellen Gesellschaft (1856–1890), in: Gottfried Schramm (Hg.): Handbuch der Geschichte Russlands, Bd. 3: 1856–1945, Stuttgart 1983, S. 5–201, hier S. 68–84; Terry Emmons/Wayne S. Vucinich (Hg.): The Zemstvo in Russia. An Experiment in Local Self-Government, Cambridge/Mass. 1982.

um endlich Anschluss zu finden an die Prozesse, die für die Epoche des 19. Jahrhunderts in Europa längst kennzeichnend waren. Daher lassen sich die Dimensionen und Implikationen des nach Ende des Krimkriegs in Angriff genommenen Reformwerks nur mit der Europäisierungspolitik Peters des Großen zu Beginn des 18. Jahrhunderts vergleichen.³¹

Im Zarenreich begannen sich seit den 1860er Jahren neue politische und gesellschaftliche Kräfte zu formieren. Der von Alexander II. eingeleitete Wandel der politisch-gesellschaftlichen Verfasstheit entriegelte Fortschrittsbremsen und entfachte eine Entwicklungsdynamik, die das Land auf seinem Weg ins Maschinenzeitalter unaufhörlich vorantrieb. Die Industrie-, Währungs- und Zollpolitik, für die als Finanzminister vor allem der aus einer baltendeutschen Ritterfamilie stammende Sergej Witte (1849–1915) verantwortlich war, ließ Russland immer attraktiver für ausländisches Kapital werden. Auf diesem Zukunftsmarkt lockten hohe Gewinne.³² Dank dieser Anleihen und verbesserter Steuereinnahmen standen bald ausreichende Geldmittel zu Verfügung, um staatlicherseits große Infrastrukturprojekte zu finanzieren und mächtige Aktiengesellschaften ins Leben zu rufen. Der Transfer von westlichem Kapital, Technologie und Expertise sowie die zunehmende transnationale Verflechtung kompensierten die oftmals fehlenden autochthonen Voraussetzungen.³³ Das Zarenreich schickte sich an, eine konkurrenzfähige Wirtschaft aufzubauen und sich in globale Warenkreisläufe einzubringen. Die damit vorangetriebene Expansion moderner Industrie und Staatlichkeit stellte sich den Zeitgenossen als ein aufsehenerregendes Schauspiel dar, das allerorten neue Kartographien des Sozialen entstehen

.....

31 So Dietrich Geyer: Die Russische Revolution, Göttingen 1985, S. 14. Zu den „Großen Reformen“ vgl. Werner E. Mosse: *Perestroika under the Tsars*, London 1992; Ben Eklof (Hg.): *Russia's Great Reforms, 1855–1881*, Bloomington 1994; W. Bruce Lincoln: *The Great Reforms. Autocracy, Bureaucracy, and the Politics of Change*, DeKalb/Il. 1990; Manfred Hildermeier: *Geschichte Russlands. Vom Mittelalter bis zur Oktoberrevolution*, München 2013, S. 879–961.

32 Zum politischen Wirken von Witte vgl. Sidney Harcave: *Count Sergei Witte and the Twilight of Imperial Russia. A Biography*, Armonk, NY 2004; Francis W. Wcislo: *Tales of Imperial Russia. The Life and Times of Sergei Witte, 1849–1915*, Oxford 2011.

33 John P. McKay: *Pioneers for Profit. Foreign Entrepreneurship and Russian Industrialization 1885–1913*, Chicago 1970; Dittmar Dahlmann/Carmen Scheide (Hg.): „... das einzige Land in Europa, das eine große Zukunft vor sich hat“. Deutsche Unternehmen und Unternehmer im Russischen Reich im 19. und frühen 20. Jahrhundert, Essen 1998; Dittmar Dahlmann u.a. (Hg.): *Eisenbahnen und Motoren – Zucker und Schokolade. Deutsche im russischen Wirtschaftsleben vom 18. bis zum frühen 20. Jahrhundert*, Berlin 2005; Jonathan A. Grant: *Big Business in Russia. The Putilov Company in Late Imperial Russia, 1868–1917*, Pittsburgh 1999.

ließ. Im Baumwollgewerbe, dem Leitsektor der russischen Industrialisierung, dominierte zunehmend die einheimische Fertigung, weil sich die Zahl der Spinn- und Webmaschinen von 1879 bis 1913 mehr als verdreifacht hatte. Die Kohleförderung hatte sich zwischen 1869 und 1913 von 300.000 auf 36 Mio. Tonnen erhöht, die Stahlproduktion von 200.000 auf fast fünf Mio. Tonnen. In der gleichen Zeit waren die Eisenbahnkilometer von anfänglich kümmerlichen 1.626 auf schließlich über 70.000 Kilometer angestiegen.³⁴

Vor allem mit dem 1891 verkündeten Bau der Transsibirischen Eisenbahn, der mit 9.288 Kilometern längsten Bahnstrecke der Welt, bewies das Zarenreich seine Erschließungskraft und unterstrich damit seine kühnen Ambitionen, nicht mehr als Koloss auf tönernen Füßen, sondern als Gigant auf eisernen Rädern zu erscheinen.³⁵



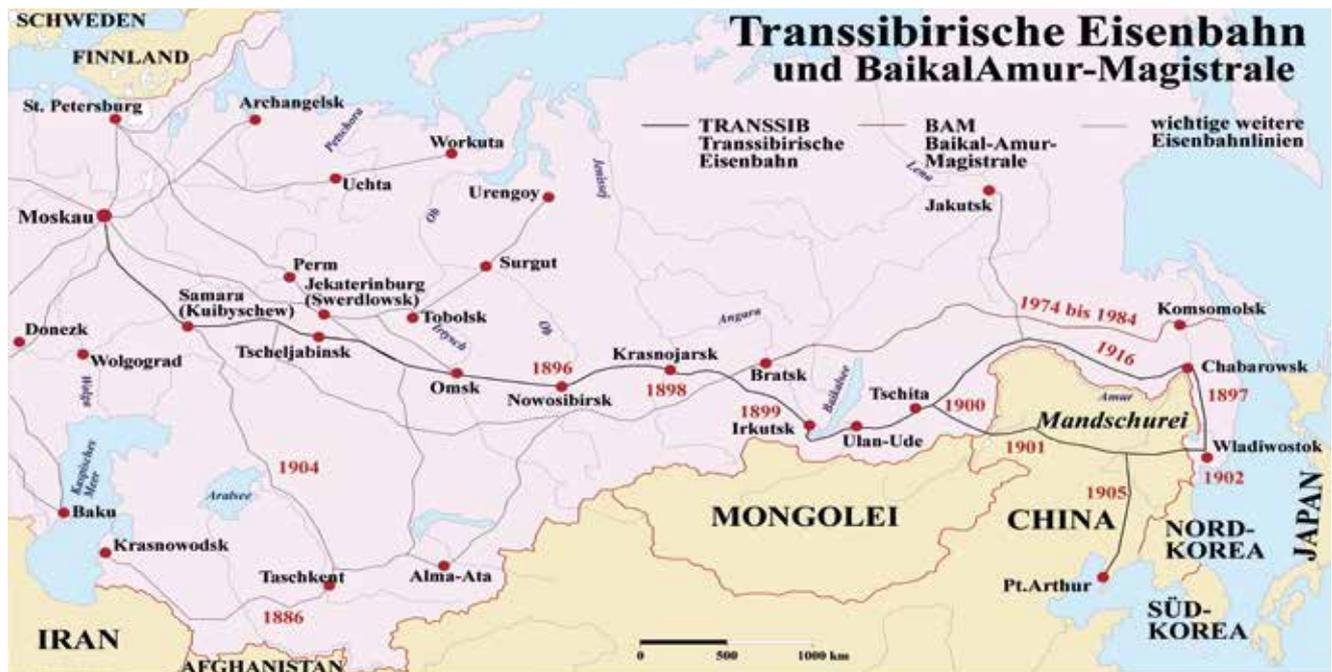
Die Transsibirische Eisenbahn hat nicht nur die längste Eisenbahntrasse der Welt, ihr Bau mitten durch die Wildnis Sibiriens stellte auch eine eindrucksvolle Leistung im Bereich der Organisation und Logistik dar, mit der sich Russland vor der Welt brüstete.

Foto: picture alliance/dpa

.....

34 Zahlen bei Hans-Heinrich Nolte: *Kleine Geschichte Russlands*, Bonn 2006, S. 151 f. Ausführlich Hildermeier (wie Anm. 31), S. 1129–1156; Heinrich Scherer: *Der Aufbruch aus der Mangelgesellschaft. Die Industrialisierung Russlands unter dem Zarismus (1860–1914)*, Gießen 1985; Peter Gatrell: *The Tsarist Economy, 1850–1917*, London 1986; Paul R. Gregory: *Before Command. An Economic History of Russia from Emancipation to the First-Five-Year Plan*, Princeton 1994.

35 Zur Transsibirischen Eisenbahn und zum Ausbau des russischen Eisenbahnnetzes vgl. ausführlich Steven Marks: *Road to Power. The Trans-Siberian Railway and the Colonization of Asian Russia, 1850–1917*, Ithaca 1991; Walter Sperling: *Der Aufbruch der Provinz. Die Eisenbahn und die Neuordnung der Räume im Zarenreich*, Frankfurt am Main/New York 2011; Frithjof Benjamin Schenk: *Russlands Fahrt in die Moderne. Mobilität und sozialer Raum im Eisenbahnzeitalter*, Stuttgart 2014.



Karte: Interfoto/Prof. Mag. Michael Floiger

Als Irkutsk durch eigene Kraftwerke 1896 Strom erhielt, schien mit dem technologischen Fortschritt selbst im entlegenen Sibirien das Zeitalter von Stahl und Strom begonnen zu haben.³⁶ Mit dieser nachholenden Industrialisierung entwickelte sich das russische Imperium immer mehr zu einem Land der Baumeister, Architekten und Sozialtechnokraten, zu einer „Technik- und Ingenieurswelt im Pionierzustand“.³⁷ Bei der ersten Weltausstellung 1851 war Russland vielen Besuchern noch als zutiefst rückständiges Land erschienen, das seine großen Potentiale nicht nutzte. Die Selbstdarstellung auf der Pariser Weltausstellung 1900 zeigte dann aber eindrucksvoll, welche Fortschritte das Land gemacht und wie sehr es schon Fahrt auf seinem Weg in die Industriemoderne aufgenommen hatte. Bezogen auf die Produktionskapazitäten war das Zarenreich damals zur fünfgrößten Industriemacht der Welt aufgestiegen.³⁸

Mit dem Aufbruch in die Industriemoderne gingen wichtige soziale Prozesse einher, die das gesellschaftliche

.....

36 W. Bruce Lincoln: Die Eroberung Sibiriens. München 1996, S. 303–311 u. 327; Dittmar Dahlmann: Sibirien. Vom 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Paderborn 2009, S. 177–201.

37 Karl Schlögel: Jenseits des Großen Oktobers. Das Laboratorium der Moderne, Petersburg 1909–1921, Berlin 1988, S. 117.

38 Dietmar Neutatz: Träume und Alpträume. Eine Geschichte Russlands im 20. Jahrhundert, München 2013, S. 21–25; Mirjam Voerkelius: Russland und die Sowjetunion auf den Weltausstellungen, in: Martin Aust (Hg.): Globalisierung imperial und sozialistisch. Russland und die Sowjetunion in der Weltgeschichte 1851–1991, Frankfurt am Main 2013, S. 207–224.

Gefüge einschneidend veränderten. Der Anteil der Stadtbevölkerung verdoppelte sich von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis 1914 auf nunmehr 18 Prozent. Rechnet man diejenigen Bewohner städtähnlicher großer Industrie- und Gewerbedörfer dazu, erhöhte sich dieser Anteil auf knapp 30 Prozent.³⁹ Seit Ausgang des 19. Jahrhunderts gehörten Petersburg und Moskau zu den weltweit am schnellsten wachsenden Großstädten. Die beiden russischen Metropolen hatten am Vorabend des Ersten Weltkriegs nach offiziellen Angaben mehr als 2,3 bzw. 2,0 Mio. Bewohner. Hier gab es nicht nur eine boomende Industrie, sondern auch ein lebendiges Kulturleben, deren Errungenschaft weltweit große Beachtung fanden – beispielsweise das in Paris Triumphe feiernde „Ballet russes“, die russische Avantgardkunst und das „Silberne Zeitalter“ der russischen Literatur.⁴⁰

.....

39 Thomas S. Fedor: Patterns of Urban Growth in the Russian Empire During the Nineteenth Century, Chicago 1975; Guido Hausmann (Hg.): Gesellschaft als lokale Veranstaltung. Selbstverwaltung, Assoziierung und Gelligkeit in den Städten des ausgehenden Zarenreiches, Göttingen 2002; Lutz Häfner: Gesellschaft als lokale Veranstaltung. Die Wolgastädte Kazan' und Saratov (1870–1914), Köln 2004.

40 James H. Bater: St. Petersburg. Industrialization and Change, Montreal 1976; Felix Ph. Ingold: Der große Bruch. Russland im Epochenjahr 1913, München 2000; W. Bruce Lincoln: Sunlight at Midnight. St. Petersburg and the Rise of Modern Russia, New York 2000; John E. Bowlit: Moskau und St. Petersburg. Kunst, Leben und Kultur in Russland, 1900–1920, Wien 2008; Jan Kusber: Kleine Geschichte St. Petersburgs, Regensburg 2009, S. 90–113; Mark D. Steinberg: Petersburg fin de siècle, New Haven 2011.

Die zarische Regierung hatte lange Angst vor einer Bildungsexplosion gehabt. Ihre Vertreter fürchteten, ein Zugewinn an Wissen würde auch die gesellschaftliche Kritik an den bestehenden Verhältnisse befördern. Die „Großen Reformen“ machten aber deutlich, dass Russland eine akademische Leistungselite und ausgebildete Fachkräfte brauchte, um die Modernisierung der Wirtschaft und der Staatsverwaltung voranbringen zu können. Trotz zeitweiliger konservativer Gegensteuerung und fortbestehender Resistenzen lief der Gesamtprozess nach 1861 auf einer Förderung und Öffnung des Bildungswesens sowie dementsprechend auf einen starken Professionalisierungsschub hinaus.



„Der Analphabet ist zugleich ein Blinder. Überall warten auf ihn Misserfolge und Unglücke.“ Frühsowjetische Plakatinitiative gegen den Analphabetismus, der durch die Ausweitung der Schulbildung schon vor 1917 deutlich reduziert worden war

Abbildung: ullstein bild/Sputnik/pavel Balabanov

Die Zahl der russischen Staatsbürger mit Hochschuldiplom nahm von 20.000 während der 1860er Jahre auf 85.000 gegen Jahrhundertende und bis 1914 schließlich auf 220.000 zu. Im Studienjahr 1913/14 waren schon 63.000 Studierende an den russischen Universitäten und technischen Hochschulen eingeschrieben. Dank zunehmender staatlicher und privater Stipendien war zwischen 1880 und 1910 vor allem ein starker Anstieg von Studierenden aus den gesellschaftlichen Mittel- und Unterschichten zu erkennen (ihr Anteil stieg von 15 Prozent auf knapp 40 Prozent). Innerhalb eines halben Jahrzehnts verdreifachte sich im Zarenreich die Zahl der niedergelassenen Ärzte. Auch weitere Professionen erlebten einen Aufschwung. Dazu gehörten in erster Linie Juristen, Apotheker, Agronomen und Ingenieure. Sie bildeten Berufsverbände, um sich zu organisieren und ihre Belange in der russischen Öffentlichkeit vorzutragen. Dadurch entstand ein Verbands- und Klubleben, das den Nukleus einer sich nun zaghaft entwickelnden Zivilgesellschaft darstellte.⁴¹

Die Mehrheit der russischen Hochschulabsolventen gab als Lehrkräfte erworbenes Wissen weiter. 1880 hatte es noch 24.400 sogenannte „Volkslehrer“ gegeben; diese Zahl erhöhte sich bis 1899 auf 60.000 und stieg dann bis 1911 auf 153.300 an. Während 1856 in 8.227 Schulen nur knapp 450.000 Schüler unterrichtet worden waren, zählte man 1911 im Zarenreich schon über 100.000 Schulen mit 6,6 Mio. Schülern. Der Ausbau des Schulwesens war das bevorzugte Demonstrationsobjekt der Leistungsfähigkeit der ländlichen Selbstverwaltung, deren *Zemstvo*-Organe einen Großteil ihrer verfügbaren Mittel in den Bildungsbereich investierten. Nachdem die russische Volkszählung von 1897 ergeben hatte, dass damals 30 Prozent der Männer und 13 Prozent der Frauen des Schreibens und Lesens mächtig waren, begann anschließend die stürmische Phase der Massenbildung, während der die Zahl der Analphabeten rasch sank und das Zarenreich europäische Länder wie Italien und Spanien in der Schriftkundigkeit seiner Bewohner hinter sich ließ.

.....
41 Hildermeier (wie Anm. 31), S. 1218–1226; Edith W. Clowes u.a. (Hg.): *Between Tsar and People. Educated Society and the Quest for Public Identity in Late Imperial Russia*, Princeton 1991; Dietrich Beyrau: *Intelligenz und Dissens. Die russischen Bildungsschichten in der Sowjetunion 1917 bis 1985*, Göttingen 1993, S. 18–24; Lutz Häfner: *Der „Neue Klub“ in Kazan 1900 bis 1913. Kristallisationspunkt lokaler Gesellschaft*, in: Hausmann (wie Anm. 39), S. 377–404; Ilya V. Gerasimov: *Modernism and Public Reform in Late Imperial Russia. Rural Professionals and Self-Organization, 1905–1930*, London 2009; Katja Bruisch: *Populismus, Profession und Politik*, in: Timm Buchen/Malte Rolf (Hg.): *Eliten im Vielvölkerreich. Imperiale Biographien in Russland und Österreich-Ungarn (1850–1918)*, München 2015, S. 240–260.

1914 erreichte die Alphabetisierungsrate in den baltischen Ostseeprovinzen dank des dort gut ausgebildeten Volksschulsystems weit über 80 Prozent. Zur gleichen Zeit konnte in den Großstädten des Zarenreichs schon mehr als die Hälfte der Menschen lesen und schreiben. Damals besuchte die Mehrheit aller Kinder im Russischen Kaiserreich eine Schule. Die beschleunigte Verringerung des Analphabetismus schlug sich im wachsenden Geschäftserfolg der Massenpresse wieder, deren Boulevardblätter in den Großstädten ein immer größeres Lesepublikum fand.⁴²

Regierbarkeitsprobleme: Repression und autokratischer Starrsinn

In Bezug auf das niedrige Ausgangsniveau waren die Prozesse der Industrialisierung, Urbanisierung und Professionalisierung nach den „Großen Reformen“ beeindruckend. Russland glänzte mit seinem stürmischen Vorwärtsdrang und seinem beschleunigten Wirtschaftswachstum, das ungeachtet aller kurzfristigen konjunkturellen Abschwünge schon eine gewisse Nachhaltigkeit zeigte. Die „Großen Reformen“ hatten die russische Industrie wieder in den Modernisierungsfluss der Zeit manövriert und versucht, sie für den globalen Wettbewerb fit zu machen. Auch wenn sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts der Abstand zu verkürzen schien, so lag das Zarenreich im internationalen Vergleich von Industrie und Sozialstruktur dennoch weiter zurück. Das Russische Kaiserreich war einerseits kein rückständiges Agrarland mehr, andererseits aber immer noch ein gutes Stück von einer entwickelten Industriegesellschaft entfernt. Vielerorts bestand fortgesetzter Nachholbedarf. Die große Mehrheit der Bevölkerung lebte weiterhin auf dem Land; hier kamen viele Menschen nur sporadisch mit den sich ausweitenden urban-industriellen Inseln der modernen Welt in Kontakt. Diese transformative Dazwischen-Situation warf ernste Regierbarkeitsprobleme auf. Die mit den „Großen Reformen“ von oben in Gang gebrachten Prozesse unterstrichen zwar die Anpassungsfähigkeit Russlands an die Herausforderungen der Zeit. Angesichts der damit freigesetzten gesellschaftlichen Entwicklungs- und Konflikt-dynamiken sah sich die Petersburger Regierung aber vor die große politische Aufgabe gestellt, wie sich der eingeleitete Strom der Erneuerung kontrollieren ließ, damit er

42 Hildermeier (wie Anm. 31), S. 1243–1260; Ben Eklof: *Russian Peasant Schools. Officialdom, Village Culture, and Popular Pedagogy, 1861–1914*, Berkeley 1986; Jeffrey Brooks: *When Russia learned to read. Literacy and Popular Literature, 1861–1917*, Princeton 1988; Louise McReynolds: *The News under Russia's Old Regime. The Development of a Mass-Circulation Press*, Princeton 2014.

nicht über die Ufer trat und alles Bestehende mit sich riss. Vertreter der alten Eliten fürchteten, mit den Veränderungen nicht Schritt halten zu können und damit ihre soziale Vorrangstellung zu verlieren. Sie vertrauten darauf, dass der Zar seine autokratische Allmacht einsetzen würde, um ihre Interessen zu wahren.

So mutig der Reformzar Alexander II. bei den Neuerungen nach 1861 auch vorgegangen war, er hatte es nicht gewagt, die zarische Selbstherrschaft anzutasten und seine alleinige Regierungs- und Entscheidungsmacht durch eine Verfassung sowie die Einberufung eines Parlaments zu begrenzen. Die Autokratie als Motor des Fortschritts, der trägen Gesellschaft stets voraus – so sah Alexander II. die Welt und seine Mission. Deshalb bestand er darauf, als unumschränkter Herrscher ganz nach eigenem Ermessen zu regieren. Während damals überall demokratische Verfassungsstaaten entstanden und sich die alten Dynastien zu konstitutionellen Monarchien bekannten, blieb Russland eines der letzten europäischen Länder, die sich diesem Wandel der politischen Ordnung hartnäckig verschlossen. Als Alexander II. 1881 bei einem von der linken Terrorgruppe *Narodnaja Wolja* ausgeübten Attentat starb, setzte sein Nachfolger Alexander III. statt auf weitere Reformen nun auf Repressionen und Restriktionen. Weil einer der am Anschlag beteiligten Revolutionäre jüdischer Herkunft war, brach sich der Antisemitismus 1881 in ersten brutalen Judenpogromen Bahn und erschütterte das interethnische Miteinander besonders in den westlichen Reichgebieten.⁴³ In der Folgezeit stärkte Alexander III. den zarischen Obrigkeitsstaat und baute dessen geheimdienstlichen Unterdrückungsapparat massiv aus. Die Balance zwischen Erneuerung und Herrschaftssicherung, zwischen Abbau und Neubau geriet dadurch völlig aus dem Lot. Russland verpasste erneut die Chance, die Monarchie in Richtung eines Verfassungsmodells und Rechtsstaats zu verändern.⁴⁴

43 Ende des 19. Jahrhunderts lebten etwa zwei Drittel aller Juden im Russischen Kaiserreich. Ihr Wohn- und Arbeitsrecht war auf das Gebiet im europäischen Westen des Zarenreichs beschränkt, auf das „Ansiedlungsrayon“. Hier stellten Juden in einigen Städten wie Vilnius, Warschau, Lemberg und Kiew knapp ein Drittel der Einwohner und entwickelten ein aktives Kulturleben. Die Mehrheit der russischen Juden lebte allerdings im „Schtetl“. Damit gemeint sind meist recht ärmliche Kleinstädte. Benjamin Nathans: *Beyond the Pale. The Jewish Encounter with Late Imperial Russia*, Berkeley 2002. Zu den Pogromen nach 1881 vgl. Stefan Wiese: *Pogrome im Zarenreich. Dynamiken kollektiver Gewalt*, Hamburg 2016.

44 Heinz-Dietrich Löwe: Alexander III. 1881–1894, in: Torke (wie Anm. 28), S. 339–353; Stadelmann (wie Anm. 28), S. 201–212; Fredric S. Zuckerman: *The Tsarist Secret Police in Russian Society, 1880–1917*, New York 1996; Jonathan W. Daly: *Autocracy under Siege. Security Police and Opposition in Russia, 1866–1905*, DeKalb 1998; Charles A. Ruud/Sergei A. Stepanov: *Fontanka 16. The Tsars' Secret Police*, Montreal 1999.



Mit „Eine Stimme aus der Vergangenheit“ ist diese Illustration des australischen Künstlers Frank A. Nankivell aus dem Jahr 1905 überschrieben.
Abbildung: ullstein bild/United Archives/World History Archive

Mit Nikolaj II. kam dann 1894 ein Herrscher auf den Zarenthron, der sich als grandiose Fehlbesetzung der Geschichte erwies. Zu Beginn seiner Regierungszeit baten ihn liberale Adlige inständig darum, endlich eine Nationalversammlung einzuberufen, um die Gesellschaft durch eine parlamentarische Vertretung auf Reichsebene an der Regierungsarbeit zu beteiligen. Doch Nikolaj II. tat diesen Wunsch brüsk als „sinnlose Träumereien“ und „unvernünftige Hirngespinnste“ ab. Aufgebracht forderte er später sogar, das Wort „Intelligencija“, das die Zirkel politisch und öffentlich besonders aktiver Personen beschrieb, solle dauerhaft aus dem Sprachgebrauch getilgt werden.⁴⁵ Wie sein Vater Alexander III., dessen Erbe er sich verpflichtet fühlte, verstand Nikolaj II. Politik nicht als die Kunst der Aushandlung widerstreitender Positionen und des Abgleichs unterschiedlicher Interessen; für ihn meinte Politik in erster Linie die Exekution des autokratischen Willens. Er hatte keinerlei Gespür dafür, dass die dynastische Herrschaft ihre Selbstverständlichkeit verlor und allmählich ans Ende ihrer Epoche kam. Ohne Einsicht in die rasch wandelnden Zeitläufe und die wachsende

.....
45 Marc Ferro: Nikolaus II. Der letzte Zar. Eine Biographie, Zürich 1991, S. 55 ff.; Andrew Verner: The Crisis of Russian Autocracy. Nicolas II. and the 1905 Revolution, Princeton 1990, S. 45–104.

Unruhe im Land meinte Nikolaj II., mit einem Staats- und Gesellschaftsmodell aus dem 17. Jahrhundert dem russischen Imperium den Weg ins 20. Jahrhundert weisen zu können. Sein autokratischer Starrsinn verhinderte, dass Russland weiterhin nicht den Pfad der Parlamentarisierung und Konstitutionalisierung betrat. Damit erhielten die aufstrebenden, auf weiteren Wandel drängenden gesellschaftlichen Kräfte bis 1905 keinerlei Chancen, sich in der Kunst der Politik zu üben und Erfahrungen zu gewinnen, wie sich der Umbruch hin zur industriellen Massengesellschaft parlamentarisch gestalten und kontrollieren ließ. Ohne einen Konsensus zwischen dem Staat und der im allmählichen Werden befindlichen bürgerlichen Gesellschaft anzustreben, verfiel Nikolaj II. zunehmend in einen seltsamen Obskurantismus. Infolgedessen entwickelte sich der Hof in Petersburg zu einem Hort der Reaktionäre, Antisemiten und Esoteriker, die verzweifelt versuchten, das Rad der Zeit durch einen Griff in dessen Speichen aufzuhalten. Die skandalträchtige Karriere des in der Zarenfamilie gern gesehenen bäuerlichen Wanderpredigers und angeblichen



Diese Karikatur stellt Rasputin als Puppenspieler dar, der als Mann im Hintergrund das Zarenpaar kontrolliert. Tatsächlich sicherte die angebliche Rettung von Zarewitsch Alexander bei einer inneren Blutung dem Wunderheiler einen bedeutenden Platz am Hof.
Abbildung: picture alliance

Wunderheilers Grigorij Rasputin verdeutlichte die absonderliche Entrücktheit des Zarenhofs. Dessen Vertreter hatten sich in ihrer unzeitgemäßen Weltsicht eingegraben und bestanden unverbesserlich darauf, der politische Orientierungsbedarf der Untertanen möge allein am Glanz der sich selbst repräsentierenden Autokratie Genüge finden.⁴⁶

Die mangelnde Synchronie der Veränderungen und die Zerrissenheit des Landes

Während Gesellschaft und Wirtschaft im verspäteten, aber doch unaufhörlich voranschreitenden Aufbruch in die Moderne in Bewegung gerieten, befand sich die weiterhin verfassungslose Autokratie kaum mehr im Einklang mit den großen Tendenzen der Zeit. Mächtige Beharrungskräfte ließen das zarische Regime in seinen längst überkommenen Strukturen erstarren. „Das neue Russland der Industrie geriet in Konflikt mit dem alten Russland des Zarenhofes.“⁴⁷ Aus der Gleichzeitigkeit des sozioökonomischen Vorwärtstrends und der Stagnation der politischen Ordnung entwickelten sich erhebliche Spannungs- und Sprengkräfte, deren Explosion nach 1905 schließlich den Untergang der Zarenmacht heraufbeschwor. Die Russischen Revolutionen schlugen nicht plötzlich wie ein Blitz in versteinerte Zustände ein; diese Erschütterungen und Umwälzungen hatten sich angesichts wachsenden gesellschaftlichen Unmuts, fortgesetzten politischen Versagens und der Zunahme unterschiedlicher Proteste sowie kollektiver Gewalt schon vorher abgezeichnet.

Das bedeutet freilich nicht, dass die Zarenmacht zum Untergang und die Russischen Revolutionen unausweichlich gewesen wären. Die Weisheit des Nachwissens darf Historiker keineswegs dazu verleiten, über die Offenheit historischer Situationen hinwegzusehen und mögliche Wendepunkte zu ignorieren, an denen sich weite Zukunftsräume auftaten, die sich erst durch die Entscheidungen der Akteure sodann sukzessive verengten. Wer auf die Erfahrungen und Erwartungen der Zeitgenossen allerdings eingeht, erkennt schnell, dass nicht wenige damals wegen der „mangelnden Synchronie der Veränderungen“⁴⁸ eine bedrohlich erscheinende, krisenhafte Konzentration gesellschaftlicher Brandherde und die Verdichtung sowie Bündelung desintegrativer Prozesse feststellten. So erhielt

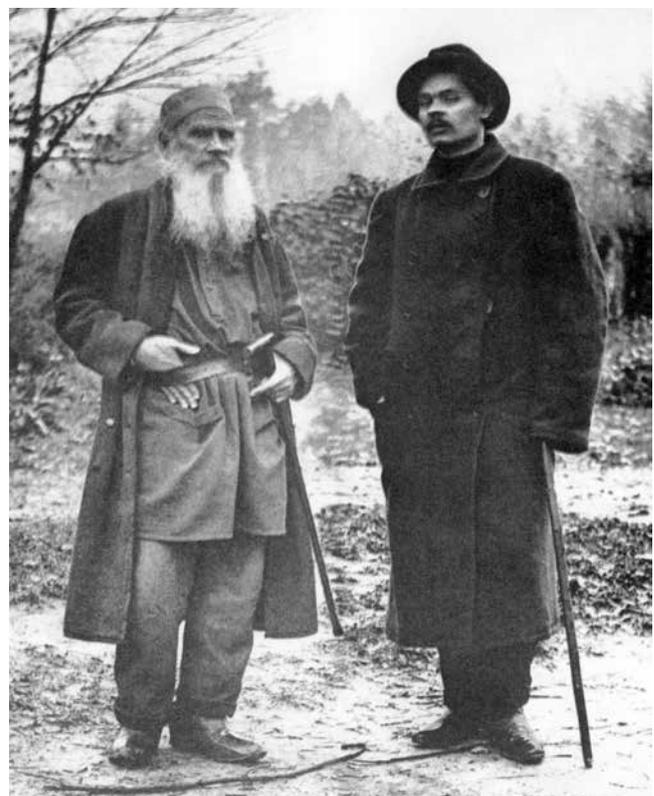
46 Orlando Figes: Die Tragödie eines Volkes. Die Epoche der Russischen Revolution 1891 bis 1924, Berlin 2001, S. 23–52.

47 Ebd., S. 32.

48 Manfred Hildermeier: Russische Revolution, Frankfurt am Main 2004, S. 9.

Nikolaj II. 1902 vom damals schon weltberühmten, allerdings in Russland polizeilich überwachten und von der Kirche zensierten Schriftsteller Lev Tolstoj (1828–1910) einen aufrüttelnden Brief, in dem der tief besorgte Literat den alarmierenden Zustand des Landes beschrieb und die Weltfremdheit des Zaren kritisierte:

„Ein Drittel Russlands befindet sich im Zustand verschärfter Überwachung, das heißt außerhalb des Gesetzes. Die Armee der Polizisten – der öffentlichen und der geheimen – vergrößert sich ständig. Die Gefängnisse, die Orte der Verbannung und der Sträflingsarbeit sind neben hunderttausenden Krimineller mit politischen Häftlingen überfüllt, zu denen jetzt auch die Arbeiter gerechnet werden. Die Zensur hat eine Unsinnigkeit der Verbote erreicht, wie es in der schlimmsten Zeit der vierziger (1840er Jahre – K.G.) nicht der Fall gewesen war. Die religiösen Hetzjagden sind nie so häufig und grausam gewesen wie jetzt, und sie werden immer grausamer und häufiger. Überall in den Städten und Fabrikzentren sind Truppen konzentriert, und sie werden mit scharfer Munition gegen das Volk ausgeschickt. An vielen Orten ist es schon zu brudermörderischem Blutvergießen gekommen, und neues und noch grausameres Blutvergießen wird überall vorbereitet und wird unweigerlich stattfinden [...]. Der Absolutismus ist eine überlebte Regierungsform, die viel-



Maksim Gor'kij und Lev Tolstoj auf dem Gut Jasnaja Poljana, Oktober 1900
Foto: sz-photo

leicht den Bedürfnissen eines Volkes irgendwo im weltfernen Zentralafrika entsprechen kann, nicht aber den Bedürfnissen des russischen Volkes, das sich in immer zunehmendem Maße in der ganzen Welt gemeinsame Bildung aneignet [...]. Mit Gewaltmaßnahmen kann man das Volk unterdrücken, aber nicht regieren.“⁴⁹

Schonungslos brachte Tolstoj die innere Zerrissenheit Russlands infolge der immer stärker auseinanderdriftenden Wandlungs- und Beharrungskräfte zum Ausdruck. Er thematisierte verschiedene Gärungs- und Radikalisierungsprozesse, an deren Entschärfung dem Zaren und der russischen Regierung anscheinend nicht genügend gelegen war. Tolstoj's eigenes Zerwürfnis mit Kirche, Polizei und Autokratie stand stellvertretend für die fortschreitende Entfremdung zwischen den unnachgiebig konservativ bleibenden Repräsentanten der alten Ordnung und den liberal-bürgerlichen Kräften, die sich eigentlich konstruktiv in den politischen Prozess einbringen und die Reformen weitertreiben wollten, um das Zarenreich auf evolutionäre und kooperative Weise in ein modernes Staatswesen zu verändern.⁵⁰

Nikolaj II. hingegen wollte einen quasi-mittelalterlichen Staat, der von einer modernen Industriewirtschaft getragen wurde und über eine starke Armee verfügte, um Russland als imperialistische Großmacht zu etablieren. Das ging aber nicht zusammen. Die Regierungsaufgaben waren in den modernen Zeiten zu Beginn des 20. Jahrhunderts zu komplex geworden, als dass der Zar und seine Bürokraten allein damit fertig werden konnten. Mit seinem engstirnigen Pochen auf seine „göttliche Autorität“ versäumte es Nikolaj II. leichtfertig, die eigentlich loyal eingestellten Bildungsschichten in die Regierungsarbeit einzubeziehen und sich deren Kompetenzen sowie Initiativen zu eigen zu machen. Dadurch verhinderte er den Anbruch einer liberal-demokratischen Epoche, in der sich die in Russland noch schwachen, aber sich dynamisch entwickelnden gesellschaftlichen Kräfte in der Kunst der Politik und des Regierens hätten üben können. 1903 gründeten die bürgerlichen Kräfte mit dem „Befreiungsbund“ und dem „Bund der *Zemstvo*-Konstitutionalisten“ auf Reichsebene zwei übergreifende oppositionelle Organisationen, deren Führungspersonlichkeiten immer vehementer die starrsinnige Regierung attackierten und damit ihrerseits die Polarisierung zwischen dem autokratischen

49 Zit. n. Aust (wie Anm. 16), S. 25 f.

50 Zum Leben und Wirken des großen russischen Schriftstellers vgl. ausführlich Ulrich Schmid: *Lew Tolstoj*, München 2010; Rosamund Bartlett: *Tolstoj. A Russian Life*, London 2010.

Staat und der gebildeten Gesellschaft forcierten. Statt einer Modernisierungspartnerschaft entwickelte sich eine unerbittliche Gegnerschaft.⁵¹

Die Kluft zwischen wandlungsbegieriger Elite und eigensinniger Bauernschaft

Die Gebildeten nahmen für sich in Anspruch, für das Volk und mit dem Volk zu sprechen. Und tatsächlich engagierten sich die Bildungsschichten als Lehrer, Ärzte, Agronomen und Ingenieure dafür, das Leben der einfachen Bauern und Arbeiter zu verbessern. Zunehmend gab es ständeübergreifende Begegnungen und auf Dauer gestellte Kontaktzonen, in denen es zu Interaktionsprozessen kam. Die Bildungsschichten begannen, sich für bäuerliche Traditionen und das harte Leben auf dem Land zu interessieren. Typisch dafür ist die Künstlergruppe der *Peredvižniki* (Wanderer), deren Vertreter gegen die starren Restriktionen der Kaiserlichen Kunstakademie aufbegehrten und sich für einen sozialkritischen Realismus einsetzten, um die Unterdrückung und Ungleichheit der Bauern zu thematisieren. Ihre Kunst wollten sie zu einem gesellschaftlichen Ereignis für viele werden lassen. Deshalb organisierten sie zwischen 1871 und 1923 insgesamt 48 Wanderausstellungen überall im Land.⁵²

Einer der herausragenden Vertreter der *Peredvižniki* war Il'ja Repin (1844–1930), der aus einfachen Verhältnissen stammte und dank seines Talents und eines Stipendiums Kunst studieren durfte. Sein 1873 fertig gestelltes Gemälde „Wolgateidler“ bringt das sozialpolitische Credo der *Peredvižniki* gut zur Anschauung. Es zeigt elf Treidler, die einen schweren Lastkahn ziehen. Dynamik gewinnt das Bild durch den Wechsel von erhobenen und gesenkten Köpfen, die den Rhythmus der monotonen Arbeit verdeutlichen. Die ungeschönt und realistisch dargestellten verschiedenen Charaktere repräsentieren die Gesamtheit der arbeitenden Bevölkerung. In den Gesichtern lässt sich ein breites Spektrum von Emotionen erkennen, von Sanftmut über Entschlossenheit bis hin zu Wut. Der jüngste Treidler blickt als einziger hoffnungsvoll in die Ferne und versucht, sich vom drückenden Gurt der Ausbeutung und Unterdrückung zu befreien. Die breite, langsam dahinfließende Wolga im Hintergrund kann als

51 Zur politischen Organisation der liberal-bürgerlichen Kräfte vor 1903 vgl. Hildermeier (wie Anm. 31), S. 966–974; Melissa Stockdale: *Liberalism and Democracy. The Constitutional Democratic Party*, in: Anna Geifman (Hg.): *Russia under the Last Tsar. Opposition and Subversion 1894–1917*, Oxford 1999, S. 153–178.

52 Elizabeth Valkenier: *Russian Realist Art. The State and Society, the Peredvižniki and their Tradition*, New York 1989.



Die Wolgatreidler, Gemälde von Il'ja Repin (1844–1930), Öl auf Leinwand, 131,5 × 281 cm. St. Petersburg, Staatl. Russisches Museum
Abbildung: akg-images

Symbol für Russland gesehen werden. Im Hintergrund ist ein Dampfschiff zu sehen, das als Symbol des industriellen Fortschritts die baldige Befreiung von schwerer körperlicher Arbeit symbolisiert. Durch die vorbeiziehenden Wolken, die immer wieder aufreißen, um den Blick auf den blauen Himmel freizugeben, und durch die am rechten Bildrand heraufziehende Gewitterfront wird zusätzliche Dynamik erzeugt. Der himmlische Hintergrund verdeutlicht sowohl Aufbruch als auch Aufruhr; er kündigt Verheißungsvolles genauso wie Unheilvolles an, das sich beides aus der Not der Treidler ergibt.⁵³

Eindrucksvoll demonstriert Repins Bild das Interesse der Elite am Leid der Bauern und das Bemühen um einen gesellschaftlichen Brückenschlag zwischen Intelligenz und Volk. Zugleich ist zu beobachten, dass sich die Bauern durchaus partiell auf die Welt der aufsteigenden Moderne, deren Institutionen, Praktiken und Vertreter einließen.⁵⁴ Auf Ganze gesehen kam die Integration der Bauern in die Gesellschaft dennoch nur wenig voran. Wie Missverständnisse und Ignoranz weiterhin das soziale Miteinander prägten, zeigte besonders anschaulich die Geschichte der *Narodniki*, die in

53 Angelika Wesenberg (Hg.): Ilja Repin. Auf der Suche nach Russland, Berlin 2003; David Jackson: The Russian Vision. The Art of Ilya Repin, Woodbridge 2006; Grigori Sternin/Elena Kirillina: Ilya Repin, New York 2011.

54 Das machen besonders die Beispiele der ländlichen Rechtsfragen und der bäuerlichen Autobiographik gut deutlich. Vgl. Jane Burbank: Russian Peasants go to Court. Legal Culture in the Countryside, 1905–1917, Bloomington 2004; Julia Herzberg: Gegenarchive. Bäuerliche Autobiographik zwischen Kaiserreich und Sowjetunion, Bielefeld 2013.

der Forschung auch als „Populisten“ oder „Volkstümmler“ bezeichnet werden. Dabei handelte es sich um linke Studierende und junge Intellektuelle, die voller Enthusiasmus zwischen 1874 und 1881 „ins Volk“ gingen, also dauerhaft auf das Land zogen, um den Bauern moderne Kultur zu vermitteln und sie für die Revolution zu mobilisieren.

Voller Zuversicht gaben sich die *Narodniki* der Hoffnung an einen ureigenen russischen Bauernsozialismus hin und gründeten ihren naiven Glauben auf dem angeblichen Freiheitsdrang und auf der urtümlichen demokratisch-kollektivistischen Mentalität der russischen Landbewohner. Die *Narodniki* träumten vom großen Sprung – von der bäuerlichen Dorfgemeinde als einer angeblichen Urform der Demokratie ohne schmerzhaft Umwege durch das kapitalistisch-bürgerliche Zeitalter direkt in den entwickelten Sozialismus.

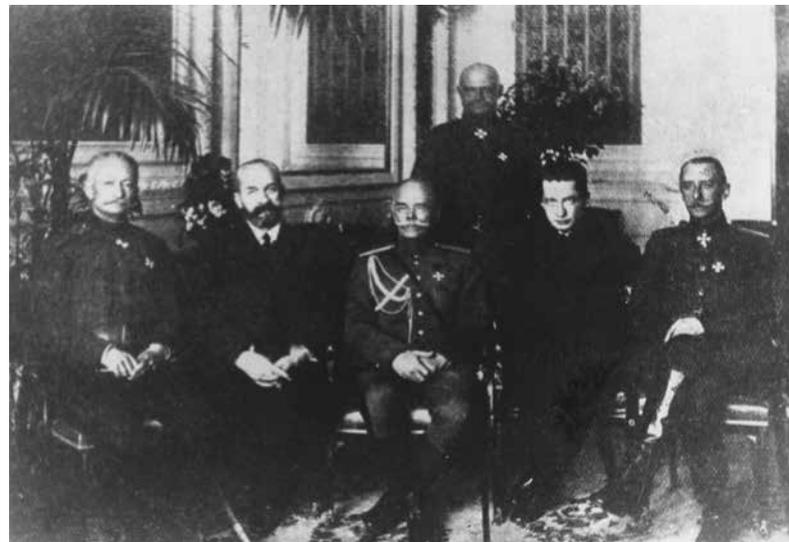
Zwar hatten zuvor einige kluge Köpfe wie der bekannte Schriftsteller Ivan Turgenev (1818–1883) vor einer derartig übertriebenen Dorfschwärmerei gewarnt und den intellektuellen Bauernverklärern vorgeworfen, nach einem „neuen und unbekanntem Gott“ Ausschau zu halten. Aber der zum neuen Gott hochstilisierte russische Bauer denke gar nicht daran, dass zu tun, was die intellektuellen Slavophilen erwarteten. Vielmehr „liebt und verehrt er das, was sie hassen, hasst das, was sie lieben.“⁵⁵ Und Turgenev sollte Recht behalten. Die Bauern hielten die aus den

55 Zit. n. Isaiah Berlin: Russische Denker, Frankfurt am Main 1981, S. 354.

Universitäten zu ihnen kommenden jungen Menschen für „Wirrköpfe“, deren politische Anliegen sie nicht verstanden und die sie deshalb als Fremde ausgrenzten. Oftmals sahen die Bauern in den agrarsozialistischen Romantikern sogar aufwieglerische Störenfriede und lieferten sie darum bei der zarischen Polizei ab, die sodann die Unruhestifter nach Sibirien verbannte. Vera Figner, die damals als Ärztin und Hebamme auf das Dorf gezogen war, fühlte sich bald „einsam, schwach und energielos in diesem Bauernmeer“.⁵⁶ Auch ihr blieb die bittere Enttäuschung nicht erspart, dass die umworbenen Bauern mit einer politischen Revolution noch nichts am Hut hatten. Ein anderer Aktivist schrieb daher voller Frustration: „Der Sozialismus prallte von den Menschen ab wie Erbsen von einer Wand.“⁵⁷ Die Intellektuellen und Revolutionäre, die sich selbst dazu ermächtigt hatten, die Rolle des Anwalts des einfachen Volkes zu spielen, um die Bauern aus Unbildung und Unfreiheit herauszuführen, scheiterten an der zur damaligen Zeit noch kaum überbrückbaren kulturellen Kluft, die sich durch die russische Gesellschaft zog.⁵⁸

Auf noch größere Probleme als die sozialistischen Kräfte trafen die Liberalen bei ihrem Versuch, sich mit ihrem Programm bei den Bauern Gehör zu verschaffen. In den *Zemstva* arbeiteten die bäuerlichen Vertreter zwar mit den Repräsentanten des liberalen Landadels zusammen. Die Dorfbewohner wussten mitunter neue kulturelle Institutionen wie Gerichte, Schulen, Krankenhäuser, Agrargesellschaften und Genossenschaften für sich zu nutzen, die dank des verstärkten Engagements liberal gesinnter Bildungsschichten entstanden waren und an Bedeutung gewannen. Auch wenn sie vorsichtig aufeinander zugingen, trennten die bürgerliche Elite und die Bauernschaft weiterhin Welten. Oftmals konnten sich die Gebildeten nicht ihres Überlegenheitsdünkels entledigen und traten zu gern dem Landvolk gegenüber als Lehrmeister auf.⁵⁹ Die Dorfbewohner hingegen sahen in den sich um ihre Traditionen und ihr Wohlergehen sorgenden Stadtmen-

schen weiterhin Fremde, denen sie nur bedingt Vertrauen entgegenbrachten. Während es den armen Bauern um Brot und die Sicherung minimaler Lebensbedürfnisse ging, forderten die liberalen Akademiker, Fabrikanten und Adlige politische Mitsprache und Machtteilhabe am Staatsgeschehen. Der Unmut an der zarischen Autokratie und der noch ausstehenden durchgreifenden Emanzipation der Sozialbeziehungen speiste sich demnach aus unterschiedlichen Quellen; die Ziele des einerseits sozialen, andererseits politischen Aufbegehrens waren grundverschieden. Verstanden die Bildungsschichten unter Freiheit vor allem eine durch eine Verfassungsreform garantierte Meinungsvielfalt und politische Partizipationsrechte, drängten die Bauern vor allem auf eine umfassende Landreform, um dadurch die Befreiung von Unterdrückung und Not zu erreichen. Diese jeweiligen Agenden ließen sich nicht so ohne weiteres in Übereinstimmung bringen; die Ambivalenz der Interessen erwies sich kaum organisierbar. Das erschwerte es erheblich, dass zwischen den Gebildeten und den Bauern über die gemeinsame Gegnerschaft gegen das Zarenregime hinaus eine belastbare Allianz entstand. Fürst Georgij L'vov (1861–1925), einer der führenden russischen Liberalen, bekannte in den 1890er Jahren ehrlich, die reformorientierten Eliten wüssten „soviel über das Gebiet von Tula wie über Zentralafrika.“⁶⁰



Fürst Georgij L'vov war Anführer der Liberalen im Reich und wurde 1917 Ministerpräsident. Im Bild die provisorische russische Regierung im März 1917. L'vov ist Zweiter von links; Zweiter von rechts: Aleksandr F. Kerenskij.
Foto: ullstein bild/Archiv Gerstenberg

56 Zit. n. Nolte (wie Anm. 34), S. 162. Zu Vera Figner vgl. ausführlich Stephan Rindlisbacher: *Leben für die Sache. Vera Figner, Vera Zasulič und das radikale Milieu im späten Zarenreich*, Wiesbaden 2014; Lynne Ann Hartnett: *The Defiant Life of Vera Figner. Surviving the Russian Revolution*. Bloomington 2014.

57 Zit. n. Berlin (wie Anm. 55), S. 307.

58 Beyrau/Hildermeier (wie Anm. 30), S. 155–166; Daniel Field: *Peasants and Propagandists in the Russian Movement to the People in 1874*, London 1992; Cathy A. Frierson: *Peasant Icons. Representations of Rural People in Late 19th Century Russia*, Oxford 1993, S. 38–47.

59 So Yanni Kotsonis: *Making Peasant Backward. Agricultural Cooperatives and the Agrarian Question in Russia, 1861–1914*, Basingstoke 1999.

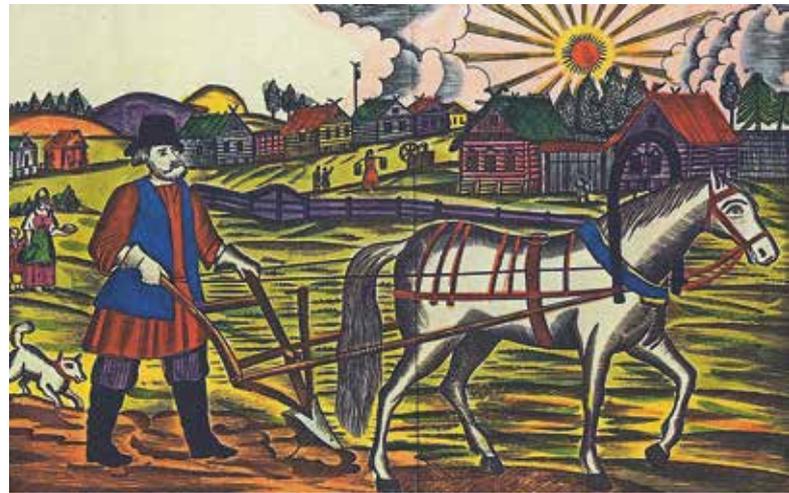
60 Figs (wie Anm. 46), S. 63.

Die Lage der sich seit 1861 zunehmend für Liberalismus und Sozialismus engagierenden Intelligenz zeichnete sich demnach durch eine doppelte Entfremdung und Polarisierung aus. Zum einen zeigten Zar und Regierung kein Verständnis für die politischen Forderungen der immer noch schwachen, aber aufstrebenden oppositionellen Kräfte und stießen sie permanent vor den Kopf und damit von sich ab. Zum anderen gelang es den Gebildeten wiederum nicht, die Bauern als Bündnispartner zu gewinnen, um mit starkem gesellschaftlichen Rückhalt als tatsächliche Volksvertreter auftreten zu können. Diese politische Isolation der Intelligenz sowohl vom zarischen Regime als auch von der breiten Bevölkerung schränkte ihre Bewegungsmöglichkeit und Gestaltungskraft ein, frustrierte viele und machte sie empfänglich für radikale Strömungen. Aus der Bewegung der *Narodniki* spaltete sich so 1879 die linksterroristische Vereinigung *Narodnaja Volja* ab, deren Anhänger meinten, ihre demokratischen Ziele fortan nur mit Gewalt erreichen zu können. Sie ermordeten 1881 Alexander II. und förderten damit den politischen Terror, dem in Russland bis 1917 knapp 9.000 Menschen zum Opfer fielen – so viel wie in keinem anderen der europäischen Länder, in denen damals der Terrorismus gleichfalls Staat und Gesellschaft erschütterte. Aus der Isolation und Labilität der gebildeten Gesellschaft ergab sich folglich der



Die Ermordung Zar Alexanders II. 1881 stellte nicht nur den Beginn einer Repressionswelle dar, sondern bestärkte auch die autoritären Kräfte am Zarenhof. Zahlreiche Todesurteile wurden damals wieder vollstreckt.
Abbildung: *interfoto/Sammlung Rauch*

seltsame Fanatismus der sich nach 1881 zunehmend radikalisierenden russischen Intelligencija.⁶¹



Dieser kolorierte Kupferstich von 1856 zeigt die Arbeit in der Landwirtschaft, die sich auch gegen Ende des 19. Jahrhunderts nur langsam veränderte.
Abbildung: *ullstein bild/histopics*

Bauern zwischen Befreiung, Verarmung und Anpassung

Wem es um die Untersuchung der sozialen Voraussetzungen der Russischen Revolutionen geht, der kommt um die Zentralität der Bauernfrage kaum herum. Am Vorabend der revolutionären Umbrüche lebten drei Viertel der russischen Bevölkerung weiterhin auf dem Land und hier zumindest teilweise von Ackerbau und Viehwirtschaft. Durch die 1861 verfügte Aufhebung der Leibeigenschaft fühlten sich die russischen Bauern zwar endlich rechtlich frei, aber zugleich auch von einem großen Teil des von ihnen zuvor genutzten Landes „befreit“. Weil der Adel die soziale Grundlage sowohl des Militärs als auch der Staatsverwaltung bildete, suchte das Statut zur Bauernbefreiung verzweifelt nach einem Kompromiss, um einerseits der Bauernschaft nicht die wirtschaftlichen Grundlagen zu entziehen, andererseits die Existenz des „vornehmsten Stand“ nicht zu unterminieren. Die Reformer wollten die bestehende Agrarordnung nicht zertrümmern, sondern diese durch die Beseitigung der größten Ungerechtigkeit reparieren und fähig machen, im Strom der Zeit standfest zu bleiben. Deshalb wurde das verfügbare Land zwischen Gutsherr und Dorfgemeinde auf-

61 Rindlisbacher (wie Anm. 56). Anna Geifman: *Thou Shalt Kill. Revolutionary Terrorism in Russia, 1894–1917*, Princeton 1993; Claudia Verhoeven: *The Odd Man Karakozov. Imperial Russia, Modernity and the Birth of Terrorism*, Ithaca 2009; Anke Hillbrenner/Frithjof B. Schenk (Hg.): *Modern Times? Terrorism in Late Imperial Russia* (Themenheft), in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 58 (2010) H. 2; Carola Dietze: *Die Erfindung des Terrorismus in Europa, Russland und den USA 1858–1866*, Hamburg 2016.

geteilt. Das agrarische Reformwerk sah zudem vor, dass die Bauern das ihnen zugewiesene Gemeindeland durch Geldzahlungen im Laufe von 49 Jahren von ihren vormaligen Gutsherren abzulösen hatten. Zwar hielt sich diese finanzielle Last meist durchaus in Grenzen. Allerdings mussten die Bauern zusätzlich weiteres Land von den Adligen kaufen oder pachten, um über die Runden zu kommen. Der bisherigen durch die Leibeigenschaft fixierten rechtlichen Hörigkeit folgte darum nach 1861 oftmals eine wirtschaftliche Abhängigkeit. Zudem kam es seit den ausgehenden 1890er Jahren zunehmend zu einem Konkurrenzkampf zwischen adligen Agrarunternehmen und Bauern. Damals stiegen die Preise für landwirtschaftliche Güter deutlich an. Deshalb begannen die Adligen, ihre Ländereien zunehmend selbst zu nutzen, und kündigten ihre Pachtverträge mit den Bauern. Das wiederum hatte spürbare negative Folgen für die dörfliche Wirtschaft. Dieser Verdrängungswettbewerb im Agrarsektor schürte den Unmut der Bauern, die sich betrogen fühlten, weil in ihrem Selbstverständnis das Land denjenigen gehören müsste, die es mit ihren eigenen Händen bestellten und bewirtschafteten.⁶²

Der Unmut der Bauern wuchs, weil es zwischen 1861 und 1914 zu einem enormen Bevölkerungswachstum gekommen war. Die Einwohnerzahl des Russischen Kaiserreichs stieg insgesamt von 74 auf 178 Mio. Menschen an. Dieser Zuwachs ging zu über 80 Prozent zu Lasten des Dorfs. Weil die für die bäuerlichen Familienwirtschaften benötigten Arbeitskräfte überwiegend aus dem eigenen Haushalt kamen, galt frühes und universelles Heiraten bei den russischen Bauern als Pflicht. Dementsprechend gab es eine außerordentlich hohe Kinderzahl. Das demographische Wachstum wurde zwar durch die europaweit höchste Säuglings- und Kindersterblichkeit gemindert; dennoch gab es einen großen Geburtenüberschuss, so dass im Dorf immer mehr Menschen ernährt und versorgt werden mussten. Das verstärkte sowohl die Existenznöte zahlreicher dörflicher Haushalte als auch den bäuerlichen Landhunger. Viele Bauern hofften daher auf eine neue Agrarreform, um mit der lang ersehnten Umverteilung des adligen Landes an die Dorfgemeinden ihrem Dasein auf viel zu kleinen Hofstellen endlich ein Ende zu machen.⁶³

62 Eine abgewogene Bewertung der Bauernbefreiung von 1861 geben Hildermeier (wie Anm. 31), S. 884–898; Moon (wie Anm. 29), S. 110–129.

63 Einen guten Überblick über die demographische Entwicklung geben Hildermeier (wie Anm. 31), S. 1171–1176; Klaus Gestwa: Proto-Industrialisierung in Russland. Wirtschaft, Herrschaft und Kultur in Ivanovo und Pavlovo, 1741–1932, Göttingen 1999, S. 403–450; Boris N. Mironov: The Social History of Imperial Russia, 1700–1917. Vol. 1, Boulder 2000, S. 55–122.

Die Landverknappung schuf zugleich die Notwendigkeit, die traditionelle Wirtschaftsweise zu verändern und sich neue Einkommensmöglichkeiten zu erschließen. Viele Bauern gingen zu einer intensiven Landwirtschaft über. Sie weiteten ihre Viehwirtschaft aus, setzten auf den Gemüse- und Obstanbau sowie auf Pflanzen, die infolge der raschen Industrialisierung von den Fabriken nachgefragt wurden. Zudem erschlossen die bäuerlichen Familienwirtschaften noch stärker als zuvor gewerbliche Einkommensquellen. Das ländliche Handwerk, die häusliche Gewerproduktion (das sogenannte *Kustar'*) und die Wanderarbeit erbrachten zusätzliche Einkünfte. Die bäuerlichen Familienwirtschaften stellten zunehmend von der naturalen Selbstversorgung auf Marktproduktion um und brachten sich damit immer mehr in größere Warenkreisläufe ein. Zwar wies die Landwirtschaft nicht die hohen Wachstumsraten des russischen Industriesektors auf; aber auch die Agrarproduktion legte spürbar zu. Auf dem internationalen Agrargütermarkt war das Zarenreich gegen Ende des 19. Jahrhunderts zum weltweit größten Getreideexporteur aufgestiegen, und weit mehr als die Hälfte dieses ausgeführten Getreides hatten russische Bauern geliefert. Im Zarenreich war nach 1861 die bäuerliche profitorientierte Marktproduktion im Aufschwung begriffen.⁶⁴

Das ländliche Leben organisierte die Dorfgemeinde (russisch: *mir* oder *obščina*). An deren periodischen Versammlung nahmen alle Haushaltsvorstände (also meist nur die ältesten Männer der Familie) teil. Gemeinschaftlich wurde das von den vormaligen Gutsbesitzern abgelöste dörfliche Anteilland nach der Zahl der Arbeitskräfte an die einzelnen Haushalte verteilt und dementsprechend zugleich deren Steuer- sowie Abgabenlast bemessen. Für die Dorfgemeinde galt eine kollektive Solidarhaftung. Deshalb führte das Umverteilungsverfahren von Land und Abgaben dazu, dass es meist zu keiner dauerhaften sozialen Ausdifferenzierung der russischen Bauernschaft kam. Wohlstand erwies sich oftmals als temporär, weil große, besser gestellte Haushalte regelmäßig auseinandergingen.

64 Zur wirtschaftlichen Leistungskraft der bäuerlichen Familienwirtschaften nach 1861 vgl. Hildermeier (wie Anm. 31), S. 1131–1139; Gestwa: (wie Anm. 63); Heinz-Dietrich Löwe: Die Lage der Bauern in Russland 1880–1905. Wirtschaftliche und soziale Veränderungen in der ländlichen Gesellschaft des Zarenreiches, St. Katharinen 1988; Esther Kingstomann/Timothy Mixer (Hg.): Peasant Economy, Culture, and Politics of European Russia, 1800–1921, Princeton 1991; Jeffrey Burds: Peasant Dreams and Market Policies, Pittsburgh 1998; David Kerans: Mind and Labor on the Farm in Black-Earth Russia, 1861–1914, Budapest 2001; Katja Brusch u.a.: Where is the Backward Russian Peasant? Evidence against the Superiority of Private Farming, 1883–1913, in: The Journal of Peasant Studies 42 (2015) H. 2, S. 425–447.



Kinderzahlen wie die dieser achtköpfigen Bauernfamilie waren keine Ausnahme um 1900.
Foto: sz photo/Imagno/Austrian Archives



„Nur zwei Dinge auf Erden sind uns ganz sicher: der Tod und die Steuer.“ Diese Aussage des amerikanischen Gründervaters Benjamin Franklin galt auch für das ländliche Russland.
Abbildung: interfoto/Sammlung Rauch

Ihr Besitz wurde anschließend auf die sich daraus bildenden Kleinfamilien aufgeteilt, die sodann bemüht waren, mit weniger Arbeitskräften, aber auch weniger Land ihr Auskommen zu erwirtschaften. Das gleichmäßig verteilte Erbe erwies sich oftmals als gute Starthilfe, garantierte für sich genommen aber keinen Reichtum. Die Sozialhierarchie im Dorf blieb fluide, weil sie weiterhin nicht von klaren Grenzziehungen in Arm und Reich, sondern vom Wachstumszyklus der Familie in kleine und große Haushalte geprägt wurde. Angesichts dieser Egalisierungsmechanismen erodierte der soziale Zusammenhalt der Bauerngesellschaft noch nicht.

Dem zarischen Staat diente die Dorfgemeinde sowohl als fiskalisches Instrument, damit die Bauern ihren Beitrag zum Staatshaushalt erbrachten und ihre Ablösezahlungen an den Adel entrichteten, als auch als unterste Verwaltungseinheit und Garant sozialer Stabilität. Die Gemeinde war dafür verantwortlich, die Arbeits- und Lebensweise im Dorf so zu organisieren, dass es so wenig Unruhe, Gewaltexzesse und Kriminalität wie möglich gab. Das dörfliche Miteinander regelte ein althergebrachtes Gewohnheitsrecht; die bäuerliche (nicht selten rabiate) Selbstjustiz war weit verbreitet. In Zeiten allgemeiner Aufruhr koordinierte die Dorfgemeinde allerdings häufig auch bäuerliche Widerstandsaktionen und erschien damit den Mächtigen gleichsam als Hort von Protest und Gewalt.⁶⁵

Trotz des harten agrarischen Verdrängungswettbewerbs und der wachsenden Kritik an den als ungerecht empfundenen Agrarverhältnissen wüteten die aufgebrachten Bauern lange Zeit nicht gegen den Zaren, sondern vor allem gegen diejenigen (Adlige, Staatsbeamte, Wucherer, Unternehmer, Aufkäufer, etc.), von denen sie meinten, dass Not und Unterdrückung von ihnen kämen. Die paternalistische Emotion und Tradition verhalf dem Kaiser in Petersburg noch zu einem zentralen Platz im bäuerlichen Weltbild. Als von Gott gesandt schien er über jegliche irdische Zudringlichkeit und Fehlbarkeit erhaben. Dieser der politischen Wirklichkeit entrückte Zarenmythos bildete das spirituell angehauchte, paternalistische Fundament der russischen Autokratie und erklärte trotz sich zuspitzender Desintegrationsprozesse deren Beharrungsvermögen und Überlebensfähigkeit. Allerdings zeichnete sich schon vor 1905 ab, dass der Zarenmythos als bindende Kraft zwischen Regime und Bevölkerung sowie loyalitätsgenerierende Legitimationsquelle bald an Wirksamkeit verlieren sollte.⁶⁶

Gemessen an den allgemeinen sozioökonomischen Entwicklungstrends, kann nach 1861 sowohl von einer fortschreitenden Verelendung der russischen Bauern als auch von einer agrarischen Dauerkrise und vom Zerfall der traditionellen Dorfordnung keine Rede sein. Vielerorts zeigten sich zahlreiche bäuerliche Familienwirtschaften in der Lage, erfolgreich auf die sich wandelnden Agrarstrukturen und neuen Marktbeziehungen zu reagieren. Die Anpassungsfähigkeit des russischen Dorfs an moderne Vorgänge und

65 Mironov (wie Anm. 63), S. 286–370; Roger Bartlett (Hg.): Land Commune and Peasant Community in Russia. Communal Forms in Imperial and Early Soviet Society, New York 1990; Christine Worobec: Peasant Russia, Family and Community in the Post-Emancipation Period, Princeton 1991.

66 Geyer (wie Anm. 31), S. 37. Ausführlich dazu Daniel Field: Rebels in the Name of the Tsar, Boston 1976.

Zustände darf keineswegs unterschätzt werden, auch wenn das alte bäuerliche Leben mit seiner patriarchalen Enge und Härte weitgehend fortbestand, sich damit vom modernen Treiben in den Städten markant unterschied und so Stereotype der ländlichen Rückständigkeit des finsternen Mittelalters festschrieb. Für Millionen von bäuerlichen Familien blieben die Agrarverhältnisse tatsächlich äußerst prekär; sie konnten keine Rücklagen bilden und waren so Schicksalsschlägen weitgehend hilflos ausgesetzt. Viele Haushalte, die noch keinen direkten Zugang zu den modernen Infrastrukturen und den neuen Agrarmärkten hatten, taten sich schwer damit, die Folgen der ländlichen Überbevölkerung und der daraus resultierenden Armut zu überwinden. Knapp fünf Mio. Landbewohner verließen darum seit den 1890er Jahren den europäischen Landesteil, um als Umsiedler in Sibirien, Zentralasien und im Kaukasus einen Neuanfang zu suchen.⁶⁷

Ein erschütterndes Ereignis, das die große Verwundbarkeit und Krisenanfälligkeit des russischen Dorfs unterstrich, war die Hungersnot 1891/92. Ausgelöst durch eine langanhaltende Dürre, erfasste sie ein Gebiet vom Ural bis zum Schwarzen Meer, in dem 36 Mio. Menschen lebten. Schließlich brachen noch Cholera und Typhus aus. Infolge der Epidemien und der Unterernährung starben damals 600.000 Menschen. Die völlig unvorbereiteten Staatsbehörden zeigten sich nicht in der Lage, dieses Massenelend zu lindern. Es entstand ein allgemeiner Eindruck von Nachlässigkeit und akuten Versäumnissen. Die Empörung der Öffentlichkeit sowohl im Inland als auch weltweit war enorm. Die Hungersnot veranschaulichte die unerträgliche Ungleichheit und Ungerechtigkeit; sie diskreditierte das veraltete bürokratische System und politisierte die Bevölkerung. Immer weniger hatten das Gefühl, in einer wohlgefühten Ordnung zu leben, deren Hüter sich wirklich um das Leben der Menschen kümmerten.⁶⁸

Das galt insbesondere für die Bauern, die erkannten, dass es zwischen ihnen und dem Regime weiterhin hohe Mauern der Missachtung und Gleichgültigkeit gab. Zwar zeigte der russische Staat nach 1861 mit seinen Behörden und Beamten auf dem Land zunehmend Präsenz.⁶⁹ Dennoch fühlten sich die meisten Bauern weiterhin nicht in

Staat und Gesellschaft integriert und lehnten oftmals selbst gut gemeinte Interventionen von außen als Einmischung in ihre Belange ab. Modernitätsrückstände und Effizienzprobleme blieben vielerorts evident. Die berechtigten bäuerlichen Forderungen nach Land und Kapital sowie nach verbesserter Daseinsvorsorge fanden hingegen kaum Gehör bei der Regierung. Noch weit weniger als die bürgerlichen Bildungsschichten hatten die Bauern die Möglichkeit, aktiv am öffentlichen Leben teilzunehmen. Infolge des praktizierten Kurienwahlrechts bildeten ihre Vertreter in der lokalen Selbstverwaltung nur eine Minderheit und konnten hier kaum den politischen Ton vorgeben. Die „Vergesellschaftung“ der Bauern ließ weiter zu wünschen übrig, wie besorgte Zeitgenossen nimmermüde warnten.

Das Schicksal des Dorfs schien sich trotz aller Anstrengungen und Anpassungen nicht zum Besseren zu wenden; die Fragilität und Krisenhaftigkeit des bäuerlichen Lebens bestand fort. Deshalb waren immer mehr Bauern für den Virus des revolutionären Aufbegehrens empfänglich, der von Gebildeten und Bauern aus den Städten auf das Land getragen wurde. Zwar fehlte es den meisten Dorfbewohnern im Marx'schen Sinne an einem entwickelten Klassenbewusstsein und politischer Organisation. Ihre Proteste entwickelten sich weiter spontan, ungestüm und ohne klare ideologische Stoßrichtung. Nichtsdestotrotz gingen die Bauern zunehmend auf Kollisionskurs mit dem alten Regime.⁷⁰

Arbeiter zwischen Feld und Fabrik

Aus der Bauernschaft ging nach 1861 mit der Lohnarbeiterschaft eine neue soziale Gruppe hervor, die nicht mehr in die überkommene agrargesellschaftliche Ständeordnung passte.⁷¹ So setzte sich die Stadtbevölkerung Petersburgs nach offizieller Zählung und Gliederung zu knapp 70 Prozent aus Bauern zusammen, weil die zahlreichen Lohnarbeitergruppen in der Hauptstadt nicht nach ihrer beruflichen Tätigkeit, sondern weiterhin nach ihrer ständischen Herkunft kategorisiert wurden. Die Zahl der von den Dorfgemeinden ausgegebenen Pässe, die es den Bauern erst erlaubten, sich auf Arbeitssuche in die Stadt zu begeben, stieg von den 1860er Jahren bis in die erste Dekade des 20. Jahrhunderts um mehr als das Siebenfache.⁷²

67 Hildermeier (wie Anm. 31), S. 1176; Dahlmann (wie Anm. 36), S. 195–201.

68 Figs (wie Anm. 46), S. 171–176; Eric M. Johnson: Demographics, Inequality and Entitlements in the Russian Famine of 1891, in: Slavonic and East European Review 93 (2015), S. 96–119.

69 Francis W. Weislo: Reforming Rural Russia. State, Local Society, and National Politics, 1855–1914, Princeton 1990; Corinne Gaudin: Ruling Peasants. Village and State in Late Imperial Russia, DeKalb 1999.

70 Figs (wie Anm. 46), S. 115 f.

71 Zur überkommenen Ständeordnung vgl. Christoph Schmidt: Ständerecht und Standeswechsel in Russland, 1851–1897, Wiesbaden 1993.

72 Hildermeier (wie Anm. 31), S. 1185; Jeffrey Burds: The Social Control of Peasant Labor in Russia. The Response of the Village Communities to Labor Migration in the Central Industrial Region, 1861–1905, in: Kingstomann/Mixter (wie Anm. 64), S. 52–100.



Gruppenfoto der Belegschaft der Firma Hubner, Moskau 1895
Foto: ullstein bild/Imagno

Besonders im Hinterland von Moskau und Petersburg sowie anderer urbaner Zentren gab es kaum eine Familie, deren Oberhaupt nicht mindestens ein bis zwei Personen zur Arbeit in die Stadt geschickt hatte. Der Revolutionsführer Leo Trockij sprach darum davon, die russischen Arbeiter seien überwiegend „vom Pflug weggeschnappt und geradewegs an die Hochöfen der Fabriken geschleudert worden.“⁷³

Insbesondere junge Männer sowie Frauen wollten zu gern der ewigen Routine des Bauernlebens und der patriarchalen Enge des Dorfs entfliehen. Die Differenzierungsprozesse zwischen Bauern- und Lohnarbeiterschaft schritten allerdings nur langsam voran. Ende des 19. Jahrhunderts erklärten darum zeitgenössische Beobachter, der einzige erkennbare Unterschied zwischen dem Bauern im Dorf und seinen Brüdern in der Stadt bestehe darin, „dass der eine sein Hemd über und der andere in der Hose trug.“⁷⁴

Im Jahr 1913 gab es im Zarenreich schon 18 Mio. Lohnarbeiter (darin eingeschlossen die Beschäftigten des Kleingewerbes, die Bau- und Eisenbahnarbeiter sowie Saison- und Landarbeiter). Das entsprach zehn Prozent der Gesamtbevölkerung. Knapp vier Mio. davon gehörten damals zur rasch wachsenden Gruppe der Industriearbeiter. Sie konzentrierten sich in wenigen Städten und Großbetrieben, so dass sie eine (im wahrsten Sinne des

73 Zit. n. Smith (wie Anm. 16), S. 19.

74 Richard Pipes: Die Russische Revolution, Bd. 1. Der Zerfall des Zarenreiches, Berlin 1992, S. 189. Ausführlich zur lange Zeit schwachen Ausdifferenzierung von Stadt und Land vgl. Mironov (wie Anm. 63), S. 425–519.

Wortes) schlagkräftige Gruppe bildeten, deren politische Stärke weit größer war, als ihre absolute Zahl vermuten ließ. Die Arbeiterfrage war darum demographisch gesehen ein Minderheitenproblem, aber ein derart massiertes, dass in den Haupt- und Großstädten als den neuralgischen Schaltstellen staatlicher und ökonomischer Macht ein potentiell explosives Sozalsegment zunehmend Gestalt und Bewusstsein annahm.⁷⁵

Auch die russische Industriearbeiterschaft – im Marx'schen Sprachgebrauch das Proletariat – hatte ihre Nabelschnur zum Dorf noch keineswegs durchschnitten. Sie blieb bodenständig, weil die Landparzelle der Familie im Fall von Arbeitslosigkeit, Invalidität, Alter oder sonstiger Not weiterhin das einzige soziale Auffangnetz blieb, um den kompletten Absturz ins Elend zu verhindern. Das Leben der meisten Industriearbeiter stellte sich darum als eine fortgesetzte Pendelexistenz zwischen Feld und Fabrik dar. Für Beschäftigte in Textilunternehmen war es normal, dass sie während der Zeit der Aussaat und der Ernte vorübergehend in ihr Dorf zurückkehrten, weil dort bei der Feldarbeit ihre Arbeitskraft dringend benötigt wurde. In den Betrieben der Metall-, Chemie- und Elektrobranche war die saisonale Unterbrechung des Arbeitsrhythmus deutlich seltener anzutreffen. Arbeiterbauern nahmen hier in jungen Jahren meist eine Dauerbeschäftigung an, um dann im Alter von 40 Jahren wieder zurück in ihr Dorf zu gehen, um dort ihren Vater als Familienvorstand zu ersetzen. Die Aufeinanderfolge von Dorf- und Fabrikexistenz blieb damit auch in den modernen Branchen des Industriesektors oft der Normalzustand. Die Land-Stadt-Wanderung war demnach keine Einbahnstraße, sondern eine Route mit erheblichem Gegenverkehr.⁷⁶

Die bäuerliche Fabrikarbeit wurde oftmals nicht individuell, sondern kollektiv durch Landmannschaften (*zemljacestva*), organisiert. Sie bestanden meist aus Arbeiterbauern, die aus einem Dorf oder zumindest aus der gleichen Region stammten und durch diese gemeinsame Herkunft miteinander verbunden waren. Die Landmannschaften halfen den ländlichen Arbeitsmigranten, sich in der Stadt zurechtzufinden. Ihre Mitglieder unterteilten sich wieder in kleine Gemeinschaftsverbände, die sogenannten *arteli*. Sie bestanden zumeist aus zehn bis 20 Personen,

75 Nolte (wie Anm. 34), S. 159. Ähnlich Neutatz (wie Anm. 38), S. 82f.; Hildermeier (wie Anm. 31), S. 1189f.

76 Robert E. Johnson: Peasant and Proletarian. The Working Class of Moscow in the Late Nineteenth Century, New Brunswick 1979; Barbara Alpern Engel: Between the Fields and the City. Women, Work, and Family in Russia, 1861–1914, Cambridge 1994.

die in einer Fabrik nicht nur bestimmte Arbeitsplätze, sondern in Fabrikkasernen oder Privatunterkünften auch einen gemeinsamen Wohnraum teilten. Diese Werk- und Wohngemeinschaften sorgten dafür, dass Neuankömmlinge angelernt wurden, um sich in der Fabrik und auf dem städtischen Arbeitsmarkt zu behaupten. Ihren Ältesten (*starosti*) oblag es, die häufig als Gesamtsumme ausgehändigten Löhne je nach Qualifikation, Alter und Arbeitseinsatz an die Einzelnen aufzuteilen. Sie sorgten auch dafür, dass die Arbeiterbauern einen Teil ihres Lohns in ihr Heimatdorf sandten. Mit den Landmannschaften und ihren Gemeinschaftsverbänden entstand in fabriknahen Stadtteilen oftmals eine Übergangszone vom dörflichen zum städtischen Leben. Während im Stadtzentrum eine aus dem Westen importierte urbane Modernität Gestalt annahm, kam es in den Randbezirken gleichzeitig zur Verbäuerlichung. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts stellten die russischen Städte darum Orte eines Zeitbruchs dar, an denen Alt und Neu unvermittelt aufeinander prallten.⁷⁷

Die Fabrikbeschäftigten waren in Russland bis 1914 längst noch nicht zu einer geeinten Arbeiterklasse zusammengewachsen. Die Belegschaft der Unternehmen blieb im hohen Maß fragmentiert. Die russischen Industriearbeiter unterschieden sich beträchtlich voneinander, nicht nur nach dem Grad, wie sie mit dem Dorf weiter verbunden blieben, sondern auch danach, welchen Beruf sie ausübten, in welcher Fabrik sie schufteten und welchen Ausbildungsstand sie hatten. An der Spitze der Arbeitskräftepyramide standen Facharbeiter mit überdurchschnittlichem Lohn, starkem Berufsethos und hohem Sozialprestige, so wie die Metallarbeiter und Drucker. Für sie, die kaum mehr Wurzeln im Dorf hatten, war die Industriearbeit schon zu einem generationenübergreifenden Erwerb geworden. Sie hatten sich zu einem „erblichen Proletariat“ entwickelt. Am Ende der Sozialhierarchie in den Arbeitermilieus standen ungelernete Arbeitskräfte und Arbeiterinnen. Letztere waren meist in der weniger angesehenen Textilindustrie beschäftigt. Während die Arbeiteraristokraten auf Respektabilität bedacht waren und sich betont „kultiviert“ benahmen, um sich von den finsternen Massen der Arbeiterbauern abzuheben, herrschten bei diesen noch die rauen Manieren des Dorfs vor. Das schlug sich in regelmäßigen Trinkereien und Schlägereien sowie einem kaum gebändigten

77 Joseph Bradley: *Muzhik and Moscovite. Urbanisation in Late Imperial Russia*, Berkeley 1985; Bernd Bonwetsch: *Die Russische Revolution 1917. Eine Sozialgeschichte von der Bauernbefreiung 1861 bis zum Oktoberumsturz*, Darmstadt 1991, S. 54–78.

„Hooliganismus“ nieder, der die städtische Gesellschaft in Angst und Schrecken versetzte.⁷⁸

Der Umgang der Arbeiter war untereinander keineswegs nur von Solidarität, sondern oft auch von erbitterter Konkurrenz, übler Diskriminierung und gewaltsamen Übergriffen gekennzeichnet. Während der Zeit hoher Arbeitslosigkeit empfingen in den Städten schon sozialisierte und erfahrene Fabrikarbeiter die mit den Zügen anreisenden Arbeiterbauern am Bahnhof, um sie dort zu verprügeln und ihnen auf handfeste Weise zu verdeutlichen, dass sie auf dem städtischen Arbeitsmarkt nichts verloren hätten.⁷⁹

In den Peripherien des Zarenreichs luden sich die Konflikte zwischen den einzelnen Arbeitergruppen sogar mit interethnischen Spannungen auf. In der am Kaspischen Meer gelegenen Stadt Baku, die seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts infolge eines Erdölbooms explosionsartig wuchs, waren die muslimischen Aserbajdschaner in den Unternehmen meist nur als Hilfsarbeiter beschäftigt, während ihnen vor allem Armenier, aber auch Russen, Georgier, Juden und Ukrainer als Facharbeiter und Vorgesetzte gegenüber traten. Als es nach 1904 in Baku zu gewalttätigen Streiks kam, zerstörten die muslimischen Hilfsarbeiter nicht nur die Hälfte der Industrieanlagen, sondern organisierten auch Pogrome und bandenmäßige Plünderungen, unter denen vor allem Stadtbewohner mit anderer Nationalität zu leiden hatten.⁸⁰

Desolate Arbeits- und Lebenszustände

Diese Gewaltausbrüche erklärten sich nicht zuletzt aus den oftmals desolaten Zuständen, in denen sich die Arbeiter ihr Leben einzurichten hatten. Die massive Zuwanderung vom Land erhöhte den Druck auf die längst schon überlastete städtische Infrastruktur. In den brodelnden, vor Menschen und Gebäuden zunehmend überquellenden Städten gab es vor allem viel zu wenig Wohnraum. Die Fabrikarbeiter mussten mitunter direkt an ihren Arbeitsplätzen nächtigen oder sich in zugigen und verwanzten Schlafbaracken nicht nur den Tisch, sondern auch das Bett teilen. Dort, wo sich zu viele Menschen auf zu wenig Raum drängten, war es um die Hygiene und

78 Gestwa (wie Anm. 63), S. 459–578; Mark D. Steinberg: *Moral communities. The Culture of Class Relations in the Russian Printing Industry, 1867–1907*, Berkeley 1992; Joan Neuberger: *Hooliganism. Crime, Culture, and Power in St. Petersburg, 1900–1914*, Berkeley 1993.

79 Gestwa (wie Anm. 63), S. 506–510.

80 Jörg Baberowski: *Der Feind ist überall. Stalinismus im Kaukasus*, München 2003, S. 77–83.

die Gesundheit nicht gut bestellt. Mit wenigen Ausnahmen blieben die Stadtteile, in denen die Arbeiter lebten, bis 1914 ohne Kanalisation. Die städtische Verwaltung erwies sich als unfähig, die zahlreichen Infrastrukturprobleme anzugehen, und bekam deshalb die bedrohlichen sanitären Probleme einfach nicht in den Griff. Petersburg galt daher zu Beginn des 20. Jahrhunderts als die ungesündeste Hauptstadt Europas. Hier waren 1908 noch einmal 14.000 Menschen einer Choleraepidemie zum Opfer gefallen. Die Elendsviertel, in denen sich die Arbeiter zusammenpferchten, entwickelten sich dabei zu sozialen Brennpunkten der besonderen Art.⁸¹



Kinderarbeit war in den frühen Phasen der Industrialisierung keine Seltenheit, so auch in dieser russischen Schuhfabrik im Jahr 1888.

Foto: interfoto/Granger NYC

81 Smith (wie Anm. 16), S. 17; James H. Bater: *Modernization and Public Health in St. Petersburg, 1890-1914*, Berlin 1985. Zu den sozialen Problemen im „Moloch Stadt“ vgl. auch die alltagshistorischen Schilderungen bei Carsten Goehrke: *Russischer Alltag. Eine Geschichte in neun Zeitbildern vom Frühmittelalter bis zur Gegenwart*, Bd. 2. Auf dem Weg in die Moderne, Zürich 2003, S. 290–380.

Gleichsam menschenunwürdig und rüde war der Arbeitsalltag in den Fabriken, die in Russland ihren Anstaltscharakter niemals ganz verloren. Das innerbetriebliche Miteinander war von körperlicher als auch verbaler Gewalt geprägt. Während die Unternehmensleitung die Belegschaft schikanierte und willkürlich bestrafte, reagierten die Arbeiter auf diese miserable Behandlung, die schlechte Entlohnung und die stumpfsinnige Plackerei mit Bummel, Diebstahl und absichtlichen Störungen der Produktionsabläufe. Zwar versuchten einige Unternehmer mit sozialen Engagement das harte Los der Fabrikarbeit abzumildern und zu ihrer Belegschaft ein paternalistisches Verhältnis aufzubauen. Doch wenn die Arbeiter es wagten, für ihre Interessen öffentlich einzustehen und die Auseinandersetzung mit der Fabrikbrigade zu erproben, dann zögerten die Fabrikanten keine Sekunde, Polizisten und Kosaken zur Hilfe zu rufen und die Arbeiter brutal niederknüppeln zu lassen. Ihre Arbeitgeber und den Staat nahmen die Arbeiter darum oftmals als einen in sich geschlossenen Unterdrückungs- und Ausbeutungsapparat wahr. Angesichts ihrer entwürdigenden Behandlung klagten Arbeiter zu Beginn des 20. Jahrhunderts über ein „Sklavenregime“ in den Fabriken und erklärten, sie würden sogar „schlechter leben als ein Pferd“.⁸²

Statt den Arbeitern die Möglichkeit zu geben, sich politisch zu organisieren, um im zivilen Miteinander ihre Belange vorzutragen und Kompromisse auszuloten, setzte der bürokratisierte Polizeistaat auf brutale Härte. Starrsinnig verweigerte er bis 1905 den Arbeitern jegliche Versammlungs- und Streikrechte und verbot die Einrichtung von Gewerkschaften. Zudem zeigte die Regierung nur wenig Neigung, das soziale Elend der Industriearbeit durch eine Fabrikgesetzgebung zu verbessern. Zwar wurden schon 1881 mit der Errichtung der staatlichen Fabrikinspektionen die ersten Arbeiterschutzzmaßnahmen ergriffen, um – wie es hieß – „englischen Verhältnissen“ vorzubeugen. Doch folgte dem anschließend keine konsequent fortgesetzte Sozialpolitik. Erst 1912 führte der russische Staat eine obligatorische Kranken- und Unfallversicherung ein. Damals standen die Zeichen in der Fabrikarbeiterschaft aber schon längst auf Radikalisierung.⁸³

82 Zit. n. Figes (wie Anm. 46), S. 129.

83 Hildermeier (wie Anm. 31), S. 1197–1202; Joachim von Puttkamer: *Fabrikgesetzgebung in Russland vor 1905. Regierung und Unternehmerschaft beim Ausgleich ihrer Interessen in einer vorkonstitutionellen Ordnung*, Köln 1996.

Die Politisierung der Industriearbeiterschaft

Die Unmöglichkeit, auf dem Weg der Verhandlung und des Ausgleichs eine Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensverhältnisse zu erreichen, führte bei den russischen Arbeitern – ungeachtet der drohenden Repressionen – zu einer hohen Streik- und Protestbereitschaft. In den Fabrikhallen und Schlafsälen begann sich ausgehend von neuen Untergrundorganisationen ein revolutionärer Bazillus auszubreiten. Nach dem politischen Scheitern der *Narodniki* sahen viele russische Marxisten nicht mehr in den Bauern, sondern in den Fabrikarbeitern die neue soziale Kraft, die bald stark genug wäre, um die zarische Autokratie zu zertrümmern. In seinem 1899 veröffentlichten, einflussreichen Werk „Die Entwicklung des Kapitalismus in Russland“ trug Vladimir Lenin zahlreiches statistisches Material zusammen, um die revolutionäre Reife der russischen Arbeiterklasse zu demonstrieren und zu erläutern, dass die sozialistische Revolution nicht nur in den fortgeschrittenen Industrieländern Europas, sondern auch im Zarenreich möglich sei.⁸⁴

Schon seit 1883 hatten die russischen Sozialdemokraten versucht, sich zu organisieren. Erst 1898 gelang dann in Minsk die Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands (SDAPR). Sie erhielt rasch Zulauf. 1903 bestand die neue Partei schon aus 26 Teilorganisationen und hatte 5.000 Mitglieder. Allerdings gerieten die Parteiführer bald in Streit über den richtigen revolutionären Weg. Auf dem 2. Parteitag in London setzten sich 1903 die radikalen Kräfte um Lenin mit ihrer Forderung durch, die SDAPR in eine konspirative Kaderpartei und Elitetruppe von Berufsrevolutionären umzuformen, um kompromisslos nicht nur den zarischen Staat, sondern auch die liberal-bürgerlichen Kräfte bekämpfen zu können. Darüber kam es zum Bruch. Die unterlegenen gemäßigten Kräfte bildeten als Menschewiki fortan eine eigene Fraktion und konnten bald schon wieder die Führung der SDAPR übernehmen, um die Londoner Mehrheitsfraktion der sogenannten Bolschewiki in der Partei vorübergehend zur Minderheit zu machen.⁸⁵

84 Zur Rezeption von Marx in Russland und durch Lenin vgl. Figes (wie Anm. 46), S. 152–167; Christopher Read: *Lenin. A Revolutionary Life*, London 2005, S. 4–62; Jeffrey Brooks/Georgij Chernyavskiy: *Lenin and the Making of the Soviet State*, Boston 2007, S. 7–12. Zu Lenins Buch „Die Entwicklung des Kapitalismus in Russland“; vgl. Robert Service: *Lenin. Eine Biographie*, München 2000, S. 169–176.

85 Zur Parteigründung und zum Split in Bolschewiki und Menschewiki vgl. Service (wie Anm. 84), S. 179–224; Dietrich Geyer: *Lenin in der russischen Sozialdemokratie. Die Arbeiterbewegung im Zarenreich als Organisationsproblem der revolutionären Intelligenz 1890–1905*, Köln 1962; Heinz-Dietrich Löwe: *Von der Industrialisierung zur Ersten Revolution, 1890 bis 1914*, in: Schramm (wie Anm. 30), S. 203–336, hier S. 278–298; Alan Woods: *Bolshevism. The Road to Revolution*, London 1999, S. 33–166.



Die verfehlte Modernisierungspolitik des Zaren wurde anfangs noch vom Zarenmythos verdeckt, jedoch schlug die Verehrung der Russen für Nikolaus II. zur Revolution 1917 endgültig in Hass um.

Abbildung: sz-photo/Rue des archives/Tallandier

Über ihre inneren Zwistigkeiten hinaus standen die sozialdemokratischen Geheimkomitees auch in erbitterter Rivalität zur zarischen Geheimpolizei. Diese trieb zum einen sozialdemokratische Führungspersonlichkeiten wie Lenin ins Ausland oder verbannte sie wie Stalin nach Sibirien. Zum anderen gründete die Geheimpolizei unter der Leitung von Sergej Zubatov lizenzierte Gewerkschaften, um mit dieser Form eines Polizeisozialismus die unzufriedenen Arbeiter davon abzuhalten, sich für die sozialdemokratische Untergrundpartei zu engagieren.⁸⁶

Zwar gelang es der russischen Sozialdemokratie zu Beginn des 20. Jahrhunderts noch nicht, ihre neue Parteiorganisation als Führungsorgan der Arbeiterbewegung zu stabilisieren. Dennoch entwickelten vor allem immer mehr Facharbeiter nach der Lektüre marxistischer Schriften alsbald Denk- und Handlungsweisen sozialdemokratischer oder gewerkschaftlicher Art. Einige von ihnen standen fortan mit einem Fuß in der Fabrik, mit dem anderen im revolutionären Untergrund. Ihr Verständnis vom Sozia-

86 Pipes (wie Anm. 74), S. 34 ff.

lismus erwies sich meist noch recht dehnbar, weil sozialistische Theorien im Kessel der Gesellschaft zu emotionalen Losungen und Parolen eingekocht wurden. Gleichwohl veränderten die Arbeiter allmählich ihr Protestverhalten. Waren lange Zeit spontane, meist wenig koordinierte Gewaltausbrüche in Form von Krawallen, Pogromen, Plünderungen und Maschinenstürmerei Dauermerkmale der Arbeiterunruhen gewesen, griffen die Arbeiter zu Beginn des 20. Jahrhunderts zunehmend auf moderne Widerstandspraktiken wie Streiks, Arbeitsniederlegungen und Boykott zurück. Aus den Arbeiterversammlungen, den Demonstrationen und den Generalstreikaktionen verschwanden die zuvor eifrig geschwenkten Zarenbilder; die rote Fahne begann zu dominieren. Zugleich gelang es, den zuvor rein ökonomischen Kampf der Fabrikbelegschaften um bessere Arbeitsverhältnisse in eine politische Rebellion gegen das zarische Regime zu überführen. Die russischen Fabrikarbeiter machten darum bald mit der europaweit höchsten Streik- und Protestbereitschaft auf sich aufmerksam.

Auch wenn die soziale Metamorphose vom Arbeiterbauern zum klassenbewussten Proletarier bis 1914 bei weitem noch nicht abgeschlossen war und zahlreiche Spuren dörflicher Kultur weiterhin das Leben in Stadt und Fabrik prägten, so spiegelte die wachsende Nervosität und Brutalität der Machthaber doch die Tatsache, dass sich die Industriearbeiterschaft politisiert hatte und zu einem Herd der Unruhe und des Aufbegehrens geworden war. Von Staat und Gesellschaft ausgeschlossen, blieben die Arbeiter in ihrer sozialen Randlage ein Fremdkörper, der sich nicht in die überkommene Ordnung des Zarenreichs integrieren ließ und deshalb eine besondere politische Schlag- und Sprengkraft entwickelte. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts zeichnete sich immer deutlicher ab, dass bei der Zuspitzung der revolutionären Situation zukünftig der nun besser organisierten Fabrikarbeiterschaft eine entscheidende Rolle zufallen würde.⁸⁷

87 Bonwetsch (wie Anm. 77), S. 79–94; Victoria V. Bonnell: *Roots of Rebellion. Workers' Politics and Organisations in St. Petersburg and Moscow, 1900–1914*, Berkeley 1983; Charters Wynn: *Workers, Strikes and Pogroms. The Donbass–Dnepr–Bend in Late Imperial Russia, 1870–1905*, Princeton 1992; Deborah L. Pearl: *Creating a Culture of Revolution. Workers and the Revolutionary Movement in Late Imperial Russia*, Bloomington 2015; Alice K. Pate: *Workers and Unity. A Study of Social Democracy, St. Petersburg Metalworkers, and the Labor Movement in Late Imperial Russia, 1906–14*, Bloomington 2015.

Modernisierung als Problem und die Interpretation der Revolution

Seit den „Großen Reformen“ waren im Zarenreich nicht nur Wirtschaft und Gesellschaft, sondern auch die politische Landschaft in Bewegung geraten. Die sich immer mehr zuspitzenden Strukturkrisen in der Stadt und auf dem Land hatten eine explosive Gemengelage sozialer und politischer Konflikte entstehen lassen, die sich bislang nur in lokalen Protest- und Gewaltaktionen äußerten. Meist im Untergrund hatten sich mit (im europäischen Vergleich) großer Verspätung und schweren Geburtswehen politische Parteien gegründet, die zunächst weitgehend noch in sich geschlossene Gesinnungsgemeinschaften darstellten. Deren Repräsentanten erhoben zwar den Anspruch, die Interessen gesellschaftlicher Gruppen zu vertreten und den hohen Ausbeutungsdruck endlich reduzieren zu wollen. Es fehlte ihnen in der Bevölkerung aber weiterhin an Rückhalt und Akzeptanz, auch wenn ihre Programme und Forderungen verstärkt auf die Nöte und Wünsche der Menschen reagierten und damit zur Politisierung vor allem der städtischen Bildungsschichten und Arbeitergruppen beitrugen. Diese allgemeine Schwäche des russischen Parteiwesens sollte für die weitere politische Entwicklung eine schwere Hypothek darstellen.⁸⁸

Das in seiner Machtfülle unbeschränkte Zarenregime hatte sich so manchen Ausweg aus seiner selbst geschaffenen Modernisierungskrise versperrt, weil seine obersten Vertreter auf die sich bietenden Möglichkeiten der Partizipation loyaler Elitenkreise und der staatlichen Moderation sozialer Konflikte verzichteten. Die Autokratie dachte nicht daran, die Folgen von Verstädterung und Industrialisierung sozialstaatlich aufzufangen und sich mit einer verbesserten Daseinsvorsorge ernsthaft um das Schicksal der Bauern zu kümmern, deren Existenz ungeachtet aller Anpassungsprozesse an die neuen Marktverhältnisse weiterhin prekär blieb. Für die Konfrontation mit einer Gesellschaft, die sich allmählich ihrer Belange und Kraft bewusst zu werden schien, erwies sich der Zarenstaat als schlecht vorbereitet. Statt die Herausforderungen des seit Ende des 19. Jahrhunderts auch im Russischen Imperium beginnenden Aufbruchs in das Industriezeitalter vorausschauend und umsichtig anzugehen, erging sich die Autokratie in einer Politik der Gegensätze und brach damit immer mehr Brücken sowohl zur Gesellschaft als auch in die Zukunft hinter sich ab.

88 Geyer (wie Anm. 31), S. 43.



Nach der demütigenden Niederlage im Russisch-Japanischen Krieg 1904/05 fanden im Zarenreich zahlreiche Judenpogrome statt, in deren Folge es zu Plünderungen, Morden sowie der verstärkten Auswanderung vieler osteuropäischer Juden vor allem nach Nordamerika kam.

Abbildung: sz-photo/Scherl

Die daraus resultierenden Verluste an staatlicher Steuerungs- und Ordnungskraft blieb vielen Zeitgenossen nicht verborgen. Die revolutionären Strömungen sahen eine Zeit anbrechen, in der ihre Wünsche schon bald Wirklichkeit werden könnten; die Vertreter der alten Ordnung sowie die Verfechter eines moderaten Wandels deuteten die beunruhigenden Zeichen der Zeit als Vorahnung stürmischer Jahre, in denen die zarische Welt im Strudel einer alles mitreisenden Umwälzung unterzugehen drohe.⁸⁹

Den einen Höllensturz erwartenden russischen Zeitgeist brachten damals die symbolistischen Schriftsteller Andrej Belyj und Alexander Blok besonders eindrucksvoll zum Ausdruck. Während der ersten Dekade des 20. Jahrhunderts bescheinigten sie ihrem Heimatland einen orientierungslosen Tanz auf dem Vulkan und sahen ein riesiges verzehrendes Feuer am Horizont heraufziehen. In apokalyptischer Vorschau beschrieb Blok in seinem Gedicht

.....

89 Die Gleichzeitigkeit von Aufbruchs- und Untergangsstimmung angesichts der heraufziehenden Epochenwende schildert anschaulich Ingold (wie Anm. 40).

Milan den stolzen Raubvogel nicht mehr als majestätischen Zarenadler, sondern nur mehr als Aasvogel, der über dem sich seinem Schicksal stumpf ergebenden Volk gierige Kreise zieht.⁹⁰

Angesichts der Vielzahl sich verschärfender Gegensätze und desintegrativer Prozesse konnte die labile Situation in eine definitive Katastrophe umschlagen. Schließlich war es dann die blamable Niederlage im Russisch-Japanischen Krieg 1904/05, die wie ein Brandbeschleuniger wirkte und den revolutionären Flächenbrand auslöste, den viele schon vorher prophezeit hatten.⁹¹

Der französische Publizist und Historiker Alexis de Tocqueville hatte schon 1856 in seinem wichtigen Werk „Der alte Staat und die Revolution“ festgestellt, die Geschichte lehre, „dass der gefährlichste Augenblick für eine schlechte Regierung gewöhnlich derjenige ist, in dem sie sich zu

.....

90 Reinhard Lauer: Geschichte der russischen Literatur. Von 1700 bis zur Gegenwart, München 2000, S. 464–472.

91 Im zweiten Beitrag der dreiteiligen Artikelserie wird es im nächsten Heft ausführlich um die revolutionären Geschehnisse von 1905 und 1917 gehen.

reformieren beginnt.“⁹² Auf diesen engen Zusammenhang von Reform und Revolution macht die Geschichte des ausgehenden Zarenreichs nachdrücklich aufmerksam. Angesichts des epochalen Umbruchs von der Agrar- zur Industriegesellschaft, dem sich das Zarenreich nicht entziehen konnte, entwickelte sich mit den „Großen Reformen“ die Modernisierung von einer Herausforderung zu einem sich verschärfenden Problem. In diesem Transformationsprozess sind die Voraussetzungen der Russischen Revolutionen zu suchen.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts stellte Russland das Paradebeispiel für ein tief zerrissenes und auseinanderdriftendes Zeitsystem dar. Einerseits zu einem erhöhten industriellen Entwicklungstempo fähig, stemmte sich der Zarenstaat andererseits erbittert dessen politischen und gesellschaftlichen Konsequenzen entgegen. Er „baute Dämme, aber brauchte Kanäle.“⁹³ Aus dieser gespaltenen Modernisierung ergeben sich zwei unterschiedliche Interpretationsmuster, die entweder ein Zuwenig an politischem Wandel oder ein Zuviel an sozioökonomischem Wandel für das Heraufziehen der revolutionären Situation verantwortlich machen.

Vertreter der ersten Sichtweise betonen, dass es Russland zwar gelungen sei, die Rückständigkeit im Bereich von Industrialisierung, Urbanisierung und Professionalisierung zu reduzieren. Selbst der Massenanalphabetismus sei spürbar zurückgegangen. Auf ihre überkommenen Privilegien pochend, hätten sich die alten Machthaber aber dem allgemeinen Strukturwandel und dem Anbruch einer neuen Zeit verweigert und sich der Illusion hingegeben, man könne immer mehr Fabriken eröffnen, brauche aber kein Parlament einzuberufen. Daher sei die Transformation von einem ständischen Untertanenverband hin zu einer mündigen Staatsbürgergesellschaft auf halbem Weg steckengeblieben. Die russische Geschichte zu Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts biete demnach kein Bild eines allgemeinen Niedergangs, sondern vielmehr nur eines zunehmenden Verfalls des traditionellen Zarismus, der seine eigene Modernisierung aussparte und dadurch schwer auflösbare Antagonismen sowie massive Autoritätsverluste und Legitimitätsprobleme heraufbeschwor.⁹⁴

92 Alexis de Tocqueville: *Der alte Staat und die Revolution*, München 1978, S. 176 (3. Buch, Kapitel 4). Dazu auch Robert T. Gannett: *The Shifting Puzzles of Tocqueville's The Old Regime and the Revolution*, in: Cheryl B. Welch (Hg.): *The Cambridge Companion to Tocqueville*, Cambridge 2006, S. 188–215.

93 Christoph Schmidt: *Russische Geschichte 1547–1917*, München 2009, S. 195.

94 Neutatz (wie Anm. 38), S. 87.

Die zweite Sichtweise geht von einer Skepsis gegenüber der Vorstellung modernisierender Unbedingtheit aus. Sie richtet den Blick stärker auf die inneren Widersprüche Russlands bei seinem Gang ins Industriezeitalter und damit auf den tiefen Bruch, der ins Mark der Geschichte des Zarenreichs seit der von Peter dem Großen zu Beginn des 18. Jahrhunderts erzwungenen Öffnung des Landes führt. Die in der Forschung oft verwandte Kategorie der Rückständigkeit messe Russland an Kriterien, die es eigentlich nicht kannte, und gehe von Voraussetzungen aus, die im Zarenreich aber nicht gegeben wären.⁹⁵ Importierte Ideologien und Technologien hätten sowohl die Bevölkerung als auch das autokratische Regime unter zu hohen Veränderungsdruck gestellt. Die Russischen Revolutionen müssten darum als die Kulmination von Konflikten zwischen überschießenden Reformambitionen und den weiterhin bestehenden vormodernen Strukturen Russlands verstanden werden. Bei dieser Sichtweise erfolgte die Modernisierung also nicht zu zaghaft, sondern viel zu schnell. Die fortschrittsgierigen, erneuerungswütigen Eliten hätten ganz auf den europäischen Weg in die Moderne vertraut und damit leichtfertig die Entwicklungschancen für einen eigenen russischen Weg verspielt. Bislang habe die Forschung das laute industrielle und beschleunigte Russland in ihrer Interpretation überbetont und dabei die stille und langsame Zeit nicht genügend beachtet, in der das Zarenreich noch eingebettet gewesen wäre. Dabei sei außer Acht geraten, was infolge der Verschärfung des gesellschaftlichen Entwicklungstempos seit den „Großen Reformen“ alles auf der Strecke geblieben sei.⁹⁶

Diese Interpretation greift die Denkfigur der Slavophilen aus dem 19. Jahrhundert auf, die damals schon meinten, Russlands Zukunft liege nicht in der Gegenwart Westeuropas, sondern darin, ausgehend von den eigenen historischen Erfahrungen und gesellschaftlichen Voraussetzungen, einen eigenen Weg zu finden, der sich an der konservativen Dreieinigkeit von Orthodoxie, Autokratie und Nationalismus orientiere.⁹⁷ Von diesem Blickwinkel

95 Eine gute aktuelle Diskussion des Rückständigkeitsparadigmas gibt der Sammelband von David Feest/Lutz Häfner (Hg.): *Die Zukunft der Rückständigkeit. Chancen – Formen – Mehrwert*, Köln 2016.

96 Schmidt (wie Anm. 93), S. 193f.; Neutatz (wie Anm. 38), S. 54f. u. 87.

97 Bei den Slavophilen handelte es sich um eine politisch-publizistische Bewegung, die sich für das „ursprüngliche Russische“ begeisterte und sich nach 1836 in Auseinandersetzung mit den sogenannten „Westlern“ für eine Rückbesinnung auf alte slawische Traditionen einsetzte, statt mit aus Europa übernommenen Modernitätskonzepten dem Zarenreich den Weg in die Zukunft zu bahnen. Zu dieser ideengeschichtlich bedeutsamen und folgenreichen Debatte vgl. Jekaterina Lebedewa: *Russische Träume. Die Slavophilen – ein Kulturphänomen*, Berlin 2008; Laura Engelstein: *Slavophile Empire. Imperial Russia's Illiberal Path*, New York 2009.

aus erscheint Nikolaj II. nicht als verkörperter Autokrat auf dem Zarenthron, sondern vielmehr als treuer Gewährsmann der russischen Idee. Er hätte das Zarenreich vor einer fehlgeleiteten Europäisierung retten und als eigenen, vom Westen klar unterscheidbaren Zivilisationstyp ins 20. Jahrhundert führen wollen. Die liberale Opposition und die revolutionären Terroristen hätten aber mit ihren Russland wesensfremden Idealen und ihrer konfrontativen Politik dem Zarenregime den Krieg erklärt, damit die traditionelle Einheit von Zar und Volk zerstört und so das Land auf gefährliche Abwege gebracht. Diese Sicht auf den letzten Romanov-Zaren und die Zerrissenheit des Imperiums hat im heutigen Russland erheblich an Popularität gewonnen, seit die Russisch-Orthodoxe Kirche im August 2000 Nikolaj II. wegen seines Märtyrertods heiliggesprochen hat. Die Kanonisierung von historischen Akteuren schafft Probleme für diejenigen Historiker in Russland, die heute gemeinsam mit ihren westlichen Kollegen weiterhin kritisch über die Rolle Nikolajs II. nachdenken.⁹⁸

In seiner Ansprache an die Föderale Versammlung im Dezember 2016 zog der russische Präsident Vladimir Putin die politische Lehre aus der Revolutionsgeschichte, dass es unter allen Umständen notwendig sei, die Einheit des Landes zu bewahren. Gerade in Zeiten des gesellschaftlichen Umbruchs bedürfe es eines handlungsfähigen starken Staats, um den alles mitreißenden Wandel nicht außer Kontrolle geraten zu lassen. Demokratisch-liberale Experimente beschwören in solchen kritischen Situationen schnell Chaos herauf, weil sie mit ihren Forderungen nach gesellschaftlicher Emanzipation und politischer Partizipation die zentrale Staatsgewalt schwächen oder sogar lähmen würden. Russland könne so erneut Spielball ausländischer Mächte werden und seine eigentliche Bestimmung sowie imperiale Größe verlieren.⁹⁹

98 Plamper (wie Anm. 2), S. 292 f.; Kolonickij: (wie Anm. 2), S. 163 ff.

99 Zu Putins Rede vgl. Aust (wie Anm. 16), S. 9; Makhotina (wie Anm. 2), S. 297 f.



Diese Karikatur aus der britischen Zeitschrift „Punch“ kritisiert den Zaren für seine umfangreichen Finanzinvestitionen im Ausland, während in seinem Reich Armut und Hunger herrschen.

Abbildung: interfoto/Mary Evans

Solche Deutungen zeigen anschaulich, wie der 100. Jahrestag der Russischen Revolution einen guten Anlass schafft, um historische Denkfiktionen und Erfahrungen für aktuelle Orientierungs- und Legitimationsbedürfnisse zu instrumentalisieren. Eine nüchterne problem- und forschungsgeschichtliche Erörterung der gewaltigen Umwälzung von 1917, ihren Voraussetzungen und Folgen stellt darum eine Notwendigkeit dar, damit die heraufbeschworenen Gespenster der Vergangenheit nicht das Geschichtsbild und Politikverständnis der Gegenwart dominieren, um mit ihrem Spuk einer „fake history“ den Weg zu bereiten. ■

Toni Pfülf (1877–1933)

Politikerin, Rednerin, Widerstandskämpferin

von Heike Mayer



Portrait von Toni Pfülf
Foto: sz-photo/Sammlung Megele

„Heute hat es eher den Anschein, als sei das deutsche Volk eine seichte, willenlose Herde von Mitläufern, denen das Mark aus dem Innersten gesogen und die nun ihres Kerns beraubt, bereit sind, sich in den Untergang hetzen zu lassen. Es scheint so – aber es ist nicht so; vielmehr hat man in langsamer, trügerischer, systematischer Vergewaltigung jeden einzelnen in ein geistiges Gefängnis gesteckt, und erst als er darin gefesselt lag, wurde er sich des Verhängnisses bewußt. Wenige nur erkannten das drohende Verderben, und der Lohn für ihr heroisches Mahnen war der Tod.“¹ So heißt es im ersten Flugblatt der Weißen Rose vom 27. Juni 1942. Ob Hans Scholl und Alexander Schmorell bei dieser Formulierung auch Toni Pfülf im Sinn hatten? Jedenfalls passt der letzte Satz auf die weitsichtige, mutige Frau, Lehrerin und Reichstags-Abgeordnete, die ihre Stimme gegen die Nationalsozialisten erhob und 1933 in Konsequenz ihres Widerstands und aus Verzweiflung über ihre Parteigenossen freiwillig aus dem Leben schied.

„Das ist ja ein Mann“

Die Großmutter hatte dem kleinen Emil viel von Toni Pfülf erzählt – von jener wortgewandten, couragierten Frau, die im Wahlkampf zur Reichstagswahl 1912 in München rote Flugblätter verteilte. Der Achtjährige durfte den Großvater zu einer Wahlkampfversammlung in die Gaststätte Birk in der Baaderstraße begleiten; weil Kindern der Zutritt verboten war, hockte er unter dem Tisch und verfolgte von dort das Geschehen. „Ein Teilnehmer meinte, man müsse die Frauen, die nicht wahlberechtigt waren, ansprechen. Sie sollen am Wahltag ihre Männer anhalten die Liste der Sozialdemokraten zu wählen, weil nur die Sozialdemokraten für die Gleichberechtigung und das Frauenwahlrecht eintraten“, erinnert sich Emil. Der Großvater erklärte ihm, wer da so gesprochen hatte: Das war Toni Pfülf. „Ich sagte, das ist ja ein Mann, der hat ja eine Hose und eine Joppe an sowie auf dem Kopf ein Lukikappel.“ Toni Pfülf habe sich „aus Sicherheitsgründen“ als Mann verkleidet.

So schildert es der 80-jährige Emil Holzapfel in seinen Lebenserinnerungen,² und von hier aus hat die Szene Eingang in viele Darstellungen zu Toni Pfülf gefunden. Ob es

1 S. http://www.gdw-berlin.de/fileadmin/bilder/publ/begleitmaterialien/Faksimiles_PDFs_deutsch/FS_15.1_DE_2.Aufl-RZ-web.pdf [Stand: 26.06.2017].

2 Oskar Kraemer, Gerdi Müller (Hg.): Der rote Emil. Ein bayerischer Sozialist erzählt, München 1983, S. 24 f.

sich wirklich so zugetragen hat und ob die zeitliche Einordnung stimmt, bleibt, wie auch manch anderes in der Biographie dieser engagierten Frau, eine offene Frage. Mit Erlass des Reichsvereinsgesetzes von 1908 konnten Frauen offiziell Mitglied einer Partei werden. Nach Antritt einer Lehrerinnen-Stelle in München-Milbertshofen trat die 30-Jährige in jenem Jahr der Ortsgruppe bei und wurde Mitglied im Ortsvorstand.³ Zur Sozialdemokratie soll sie jedoch bereits 1902 gelangt sein, „angesichts des Kinderelends, das sie als Junglehrerin in den zum Teil proletarischen Familien ihrer Schüler erlebte.“⁴

Herkunft

Ihre Mutter Justine geborene Stroehlein entstammte einer Aschaffenburgener Juristenfamilie, Vater Emil Pfülf, geboren in Speyer, war Oberst und im lothringischen Metz stationiert. Hier kommt Antonie am 14. Dezember 1877 zur Welt. Die Eltern rufen sie „Toni“. Sie und ihre Schwester Emma genießen eine standesgemäße Erziehung mit Gou-

3 (Michael Schröder:) Toni Pfülf 1877–1933. Bayerisches Seminar für Politik e.V. 1984, S.3.

4 Antje Dertinger: „Pfülf, Toni (Antonie)“ in: Neue Deutsche Biographie 20 (2001), S. 364 [Online-Version]: <https://www.deutsche-biographie.de/gnd118740903.html#ndbcontent> [Stand 01.05.2017]. Die folgenden Angaben zum familiären Hintergrund nach Antje Dertinger: Dazwischen liegt nur der Tod – Leben und Sterben der Sozialistin Antonie Pfülf, Berlin/Bonn 1984, S. 17 f.

vernanten und Dienern; doch anders als ihre zwei Jahre ältere Schwester erscheint Toni von klein auf als unangepasst, entwickelt anscheinend schon früh Kampfgeist. Mit 19 setzt sie gegen den Willen der Eltern ihren Wunsch, Lehrerin zu werden, in die Tat um und macht sich offenbar eigenständig auf den Weg nach München. Ein Universitätsstudium war Frauen zu dieser Zeit in Bayern (bis 1903) noch verwehrt; sie besucht also das Lehrerinnenseminar. Nach dem Examen, das sie glänzend besteht, geht es 1902 zunächst als „Verweserin“ (Vertretungslehrerin) hinaus aufs Land. Oberammergau, Lechhausen und Peiting sind die Stationen, bevor sie 1907 eine Anstellung an der Volkshauptschule in München-Milbertshofen bekommt.⁵

In der Zwischenzeit ist auch die Familie Pfülf in München ansässig geworden, wo der Vater als Vorstand der Armeebibliothek tätig ist. 1901 bezieht man eine Wohnung in der Akademiestraße, in der auch Toni zeitweise gemeldet ist. 1907 erfolgt ein Umzug in die Königinstraße; die Wohnung der Eltern darf Toni jedoch nicht mehr betreten, als sie erfahren, dass ihre Tochter sich den Sozialdemokraten angeschlossen hat. Sie kämpft für Chancengleichheit und Verbesserungen im Bildungswesen. Doch schon bald nach ihrer offiziellen Ernennung zur Lehrerin im September 1910 macht ihr eine Tuberkuloseerkrankung, die sie sich als Hilfslehrerin auf dem Land zugezogen hatte, so schwer zu schaffen, dass sie in den nächsten zehn Jahren aus gesundheitlichen Gründen immer wieder in zeitweiligen Ruhestand versetzt wird und nicht mehr selbst unterrichtet.

„Keine Revolutionierung der Geister, wenn Sie die Jugend nicht haben!“

Am Vorabend des Ersten Weltkriegs, im Juli 1914, ruft die SPD zum Massenprotest gegen die Bewilligung von Kriegskrediten auf; auch die überzeugte Kriegsgegnerin Toni Pfülf vertritt diese Position. Doch während sie in den innerparteilichen Diskussionen für eine Stimmenthaltung der SPD in dieser Frage plädiert,⁶ macht die Reichstagsfraktion in Berlin eine 180-Grad-Wende und stimmt den Krediten zu. Während des Krieges engagiert Toni Pfülf sich ehrenamtlich als Armen- und Waisenrätin, kümmert sich um in Not geratene Familien. Bei Ausbruch der Revolution im November 1918 wird sie Vorsitzende des

Bundes sozialistischer Frauen, den sie mitgegründet hat. Hingegen ist sie nicht Mitglied im Landesarbeiterrat, wie verschiedentlich zu lesen ist. Einziges weibliches Mitglied dort war vielmehr die Münchnerin Hedwig Kämpfer.⁷

Emil Holzapfel erzählt in seinen Erinnerungen aus den 1980er Jahren, wie Toni Pfülf Ende November 1918 uneingeladen den Mathäser-Festsaal betreten habe, wo der Arbeiter- und Soldatenrat tagte, dem ausschließlich Männer angehört hätten. Sitzungsleiter Erich Mühsam habe sie aufgefordert, die Sitzung zu verlassen. Sie habe sich energisch gewehrt und gesagt: „Man kann mich nur mit Gewalt aus dem Sitzungssaal befördern, denn ich habe hier im Arbeiter- und Soldatenrat die Interessen der Frauen zu vertreten!“ Die anwesenden Arbeiter- und Soldatenräte hätten abgestimmt und mit knapper Mehrheit beschlossen, Toni Pfülf nicht in das Gremium zuzulassen.⁸

Auch so eine Geschichte, bei der offen bleibt, inwieweit sie den Tatsachen genau entspricht. Das erste Spitzengremium der Arbeiterräte in Bayern war der in der Revolutionnacht am 7. November 1918 im Mathäserbräu gebildete „Revolutionäre Arbeiterrat“. Ihm gehörten drei Frauen an: Viktoria Gärtner, Hedwig Kämpfer, Agnes Loser, alle USPD. Unter den insgesamt 72 Mitgliedern war auch der Schriftsteller Erich Mühsam, jedoch ohne leitende Funktion. Der Münchner Arbeiterrat bildete sich erst später, am 7. Dezember 1918. Hier saß Hedwig Kämpfer als Schriftführerin im Vorstand, auch dies war also kein reines Männergremium.⁹

Toni Pfülfs Name findet sich in keinem Mitgliederverzeichnis eines Räte-Gremiums. Indes wird sie – zusammen mit vier weiteren Frauen – am 8. Dezember 1918 als Delegierte des Münchner Arbeiterrates gewählt¹⁰ und nimmt in dieser Eigenschaft an der Versammlung des Zentralarbeiterrates der Revolutionäre am 10. Dezember teil. Und hier ergreift Pfülf in offener, kämpferi-

5 Dort war sie von 1907–1910 angestellt, siehe Personalact der Pfülf Antonie (Hauptlehrer) der Regierung von Oberbayern (StA München), Beurteilungsbogen.

6 (Michael Schröder:) Toni Pfülf 1877–1933. Bayerisches Seminar für Politik e.V. 1984, S. 5.

7 Georg Köglmeier: Landesarbeiterrat, 1918/19, publiziert am 22.11.2012; in: Historisches Lexikon Bayerns: <https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Landesarbeiterrat,1918/19> [Stand: 01.05.2017].

8 Der rote Emil (wie Anm. 2) S. 110 f.

9 Vgl. Georg Köglmeier: Die Zentralen Rätegremien in Bayern 1918/19. Legitimation – Organisation – Funktion, München 2001, S. 85–116 (bes. 103) und S. 434–438. Emil Holzapfel war nach eigenen Angaben als Lehrling jüngstes Mitglied im Arbeiter- und Soldatenrat, vgl. Der rote Emil (wie Anm. 1) S. 37. Ob dies zutrifft und ob es außer Hedwig Kämpfer noch weitere Frauen gab, lässt sich durch Köglmeiers Untersuchung nicht überprüfen, da das Gremium über 400 Mitglieder umfasste, die nicht namentlich verzeichnet sind.

10 Köglmeier (wie Anm. 9), S. 122 (Anm. 245).

scher Weise das Wort.¹¹ Sie lobt den Rat zunächst, weil er erkannt habe, dass die Jugendbildung die notwendige Voraussetzung für eine Revolution ist. „Keine dauernde Revolutionierung der Geister, wenn Sie die Jugend nicht haben!“ Sodann mahnt sie die Räte, auch dafür Sorge zu tragen, „daß freie Menschen in den Erzieherberuf hineinkommen [...] Unsere Seminarien heute sind Hochburgen sklavischen Sinnes, das kann ich Ihnen aus eigener Überzeugung heraus sagen. Wenn wir unserer Jugend Freiheit geben wolle, dann müssen wir Sie in Freiheit üben [...]“



Erich Mühsam, Schriftsteller, Publizist und Politiker (1878–1934). Er wurde 1934 im Konzentrationslager Oranienburg ermordet.
Foto: sz-photo/Scherl

An dieser Stelle kommt es auch zu einem kleinen Wortwechsel mit dem Delegierten Erich Mühsam. Sie kritisiert dessen Äußerung, jedem einzelnen würde das Recht zustehen, seine Dummheiten auf eigene Verantwortung zu machen. Mühsam stellt darauf hin klar, dass ein Missverständnis vorliege und er im Scherz gesprochen habe. Von feindlicher Stimmung oder einem erregten Wortwechsel

.....
11 Die folgenden Zitate aus: Verhandlungen des provisorischen Nationalrates des Volksstaates Bayern im Jahre 1918/19 Beil. 3, S. 186. http://daten.digital-sammlungen.de/bsb00009666/image_200 [Stand: 01.05.2017].

zwischen den beiden kann laut Protokoll nicht die Rede sein. Auch dann nicht, als die Delegierte Pfülf anschließend auf das Thema Frauen zu sprechen kommt. Schon seit dem Erfurter Programm (1891) steht das Wahlrecht für Frauen als sozialdemokratische Forderung festgeschrieben. Doch Pfülf weist in ihrer Rede auf die Diskrepanz zwischen programmatischen Äußerungen und praktischer Politik hin. Vor den 280 Delegierten moniert sie: „Auch heute sehe ich nur fünf Frauen im ganzen Arbeiterrate. Das kann so nicht gehen. Wenn Sie die Frau nicht als totes Gegengewicht gegen jede Revolutionierung haben wollen, so müssen Sie die Frau politisieren. Dann müssen Sie erst Ihren eigenen Geist revolutionieren und daran denken, daß, wenn die Frau eine Genossin im Staatsleben ist, sie ein Recht hat, am Staatsleben mitzuwirken.“

Wahl in die Deutsche Nationalversammlung

Mit Ausruf des Freistaates Bayern am 7. November 1918 proklamiert Kurt Eisner das Wahlrecht für Frauen in Bayern. Durch die „Verordnung über die Wahl zur Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung“ wird dieser Schritt kurz darauf auch auf Reichsebene vollzogen. Am 12. Januar 1919 wird der Bayerische Landtag gewählt – drei Frauen erringen hier ein Mandat. Sieben Tage später, am 19. Januar, folgt die reichsweite Wahl zur Deutschen Nationalversammlung. Unter den insgesamt 432 Abgeordneten, die sich am 6. Februar 1919 zur Nationalversammlung in Weimar konstituieren, sind 37 Frauen. Eine von ihnen ist Toni Pfülf. Sie vertritt die SPD im Wahlkreis 24 (Oberbayern und Schwaben).

Der Fraktionsvorsitzende Paul Löbe (ab 1920 Reichstagspräsident) bezeichnet sie in seinen Lebenserinnerungen als „eine der klügsten und tapfersten Vertreterinnen, eine Sozialistin der Tat, von sprudelnder Lebendigkeit und warmer Menschenliebe“.¹² Und er hält fest: „Daß die Sozialdemokratische Partei die aus einem wohlhabenden Bürgertum stammende Frau an die Spitze der Kandidatenliste für einen bäuerlichen Wahlkreis Oberbayerns und Schwabens setzen konnte, war damals ein gewagtes Experiment. Aber der Ausfall [gemeint: Ausgang] der Wahl, in der sie glatt siegte, gab Zeugnis davon, daß diese heitere und volksverbundene junge Frau sich schon damals die Herzen der einfachen Menschen erobert hatte. Sie hat sich diese Popularität immer bewahrt, denn sie war in jedem Städtchen des großen Wahlkreises persönlich bekannt.“

.....
12 Paul Löbe: Der Weg war lang. Lebenserinnerungen von Paul Löbe, ehemals Präsident des Reichstages, Berlin 1954, Seite 79.



Wahlen zur Nationalversammlung 1919; Titelblatt der Frankfurter Wochenzeitschrift „Das Illustrierte Blatt“
Abbildung: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Wahlrecht_-_Das_Illustrierte_Blatt_-_Januar_1919.jpg

Antonie Pfülf nahm trotz ihrer zarten Konstitution ihre Aufgabe sehr ernst. Ihr tapferes Eintreten gegen jede Ungerechtigkeit und für die Sorgen ihrer Wähler ließ selbst im Alter nicht nach.¹³

Dabei hat sie freilich auch gegen so manches Vorurteil von älteren, männlichen Abgeordneten zu kämpfen. Als im Juli 1919 ein Antrag der SPD auf Abschaffung der Todesstrafe im Parlament beraten wird, fühlt sich der deutschnationale Abgeordnete Adalbert Düringer zu folgendem Seitenhieb gegen sie veranlasst: „Außer dem Herrn Abgeordneten Dr. Sinzheimer sind noch der Herr Abgeordnete Katzenstein und Frau Pfülf in der Kommission für die Abschaffung der Todesstrafe eingetreten. Frau Pfülf möge es mir nicht übelnehmen, wenn ich ihr eine große kriminalistische Erfahrung nicht zutrauen kann. Schon ihre jugendliche Erscheinung spricht dagegen, daß sie große kriminalistische Erfahrungen gesammelt haben

13 Paul Löbe: Antonie Pfülf, in: Nachlass Walter Hammer (IfZ Archiv) ED 106/55-122.



Wahlplakat: Frauen! Gleiche Rechte – gleiche Pflichten. Wählt sozialdemokratisch!
Abbildung: <http://archiv2.fes.de/rech.FAU?sid=3C351C7132&tdm=7&auft=0>

könnte. Was Frau Pfülf vorgebracht hat, können Sie in jedem Konversationslexikon lesen, wo die Gründe für und gegen die Todesstrafe erörtert werden. Aber meine Damen und Herren! Mit Sentimentalität läßt sich diese Frage nicht lösen. [...]“¹⁴

Toni Pfülf hat eine laute Stimme. Sie versteht es, die Dinge auf den Punkt zu bringen und ist auch in dieser Hinsicht zur Rednerin geboren. Doch das ist es nicht allein. Ihre Erwiderung läßt aufscheinen, wie sich analytische Klarsicht, brillante Rhetorik und Fähigkeit zu Empathie in ihrer Persönlichkeit auf beeindruckende Weise verbinden: „Meine Herren und Damen! Der Herr Abgeordnete Dr. Düringer hat es vorhin für gut befunden, unseren Antrag dadurch geringer zu bewerten, daß er sagte, er sei im Verfassungsausschuß durch eine Frau vertreten worden. Ich möchte diese Argumentation im Namen aller Frauen, die in diesem hohen Hause anwe-

14 Reichstagsprotokolle 1919/20, 58. Sitzung der Nationalversammlung vom 16. Juli 1919 http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt2_vw_bsb00000012_00133.html [Stand: 01.05.2017].



Weibliche Abgeordnete der Nationalversammlung, 1919: Von links vorne Wilhelmine Eichler, Johanna Tesch, Elisabeth Röhl, Ernestine Lütze, Anna Simon, Frida Lührs, Marie Juchacz, dahinter von links: Clara Bohm-Schuch, Anna Blos, Johanna Reize, Elfriede Ryneck, Frieda Hauke, Antonie Pfülf, Minna Martha Schilling
Foto: sz-photo/Scherl

send sind, zurückweisen. Allerdings maße ich mir nicht an, die weitgreifenden juristischen Kenntnisse des Herrn Abgeordneten Dr. Düringer zu besitzen. Aber ich glaube auch nicht, daß diese Frage eine rein juristische Frage ist, sondern sie ist eine eminent menschliche. Ich habe als Frau seit 20 Jahren mit wachsendem schmerzlichen Erstaunen gesehen, wie wenig die Gesellschaft getan hat, prophylaktisch einzuwirken, den Menschen von vorne an vor der Schuld zu bewahren, und wie diese selbe Gesellschaft, die den Menschen in die Schuld hineingeführt hat, sich dann anmaßt, über das Leben dieses Schuldigen, dessen Schuld die Gesellschaft trägt, in dieser Weise zu urteilen. Aus diesem Grunde habe ich im Verfassungsausschuß zu der Frage gesprochen, durchaus nicht von irgendeinem spitzfindigen juristischen Grunde aus, sondern aus reiner Menschlichkeit und aus reinem Erbarmen mit den Menschen, die die Gesellschaft so macht, wie sie sind.“¹⁵

15 wie Anm. 14, [Stand: 01.05.2017].

Vielseitig engagierte Reichstagsabgeordnete

Auf der SPD-Frauenkonferenz 1920 in Kassel ist Toni Pfülf mit einem Co-Referat zum Thema „politische Wirksamkeit der Frauen“ vertreten. Hier ergründet sie scharfsinnig die innere Gegenwehr männlicher Politiker gegen das neu errungene Frauenwahlrecht: Dieses Recht bedrohe nicht nur den männlichen Besitzanspruch an der Frau, sondern auch die „schöne und bequeme Fabel des höheren Wertes des männlichen Geschlechts innerhalb der menschlichen Gattung und damit ihr Monopol auf die Herrschaft in der Familie und im Staat.“ Das treffe auch auf Sozialdemokraten zu, welche zwar mit dem Verstand für die wirtschaftliche und soziale Befreiung der Frauen eintreten, nicht aber mit dem Herzen; denn: „Der Geschlechtsstolz trägt eben nur zu gern den Sieg davon über die Prinzipien.“¹⁶ Daher könne die Befreiung der Frau nur durch die Frau selbst erkämpft werden. Pfülf nennt paradigmatisch die Gleich-

16 Toni Pfülf: „Die politische Wirksamkeit der Frauen“, in: Bericht über die Frauenkonferenz der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands abgehalten am 9. und 10. Oktober 1920 in Kassel, Berlin o.J. [1921], S. 15–24.

stellung von Mann und Frau in der Ehe, die Reformierung des Ehescheidungsrechts, die Gleichstellung außerehelicher und ehelicher Kinder, staatliches Kindergeld sowie die Neuordnung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes. Und sie beschwört die Notwendigkeit eines tiefgreifenden Wandels in der politischen Kultur.

Im Parlament ist Toni Pfülf zudem in der Jugend- und Bildungspolitik engagiert und argumentiert gegen eine frühzeitige Auslese von Schulkindern nach vier Grundschuljahren. Persönlich ist sie der Ansicht, alle Kinder sollten acht Jahre gemeinsam zur Schule gehen, vertritt im Parlament aber die Linie ihrer Fraktion und plädiert für eine zumindest sechsjährige gemeinsame Schulzeit aller Kinder, „gegenseitig nehmend und gebend, was sie zu geben und zu nehmen haben“. Volksschule und höhere Schule sollten nicht nebeneinanderlaufen, sondern „zu einem organischen Ganzen zusammenwachsen“.¹⁷

Eines ihrer zentralen Anliegen ist die Gleichberechtigung von Beamtinnen, etwa durch die Abschaffung des Heiratsverbotes (sogenanntes Lehrerinnen-Zölibat). Der Zölibatsklausel zufolge mussten Frauen bei ihrer Heirat aus dem Staatsdienst ausscheiden und verloren auch ihren Anspruch auf Ruhegehalt. Heirateten sie nach ihrer Pensionierung, konnte der Staat das Ruhegehalt ganz oder teilweise zurückziehen. Als Folge dieser Praxis wurden ausschließlich ledige oder kinderlose Witwen als Beamtinnen angestellt. In ihrer Parlamentsrede in der Nationalversammlung zu einem entsprechenden Antrag erwähnt sie als „rühmliche Ausnahme“ das bayerische Beamtengesetz von 1910, „das der Beamtin theoretisch den Verbleib im Amt gewährleistet, auch wenn sie in die Ehe tritt“.¹⁸

Die Verwaltungswissenschaftlerin Eleonora Kohler-Gehrig erläutert die wechselvolle Geschichte der Zölibatsklausel: „1921 verkündete das Reichsgericht die Verfassungswidrigkeit der Zölibatsklausel aufgrund Art. 128 Abs. 2 der Weimarer Verfassung. Die Personalabbauverordnung von 1923 führte das Berufsverbot für verheiratete Beamtinnen faktisch wieder ein. Das Dienstverhältnis von verheirateten weiblichen Beamtinnen, selbst bei Beamtinnen auf Lebenszeit, wurde jederzeit kündbar gemacht. Die Zölibatsklausel wurde 1932 wieder eingeführt und im Bundespersonalgesetz von 1950 weitergeführt. Erst Art. 3 GG und Art. 117 GG

brachten 1953 den verfassungsmäßigen Gleichheitsgrundsatz für Beamtinnen wieder zur Geltung. Die Zölibatsklausel hatte zwei Funktionen. Sie diente dazu, den Beamtinnen ein gleichwertiges Qualifikationsniveau gegenüber ihren Kollegen abzusprechen, da sie nur befristet als Arbeitskräfte zur Verfügung standen. Damit erhielt die Verwaltung eine flexible, junge und leistungsfähige Belegschaft und konnte die sozialen Folgekosten möglichst niedrig halten.“¹⁹

Entschieden vertritt Toni Pfülf die Überzeugung, der Staat als Arbeitgeber habe nicht das Recht, sich in die Privatangelegenheiten seiner Arbeitnehmer wie etwa den Personenstand einzumischen. Die gelernte Lehrerin bleibt selbst zeitlebens unverheiratet und kinderlos. Doch vollzieht die Abgeordnete der Weimarer Nationalversammlung daheim in München einen Schritt, der ihr nachhaltigen Ärger mit der staatlichen Obrigkeit einbringen sollte: Im Herbst des Jahres 1919 tritt sie aus der katholischen Kirche aus.

Ein Kirchenaustritt und seine Folgen:

„Eine Beschäftigung der Pfülf ist zu unterlassen“

Nach krankheitsbedingtem vorübergehendem Ruhestand kehrt Toni Pfülf im Frühjahr 1920 in den Schuldienst zurück – zumindest offiziell. Laut Personalakten ist sie an der Haimhauserschule beziehungsweise an der Schule an der Simmernstraße in München Schwabing angestellt. Ende September fordert sie von der Schulbehörde eine Hilfslehrerin an, „da mich dringende parlamentarische Pflichten sehr häufig von München abrufen“²⁰

Wenige Wochen zuvor, am 9. September 1920, war sie von Stadtschulinspektor Reichel ins Rathaus gebeten worden. Was sie nicht ahnte: Der Beamte hatte von der Regierung von Oberbayern den Auftrag erhalten, ihr das Geständnis ihres Kirchenaustritts zu entlocken. Man gedenkt sie wegen dieses Schritts zu sanktionieren, gemäß dem Grundsatz, dass an bayerischen Schule nur Lehrer mit christlichem Glaubensbekenntnis zum Einsatz kommen könnten. Zunächst hatte man versucht, hinter ihrem Rücken von den Münchner Standesämtern einen schriftlichen Beweis ihres Kirchenaustritts zu erhalten. Nachdem das erfolglos geblieben war, soll die Betroffene nun also selbst zum Reden gebracht werden. Zu Beginn des Gesprächs sichert der Stadtschulinspektor Toni Pfülf Vertraulichkeit zu; doch nachdem sie ihm den Kirchenaus-

17 Reichstagsprotokolle 1919/20, 151. Sitzung der Nationalversammlung vom 8. März 1920 http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt2_wv_bsb00000016_00426.html [Stand: 01.05.2017].

18 Reichstagsprotokolle 1919/20, 59. Sitzung der Nationalversammlung vom 17. Juli 1919. http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt2_wv_bsb00000012_00184.html [Stand: 01.05.2017].

19 Eleonora Kohler-Gehrig: Die Geschichte der Frauen im Recht, August 2007 (PDF). www.verwaltungmodern.de/wp-content/uploads/2011/11/skfrauen_geschichte_1.pdf, S. 23 [Stand: 01.05.2017].

20 Schreiben von Toni Pfülf an die Schulbehörde München vom 27. September 1920, in: Personalact (wie Anm. 5).

tritt bestätigt, erklärt er am Ende des Gesprächs, er müsse den Inhalt des Gesprächs nun der Regierung mitteilen.

Toni Pfülf reagiert darauf in aller Schärfe und sagt (den Regierungsakten zufolge): „Tun Sie das; ich werde die Angelegenheit dann im Interesse des ganzen Lehrerstandes durchkämpfen. Ich stütze mich auf die Reichsverfassung, die ich kenne; denn ich habe sie mitgemacht.“²¹ In einem Schreiben an die Schulbehörde bezeichnet sie daraufhin das Verhalten Reichels als Verstoß gegen die guten Sitten und hält – unter Bezugnahme auf den Satz „Niemand ist verpflichtet, seine religiöse Überzeugung zu offenbaren“ fest: „Amtlich über einen etwaigen Kirchenaustritt befragt, erkläre ich, dass ich auf Grund des Artikels 136 Abs. 3 der R.V. zu einer Antwort nicht verpflichtet bin.“²²

In Parlamentsdebatten kritisiert sie die Praxis, Lehrer aufgrund ihrer Weigerung, Religionsunterricht zu erteilen, strafzusetzen. Sie unterstützt die Forderung, dass kein Schüler und kein Lehrer zwangsweise zum Religionsunterricht angehalten werden dürfe. Niemand weiß, dass sie in dieser Sache selbst dauerhaft mit der bayerischen Regierung zu kämpfen hat. Die Ministerialbeamten kommen nicht wirklich weiter, lassen jedoch nicht ab von ihrem Bemühen, Sanktionen gegen Toni Pfülf wegen ihres Kirchenaustritts zu verhängen. Über elf Jahre zieht sich der Vorgang hin. In der Zwischenzeit wird sie 1926 infolge ihrer Dienstjahre zur Hauptlehrerin befördert und bezieht ein jährliches Grundgehalt von 3.234 Reichsmark. Wegen ihrer Abgeordnetentätigkeit gibt sie nach wie vor keinen Unterricht. Anfang 1929 gelingt es den Behörden durch unermüdliches Nachbohren tatsächlich, einen Nachweis für ihren Kirchenaustritt zu erhalten, in Form einer schriftlichen Bestätigung des Stadtpfarrers von St. Ursula in München Schwabing. Das Kultusministerium hätte sie nun gerne in den einstweiligen Ruhestand mit Wartegeld versetzt, was sich jedoch infolge ihre Abgeordneten-Status als unmöglich erweist. Regelmäßig forsch die Regierung nach, ob sie noch immer Abgeordnete ist. Als Toni Pfülf sich im Frühjahr 1931 zum Schuldienst melden will, weil sich der Reichstag im April bis Oktober des Jahres vertagt hat, verwehrt man ihr eine Wiederberufung. „Eine Beschäftigung der Pfülf ist zu unterlassen“, heißt es in einer Anweisung aus dem bayerischen Kultusministerium.²³

21 Schreiben der Stadtschulbehörde der Landeshauptstadt München an die Regierung von Oberbayern vom 6. November 1920, in: Personalact (wie Anm. 5).

22 Schreiben von Toni Pfülf an die Stadtschulbehörde München vom 27. Oktober 1920, in: Personalact (wie Anm. 5).

23 Schreiben des bayerischen Kultusministeriums an die Stadtschulbehörde vom 2.7.1931, in: Personalact (wie Anm. 5).



Von der Deutschen Nationalversammlung in Weimar.
Blick in den Sitzungssaal. Die Sitze der Abgeordneten.

Sitzung der Nationalversammlung in Weimar, März 1919

Foto: sz-photo/Scherl

„Überlassen S' das Politisieren den Mannsleuten!“

Von 1920 bis März 1933 gehört Toni Pfülf durchgehend dem Reichstag an. Bei den Wahlen zum 1. Reichstag der Weimarer Republik am 6. Juni 1920 wie auch bei den Wahlen vier Jahre später tritt sie für den Wahlkreis Oberbayern Schwaben an, seit der Wahl am 7. Dezember 1924 und bis zum Schluss für den Wahlkreis Niederbayern. Grund für den Wechsel sind parteiinterne Streitereien und Machtkämpfe mit ihrem Widersacher, dem bayerischen SPD-Vorsitzenden Erhard Auer. Von großer geistiger Unabhängigkeit und mit einem ausgeprägten Gerechtigkeitsinn, von starken Überzeugungen getragen, beredt, sozial engagiert, kämpferisch und nicht zu Kompromissen bereit: Eine solche Frau stößt nicht überall auf Gegenliebe – auch nicht in den eigenen Reihen. Im Reichstag erwirbt sie sich durch ihre gute Arbeit jedoch bald die Achtung aller Parteien. Sie wird Schriftführerin im Justizausschuss. Dessen Vorsitzender, der Strafrechtsprofessor Wilhelm Kahl, habe allergrößten Wert auf ihre Mitarbeit gelegt und wurde sichtlich nervös, wenn sie nicht anwesend war, erinnert sich ihre Fraktionskollegin Marie Juchacz später.²⁴ Als Mitglied im Ausschuss für Rechtspflege ist sie souveräne Berichterstatte

24 Marie Juchacz: Toni Pfülf, in: Sie lebten für eine bessere Welt. Lebensbilder führender Frauen des 19. und 20. Jahrhunderts, Berlin/Hannover 1955, S. 96–100.

Anträge von Kommunisten und Nationalsozialisten auf Freilassung aller politischen Gefangenen beziehungsweise auf Straffreiheit für politische Straftaten. Sie streitet für die Zulassung von Frauen zu Schöffen- und Geschworenenamt, fordert, den Gedanken der Völkerversöhnung in den Schulunterricht zu verankern, prangert an, dass ein Lehrer einer bayerischen Schule suspendiert wurde, weil er die Republik hochgehalten und gegen die Monarchie gesprochen hat, und plädiert nicht zuletzt dafür, dass Kulturpolitik einen höheren Etat erhalten soll, weil die Kultur von grundlegender Bedeutung für die Zukunft eines Volkes sei.

Früh schon warnt sie vor den Nationalsozialisten und drohender Kriegsgefahr durch Hitler. In Weimar besucht sie 1925 eine Versammlung von Julius Streicher und schreckt auch hier nicht davor zurück, das Wort zu ergreifen. Der „Stürmer“ nimmt sie daraufhin ins Visier und zitiert Streicher, der ihr entgegnet: „Fräulein Pfülf, wissen Sie was man in Bayern droben zu einer Dame, wie Sie eine sind, sagen würde? Dort würde man sagen: ‚A so a Weibsbild, schämt sich net, mit einem Bubikopf ans Rednerpult zu kommen. Gehn’s heim, nehmen’s an Schrubber und an Putzlumpen in d’ Hand und überlassen S’ das Politisieren den Mannsleuten!‘“²⁵ Persönliche Herabwürdigungen sind das Mittel der Wahl, sachlich-argumentativen Auseinandersetzungen auszuweichen.

**Entscheidende Abstimmungen:
Ermächtigungsgesetz und Resolution zur militärischen
Gleichberechtigung**

Nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 und der darauffolgenden Auflösung des Reichstages tritt Toni Pfülf im Vorfeld der Neuwahl am 5. März als Rednerin bei verschiedenen Versammlungen in ihrem Wahlkreis auf und wendet sich scharf gegen die NSDAP; so etwa auf einer Kundgebung der Eisernen Front in Weiden oder in Regensburg auf einer SPD-Veranstaltung zum Thema „Demaskierung der NSDAP“.²⁶ Nach der Reichstagswahl – die den Nationalsozialisten nicht die sicher geglaubte absolute Mehrheit bringt – kommt sie wegen Aufforderung der Arbeiterschaft zum Widerstand gegen das NS-Regime vorübergehend in Haft.²⁷

.....
25 Zit. nach Schröder (wie Anm. 3), S. 10.

26 Christian Eckl: Vor 80 Jahren: Wie die Nazis die Macht in Regensburg „ergriffen“, vgl. <http://www.wochenblatt.de/nachrichten/regensburg/regionales/Vor-80-Jahren-Wie-die-Nazis-die-Macht-in-Regensburg-ergriffen;art1172,160002> [Stand: 01.05.2017].

27 Antje Dertinger (wie Anm. 4) S. 155.



Reichstagsitzung in der Berliner Kroll-Oper am 23. März 1933, Blick ins Plenum
Foto: sz-photo/Scherl

Auf der ersten Sitzung des neu gewählten Reichstages am 23. März erfolgt die Abstimmung über das „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“ (sog. „Ermächtigungsgesetz“), das der Reichsregierung uneingeschränkte Macht einräumt, die Selbstentmachtung des Parlaments bedeutet sowie das Ende des Rechtsstaates besiegelt. Die SPD-Fraktion diskutiert zuvor eingehend, erwägt, der Abstimmung fernzubleiben, entscheidet dann aber, dass alle verpflichtet seien, zu erscheinen und an der Nein-Abstimmung teilzunehmen. Die SPD-Fraktion hat 120 Mandate, doch 26 Abgeordnete sind zu diesem Zeitpunkt bereits verhaftet oder wegen ihrer jüdischen Abstammung emigriert. Mit Zustimmung aller anderen Parteien und insgesamt 444 Ja-Stimmen wird das Gesetz im Reichstag verabschiedet. Die 94 anwesenden SPD-Abgeordneten jedoch stimmen geschlossen gegen das Gesetz, unter ihnen Toni Pfülf. Vergeblich hofft sie, die Partei werde sich nun schnell zum Aufbau einer illegalen Arbeit entschließen. „Pfülf hatte sich schon zu dieser Zeit dem Parteivorstand für Kurierdienste zur Verfügung gestellt und den Provinzsekretären Anweisungen für den Fall eines Parteiverbotes durch das NS-Regime überbracht.“²⁸

Ein paar Wochen später, am 17. Mai 1933, beruft Hitler plötzlich wieder den Reichstag ein. Einziger Tagesordnungspunkt ist eine Entschließung zur „Schicksalsfrage der

.....
28 Werner Keil: Erlebnisse eines Sozialdemokraten. Bd. II Stuttgart 1948, S. 168, zit. nach Heide-Marie Lauterer: Parlamentarierinnen in Deutschland 1918/19–1949, Königstein/Taunus 2002, S. 249.

Gleichberechtigung“.²⁹ Die Westmächte, die wegen der Militärverbände SA und SS Sanktionen gemäß Versailler Vertrag gegen das Deutsche Reich in Betracht ziehen, sollen damit beschwichtigt werden. Hitler führt in seiner Rede im Parlament aus, dass der „wirkliche Zweck dieser nationalen Organisationen“ die Terrorabwehr wäre. Allein die SS und SA hätten durch „kommunistische Mordüberfälle, Attentate und Terrorakte in wenigen Jahren über 350 Tote und gegen 40.000 Verletzte zu beklagen“.³⁰ Er beteuert, es wäre „der tiefen Wunsch der nationalen Regierung des Deutschen Reiches“, neue Kriege und eine unfriedliche Entwicklung in Europa „durch ihre aufrichtige und tätige Mitarbeit zu verhindern“.³¹ Des Weiteren behauptet Hitler, „Deutschland wäre auch ohne weiteres bereit, seine gesamte militärische Einrichtung überhaupt aufzulösen und den kleinen Rest der ihm verbliebenen Waffen zu zerstören, wenn die anliegenden Nationen ebenso restlos das gleiche tun.“³² Die Forderung nach dieser „Gleichberechtigung“ wäre, so Hitler, „eine Forderung der Moral, des Rechtes und der Vernunft, eine Forderung, die im Friedensvertrage selbst anerkannt und deren Erfüllung unlöslich verbunden wurde mit der Forderung der deutschen Abrüstung als Auftakt zur Weltabrüstung.“³³ Abschließend verliest Reichstagspräsident Göring den Entschließungsantrag folgenden Wortlauts: „Der Deutsche Reichstag als die Vertretung des deutschen Volkes billigt die Erklärung der Reichsregierung und stellt sich in dieser für das Leben der Nation entscheidenden Schicksalsfrage der Gleichberechtigung des deutschen Volkes geschlossen hinter die Reichsregierung.“³⁴

Toni Pfülfs Fraktionskollege Josef Felder aus Augsburg urteilt später: „Die Rede Hitlers war äußerst gemäßigt und wir konnten nur staunen über das grenzenlose Ausmaß der Verlogenheit, die er dem Westen servierte.“³⁵ Gleichwohl wird die Entschließung im Reichstag mit den Stimmen der SPD angenommen. Die Fraktion besteht zu dieser Zeit nur noch aus 65 Abgeordneten. Gemäß einer Weisung des Exilvorstands hätten sie der Sitzung

geschlossen fernbleiben und dies in der Öffentlichkeit mit den Misshandlungen von SPD-Anhängern in den Konzentrationslagern begründen sollen. Toni Pfülf unterstützt dies vehement. Der Pazifistin, die sich 30 Jahre lang für Gleichberechtigung eingesetzt hat, erscheint es unerträglich, diesen Wertbegriff nun in den Kontext nationalsozialistischer Rechtfertigung militärischer Aufrüstung gestellt zu sehen. „Sie setzte sich mit großer Leidenschaft für die sofortige Abreise ein“, erinnert sich Felder.³⁶

Es ist für sie unfassbar, dass der Fraktionsvorsitzende Paul Löbe und ihm folgend zahlreiche andere Abgeordnete dazu neigen, an der Sitzung teilzunehmen und sich für Hitlers Zwecke einspannen zu lassen. Ausschlaggebend für diese nachgiebige Haltung ist die Drohung, die der nationalsozialistische Innenminister Frick im Ältestenrat ausgesprochen hatte. Fraktionsmitglied Wilhelm Hoegner übersetzt diese Drohung ins Unmissverständliche: Bei Nichtzustimmung „würden die Anhänger der Sozialdemokratie innerhalb und außerhalb der Konzentrationslager als ‚Landesverräter‘ für vogelfrei erklärt und abgeschlachtet“.³⁷

Bei der Entscheidung über das Abstimmungsverhalten sprechen sich schließlich 48 Abgeordnete dafür aus, an der Sitzung teilzunehmen und der Resolution zuzustimmen, 17 stimmen dagegen. Die Unterlegenen ordnen sich dem Mehrheitsvotum unter – nicht so Toni Pfülf. Sie boykottiert die Reichstagsitzung. Anscheinend ist sie nicht die einzige; Hoegners späterer Erinnerung zufolge sind einige Abgeordnete der Sitzung ferngeblieben.³⁸ Eine Teilnehmerliste von der Reichstagsitzung existiert offenbar nicht. Sicher aber ist: Von den Anwesenden wird Hitlers Resolution einstimmig verabschiedet.

.....
36 Felder (wie Anm. 33), S. 140.

37 Wilhelm Hoegner: Flucht vor Hitler. Erinnerungen an die Kapitulation der ersten deutschen Republik 1933, Frankfurt a.M. 1979, S. 149. Hoegner charakterisiert Toni Pfülf in dieser Situation aus einer durch und durch männlichen Sichtweise und greift zurück auf das Beschreibungsmuster von einer geistig unselbständigen, hysterischen und bemitleidenswerten Frau. Sie habe sich in der Fraktionssitzung „ganz von Sinnen gebärdet“, sei von „Nervenkrämpfen geschüttelt.“ Sie habe Paul Löbe als ihren „geistigen Führer verehrt“, sein Plädoyer für eine Zustimmung der SPD habe sie in eine tiefe Verzweiflung gestürzt. Die Anwesenden hätte „tiefes Mitgefühl“ mit ihr empfunden (S. 150f.) Um sich das Leben zu nehmen, habe sie „Gift“ genommen (S. 156.) Vergiftet ist auf jeden Fall das Lob, das Hoegner der Person Toni Pfülf zollt. Die „Tochter eines deutschen Generals [...] war als schwächliches Mädchen in der Familie zurückgesetzt, darum wohl ‚aus der Art geschlagen‘, Volksschullehrerin und dann Frauenrechtlerin, im Kriege Pazifistin, zuletzt Sozialistin geworden. Eine Lungenkrankheit bekämpfte sie mit zäher Energie. Äußerlich stellte sie einen fast männlichen Typ dar, wenn sie es gelegentlich auch nicht an weiblicher Schläue fehlen ließ. Sie gehörte zu den wenigen geistig bedeutenden Frauen in der Nationalversammlung und im Reichstag.“ (S. 36)

38 Hoegner (wie Anm. 37), S. 152.

.....
29 Protokoll der 3. Reichstagsitzung vom 17.5.1933, S. 51–58, s. http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt2_w8_bsb00000141_00051.html bis http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt2_w8_bsb00000141_00058.html [Stand 01.05.2017] hier S. 58.

30 Protokoll (wie Anm. 29), S. 51.

31 Ebd., S. 49.

32 Ebd., S. 52.

33 Ebd., S. 50.

34 Ebd., S. 58.

35 Josef Felder: Warum ich NEIN sagte. Erinnerungen an ein langes Leben für die Politik, Zürich/München 32000, S. 144.

„Dass ihr alle zusammen und die große Partei nicht versucht habt, auf jede Gefahr hin Widerstand zu leisten, das kann ich nicht ertragen.“

Statt zur Sitzung zu gehen, steigt Toni Pfülf in den Zug und fährt zurück nach München. Sie kann es nicht verwinden, dass ihre Parteifreunde sich so instrumentalisieren lassen, sich dafür hergeben, Hitler den Anschein der Legitimität zu verschaffen. Auf der Fahrt versucht sie sich mit Schlaftabletten das Leben zu nehmen. Doch sie wird rechtzeitig aufgefunden und ins Krankenhaus gebracht.



Kaulbachstraße 12 in München-Schwabing. Im Erdgeschoss dieses Hauses bewohnte Toni Pfülf eine Einzimmerwohnung. Hier nahm sie sich am 8. Juni 1933 das Leben.

Foto: Heike Mayer

Josef Felder besucht sie kurz darauf daheim in ihrem Münchner Zimmer in der Kaulbachstraße 12 in Schwabing. Er gibt später folgende Worte von ihr wieder: „Hier sind die Tabletten. Noch ist es nicht gelungen. Wenn ihr noch einmal nach Berlin geht, bin ich nicht mehr unter euch. Ich kann nicht in diesem Staate leben. Wenn ich jetzt als Beamtin, als Volksschullehrerin, herausgeschmissen werde, was sowieso kommt, das wäre gleichgültig. Und wenn ich die Straßen kehren müßte. Das ist es nicht. Die Existenzfrage ist es nicht. Aber daß viereinhalb Millionen freie Gewerkschafter und die christlichen Organisationen, daß ihr alle zusammen und die große Partei nicht versucht habt, auf jede Gefahr hin Widerstand zu leisten, das kann ich nicht ertragen. Das kann ich nicht ertragen. Und jetzt habt ihr auch zugestimmt am 17. Mai. Nein!

Wenn ihr nochmals nach Berlin geht, bin ich nicht mehr unter euch.“³⁹

Auch Paul Löbe berichtet von seinem Besuch bei ihr in München, in Begleitung der Abgeordneten Louise Schröder. „Gemeinsam mit Frau Schroeder redeten wir ihr gütig zu, von ihrem Vorhaben abzulassen, sie lehnte dies jedoch ruhig und fest ab, teilte in unserer Gegenwart ihre geringe Habe für Verwandte und Bekannte auf und noch am gleichen Abend wiederholte sie die Tat, durch Vergiftung aus dem Leben zu scheiden.“⁴⁰

Toni Pfülf schreibt mehrere Abschiedsbriefe, so auch an die Frauenrechtlerin Tony Drevermann in Küßnacht, die Frau des SPD-Politikers Rudolf Breitscheid. Sie selbst hatte das Ehepaar Ende März in die Schweiz gebracht, war anschließend jedoch, statt im Ausland zu bleiben, wieder nach Deutschland zurückgekehrt. Flucht war ihre Sache nicht. Auf ihren ersten Versuch der Selbsttötung anspielend schreibt sie der Freundin zum Abschied: „Durch das Eisenbahnmalheur neulich ist meine Reise nach Hause verzögert worden. Ich trete sie heute an. Hoffentlich komme ich ans Ziel. Freilich – es ist ein wenig untreu gegen Euch alle. Seid nicht böse und seht es nicht als Flucht an, was es auch nicht ist ...“⁴¹

Am Abend des 8. Juni 1933 nimmt Toni Pfülf sich das Leben. Die letzte Fraktionssitzung der SPD vor dem endgültigen Verbot der Partei findet zwei Tage später statt. Paul Löbe eröffnet die Sitzung mit einem Nachruf auf Toni Pfülf. Bei ihrer Einäscherung auf dem Münchner Ostfriedhof am 12. Juni waren viele hundert Münchner Parteigenossen anwesend, berichtet Hoegner.⁴² Paul Löbe erinnert sich dagegen, es seien nur wenige Menschen gewesen.⁴³

Gedenken an eine Frau, die ihre Zeitgenossen an Weitsicht und Mut überragte

Kein Zweifel, Toni Pfülf überragte so manchen ihrer Zeitgenossen an Weitsicht und analytischer Klugheit, an Mut und Willenskraft. In München und andernorts gibt es verschiedene Gedenkformen, die die Erinnerung an diese außerordentliche Persönlichkeit lebendig halten, so etwa

.....

39 Felder (wie Anm. 33), S. 146

40 Paul Löbe: Brief an Walter Hammer vom 3.7.1954, NL Hammer (wie Anm. 12) ED 106/35–256

41 Toni Pfülf: Brief an Tony Breitscheid, ms. Abschrift aus dem „Neuen Vorwärts“ vom 18. Juni 1933, NL Hammer (wie Anm. 12) ED 106/55–121.

42 Hoegner (wie Anm. 37), S. 156.

43 Paul Löbe: Brief an Walter Hammer vom 29.7.1954, NL Hammer (wie Anm. 13) ED 106/35–257.



Gedenkstein für Toni Pfülf auf dem Münchner Nordfriedhof/Gedenktafel am Haus Leopoldstraße 77 in München Schwabing. Toni Pfülf wohnte hier in den Jahren 1909–1911 und dann wieder ab 1916.

Fotos: Heike Mayer

die Toni-Pfülf-Straße in Feldmoching. In der Eingangshalle der dortigen Grund- und Hauptschule wurde 1984 eine Gedenktafel angebracht: „Toni Pfülf 1877–1933. Als sozialdemokratische Abgeordnete des Deutschen Reichstages hat sich die Münchner Lehrerin für Gleichberechtigung der Frauen, für die Bildungschancen von Arbeiterkindern und die Abschaffung der Todesstrafe eingesetzt. Politische Verfolgung trieb sie in den Freitod. Ihr Wirken ist unvergessen.“

Die Bayern-SPD vergibt seit Ende der 80er Jahre einen Toni-Pfülf-Preis an prominente, sozial engagierte Frauen. Das SPD-Haus in Regensburg wurde 1988 in Toni-Pfülf-Haus umbenannt. Auf dem Münchner Nordfriedhof wurde anlässlich ihres 60. Todestages 1993 ein Gedenkstein in Form einer zwei Meter hohen Säule aus Muschelkalk eingeweiht. Am Haus in der Schwabinger Leopoldstraße 77, in dem sie viele Jahre wohnte, erinnert seit 2001 eine Gedenktafel an Toni Pfülf. Ihr Name fehlt heute in keinem Sammelwerk, sei es zu bayerischen Revolutionären, deutschen Parlamentarierinnen, berühmten Münchnerinnen oder verfolgten Sozialdemokraten. Frei-

lich lassen sich individuelles Leben und Wirken so nicht hinlänglich fassen, lässt sich das Bild eines Menschen nicht allein mit Traditionslinien zeichnen. Jenseits von Herkunft, Geschlecht oder Parteizugehörigkeit: Toni Pfülf's hoher Gerechtigkeitsinn, ihr entschlossenes Handeln, ihre Bereitschaft, Konsequenzen zu tragen – das mutet „heroisch“ an, wie es im Flugblatt der Weißen Rose heißt, zumal in Zeiten wie dem Nationalsozialismus. Doch ist es letztlich etwas zutiefst Menschliches, das aus dieser Persönlichkeit zu uns spricht. 🍷

Der Bundestrainer aus Dresden. Helmut Schön als Figur deutscher Zeitgeschichte

Rezension: Bernd-M. Beyer: Helmut Schön: Eine Biografie, Verlag Die Werkstatt, Göttingen 2017, 28,00 €

von Peter März



Stationen einer Karriere: Helmut Schön als junger Spieler, Juni 1937
Foto: ullstein bild

Der Autor Bernd-M. Beyer, Jahrgang 1950, Journalist und im klassischen Fußball-Verlag „Die Werkstatt“ mit dem Metier der Fußball-Geschichte befasst, hat sich mit Helmut Schön eine Menge Arbeit gemacht. Der Fußball-Liebhaber kann nach der Biografie dieses zweiten Bundestrainers durchaus befriedigt sein. Der Historiker, der es immer gerne noch etwas genauer wüsste und der vor allem gern sähe, von wo ein Zitat entnommen und wie ein Faktum belegt ist, wird allerdings nicht wirklich zufrieden gestellt. Der Autor hat viel Literatur gewälzt, er war in den Archiven, er hat die Familie Schön ersichtlich „abgeschöpft“ –, aber den Reflex der ganzen Materialfülle, die hier zusammengekommen sein muss, läse man doch auch gerne einigermaßen penibel belegt.

Denn: Das Sujet Helmut Schön lohnt durchaus die profunde, zeitgeschichtliche Investition. Helmut Schön war noch mehr als eine klassisch gesamtdeutsche Figur, die, wie so viele andere in den Anfängen des Kalten Krieges von Ost- nach Westdeutschland wechselte. Er gelangte darüber hinaus in den äußersten deutschen Westen, als Verbandstrainer des Saarländischen Fußballbundes von 1952 bis 1956. Das waren die letzten Jahre, in denen das Saarland nicht Bestandteil der alten Bundesrepublik war, bis am 1. Januar 1957 seine „kleine Wiedervereinigung“ mit der Bonner Republik vollzogen wurde. Dass und wie Fußball politisch ist, zeigt schon neben der gesamtdeutschen Problematik auf der Makroebene diese Saar-Episode: Große Teile des saarländischen Fußballs unter seinem seit 1950 amtierenden Präsidenten Hermann Neuberger, der Schön als Verbandstrainer nach Saarbrücken geholt hatte, standen in Opposition gegen das Regime des Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann¹ und betrieben schon mit dem Vehikel Fußball bereits in den frühen fünfziger Jahren die (Wieder-)Annäherung an die Bundesrepublik: Bereits 1949 hatten die Delegierten des Saarländischen Fußballverbandes es gegen die Intentionen der Regierung Hoffmann abgelehnt, sich dem französischen Fußballverband anzuschließen. Während das Saarland ostentativ bei der Olympiade 1952 in Helsinki mit einer eigenen Mannschaft antrat, erfolgte schon fast gleichzeitig die zumindest teilweise Wiederintegration des saarländischen Fußballs

in den (bundes-)deutschen: Nachdem der 1. FC Saarbrücken als Meister der zweiten französischen Liga nicht in die erste französische Liga hatte aufsteigen dürfen, kehrten die Saarkicker schon vor den Politikern quasi „Heim ins Reich“, und ihre Spitzenvereine spielten in der Oberliga Süd-West. Mehr noch: In der Endrunde um die Deutsche Fußballmeisterschaft 1952, im Anstellungsjahr Helmut Schöns als Verbandstrainer in Saarbrücken, gelangte der 1. FC Saarbrücken ins Endspiel um die deutsche Meisterschaft gegen den VfB Stuttgart im Ludwigshafener Süd-West-Stadion, wo er allerdings mit 3:2 unterlag.²

Helmut Schöns eigentliche Pointe mit der von ihm trainierten Saar-Auswahl war, dass sie in der Qualifikation zur Fußball-Weltmeisterschaft 1954 – dem späteren „Wunder von Bern“ – auf die (west-)deutsche Auswahl stieß und ihr zweimal unterlag, am 11. Oktober 1953 mit 0:3 in Stuttgart, am 28. März 1954 in Saarbrücken nach hartem Kampf mit 1:3. Am Tag nach dem Endspiel von Bern, nach dem (west-)deutschen 3:2-Erfolg gegen Ungarn, besuchte Helmut Schön – der Saar-Trainer hatte das Schauspiel auf der Tribüne des Berner Wankdorf-Stadions genossen – seinen früheren Reichstrainer und künftigen

2 Vgl. Hardy Grüne: 100 Jahre Deutsche Meisterschaft. Die Geschichte des Fußballs in Deutschland, Göttingen 2003, S. 297: „Beim DFB sorgte das Ergebnis für Erleichterung. Immerhin gehörte das Saarland politisch gar nicht zur Bundesrepublik, und ein „Deutscher Meister“ 1. FC Saarbrücken hätte durchaus zu diplomatischen Komplikationen führen können.“ Zur gesamtdeutschen Orientierung des Saarfußballs u.a. die Darstellung des stark nationalistischen, gegen das Hoffmann-Regime gerichteten Politikers Heinrich Schneider: Das Wunder an der Saar. Ein Erfolg politischer Gemeinsamkeit, Stuttgart-Degerloch 1974, S. 316, zum Endspiel von Ludwigshafen: „... auch ohne den Titel des ‚Deutschen Meisters‘ war das Eis gebrochen und die natürliche, alte Ausrichtung auch auf sportlichem Gebiete wiederhergestellt.“

1 Vgl. die Hoffmann-apologetische Biografie Heinrich Küppers: Johannes Hoffmann (1890–1967). Biographie eines Deutschen, Düsseldorf 2008. Hermann Neuberger, avancierte viel später zum DFB-Präsidenten, 1975–1992, so dass er auch die zweite Fußball-Wiedervereinigung, mit dem DDR-Fußball, vollzog.

Chef als Bundestrainer Sepp Herberger im Hotel und wird von Beyer so zitiert: „Da hat es mich vor Rührung überwältigt. Ich habe seinen Kopf genommen und Sepp Herberger umarmt.“

Die Saar-Episode steht im Grunde zwischen Schöns ost- bzw. mitteldeutscher und seiner westdeutschen Biografie.

Vorab eine kulturell-topografische Beobachtung:

Der deutsche Fußball, von seiner Frühzeit an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges, war an seiner Spitze über die Jahrzehnte stets (nur) durch west- bzw. auch mitteldeutsche Vereine geprägt gewesen, ergänzt um die Wiener Spitzenklubs aus der damaligen sog. Ostmark von 1938 bis 1945.

Was hat das mit Helmut Schön zu tun? Helmut Schön, der als sog. „Halbstürmer“ und knapp 18-jähriger Gymnasiast seine Premiere in der ersten Mannschaft des Dresdner SC (DSC) am 26. August 1933 absolvierte, steht mit seiner Heimatstadt, der sächsischen Metropole, neben Berlin und den dortigen Vereinen wie Hertha BSC, Tasmania 1900 und Tennis Borussia, sozusagen für den östlichsten Punkt der deutschen Fußball-Topografie, bereits vor der Fixierung der Oder-Neiße-Linie als deutsche Ostgrenze, machtpolitisch bereits mit den Vereinbarungen der Potsdamer Konferenz vom Sommer 1945.³ Selbst der östlichste industrielle Ballungsraum des Deutschen Reiches, das oberschlesische Montanrevier, blieb ganz im Gegensatz zum Ruhrgebiet und auch zum Saarland zumindest relativ eine Fußball-Diaspora. Auch wenn man das Klischee möglichst vermeiden will: Trotz solcher Großstädte wie Breslau und Königsberg und trotz des oberschlesischen Montanreviers erscheint das alte Ostdeutschland von der modernen Fußballwelt doch irgendwie abgehängt. Das ostelbische Deutschland der „Junker“ und die kulturelle Errungenschaft Fußball – irgendwie ging das augenscheinlich nicht zusammen.

Helmut Schön kam aus bürgerlichen, wenn auch nicht großbürgerlichen Verhältnissen, im April 1935 machte er in Dresden sein Abitur, als (höchster) Bildungsabschluss in jener Zeit zweifellos um einiges gewichtiger als heute. Sein Zeugnis war wenn nicht brillant, so doch überdurchschnittlich (Beyer, S. 51), aber typisch für die damaligen Verhältnisse war wohl auch, dass die Familie sich nicht auf die große Perspektive eines akademischen Studiums

.....

3 Vgl. Hardy Grüne: Deutsche Meisterschaft, S. 503ff. Danach haben es Mannschaften aus Pommern, Schlesien, West- und Ostpreußen in Ausnahmefällen zwar bis ins Halbfinale, nie aber bis ins Endspiel um die Deutsche Meisterschaft gebracht.

einließ. Helmut Schön wurde kaufmännischer Angestellter, offenkundig durchaus privilegiert zwischen Beruf und Spitzenfußball oszillierend, vom Profifußball war man freilich noch Lichtjahre entfernt. Nationalspieler war Helmut Schön ganze vier Jahre, von 1937 bis 1941, vom damaligen Reichstrainer Sepp Herberger als eher weicher, zweikampfscheuer und ballverliebter Spieler oft unnach-sichtlich kritisiert.⁴

Ende 1942, nach dem militärischen Wendepunkt des Zweiten Weltkrieges, endete auch die Serie der Länderspiele, durch die das NS-Regime Stärke und Selbstbewusstsein hatte demonstrieren wollen. Fortgeführt wurden freilich, teilweise bis in die letzte Phase des Krieges, die Liga- und Meisterschaftsspiele. So kam es für Helmut Schöns Dresdner SC in der zweiten Kriegshälfte, 1943 und 1944, noch zu zwei Kriegsmeisterschaften nach jeweiligen Endspielen im Berliner Olympiastadion. Dresden löste damit, als die deutschen Städte schon unter Bombenhagel lagen, Schalke 04 als Hegemon im deutschen Spitzenfußball ab, wenn man so will eine makabre Schlussepisode, an der Helmut Schön als Spieler wie Vereinsidol beteiligt war.

Aus Sicht insbesondere der DDR-Forschung ist natürlich das sich anschließende Jahrfünft in Schöns Biografie vom Kriegsende bis 1950, unter SBZ- und frühen DDR-Bedingungen, am interessantesten – Bernd-M. Beyer teilt dem Leser über diese Zeit auch eine ganze Menge mit. Anders als der kleinbürgerlich-aufstiegsfixierte ursprüngliche Reichstrainer Sepp Herberger war Helmut Schön nicht der NSDAP beigetreten,⁵ und er hatte, so wird man es in etwa resümieren können, das „Tausendjährige Reich“ in einer zivil-bürgerlichen, indifferenten Haltung überstanden. Ähnlich praktizierte er es nun solange es ging unter den Bedingungen der sich herausbildenden Arbeiter- und Bauern-Macht. In den Anfängen des Kalten Krieges ließ er sich auf beiden Seiten blicken: Obwohl mit dem Standbein bis 1950 in Dresden, leistete er sich im Herbst 1947, gewissermaßen probeweise, einige Spiele für den Hamburger FC St. Pauli. Am 1. Mai 1949 zum Chef-

.....

4 Schöns Karriere als Nationalspieler konnte wohl aus zwei Gründen nicht wirklich ausreifen: Zum einen war er häufig am Knie verletzt, heilte seine Blessuren nicht wirklich aus, und die damalige Medizin stieß eben auch deutlich schneller an Grenzen als die heutige; zum anderen kam der „Anschluss“ Österreichs vom März 1938 dazwischen, durch den mit den Wiener Fußballstars der bisherigen „reichsdeutschen“ Kickerelite starke Konkurrenz erwuchs.

5 Jürgen Leinemann: Sepp Herberger. Ein Leben. Eine Legende, Berlin 1997, S. 260. Herberger hatte als PG der NSDAP die Mitgliedsnummer 2.208.548, „eingetragen am 1. Mai 1933.“



Schön im Moment des größten Triumphs, 7. Juli 1974
Foto: ullstein bild/Fotograf: Werner Schulze

trainer der noch SBZ-Zonenauswahl ernannt, absolvierte er ein Dreivierteljahr später bei Sepp Herberger einen Trainerkurs an der Sporthochschule Köln, mit der blauäugigen Begründung, das sei eben das qualitativ Beste, was man im gesamten deutschen Fußball vorfinde.

Der Umbau von einem bürgerlich-pluralen in ein monolithisches System unter marxistisch-leninistischen Vorzeichen, wie er alle gesellschaftlichen Bereiche zwischen Erzgebirge und Ostsee bestimmte, machte vor dem Fußball keinen Halt. Zur förmlichen Schlüsselszene für diese Entwicklung wird bis heute gern das Quasi-Endspiel zwischen der SG Dresden-Friedrichstadt und der ZSG Horch Zwickau am Ende der ersten Oberliga-Saison 1949/1950 in der noch ganz jungen DDR hochstilisiert. Es war der 16. April 1950 im Heinz-Steyer-Stadion in Dresden, dem früheren Ostragehege und damit der früheren Heimat des Dresdner SC. Vor diesem Endspiel, das die Saison beendete, lagen Zwickau und Dresden-Friedrichstadt gleichauf, ein Unentschieden hätte Dresden-Friedrichstadt mit dem besseren Torverhältnis zur Meisterschaft genügt. Das Pikante war: Die Mannschaft setzte die Tradition des Dresdner SC und damit des bürgerlichen Fuß-

balls ziemlich ungebrochen fort, Zwickau stand für den neuen proletarischen Werksfußball, hinter dem die SED stand. Unter heftigen Zuschauerausschreitungen und der Vermutung, der Schiedsrichter habe einseitig gepfiffen, unterlag der bürgerliche Fußball dem marxistisch-leninistischen auf eigenem Platz mit 1:5. Bei Lichte besehen lag dieses Ergebnis wohl auch daran, dass die Dresdner Mannschaft nicht nur benachteiligt wurde, sondern schlicht auch in die Jahre gekommen war. Für die Volkswut war das aber unerheblich. Was die Uhr nun allerdings politisch geschlagen hatte, brachte der spätere Chefmanager des DDR-Sports, Manfred Ewald, so auf den Punkt: „Besonders aber begrüßen wir es, dass die Sportler der großen Betriebssportgemeinschaft eines volkseigenen Betriebes diesen Sieg errungen haben. Sind sie es doch, die durch unermüdliche Arbeit mitgeholfen haben und ständig weiter mithelfen, die Lebenslage unseres ganzen Volkes zu verbessern. Ihr Sieg in dieser Meisterschaft bewies, dass die Demokratische Sportbewegung auf dem richtigen Wege ist [...] und darum werden die provokatorischen Ausschreitungen nach dem Spiel der Anlass dazu sein, nun erst recht die Arbeit in den Betriebssportgemeinschaften



Schock für Westdeutschland: Jürgen Sparwasser erzielt das 1:0 für die DDR, Hamburg, 22. Juni 1974

Foto: sz-photo/dpa

zu verstärken“.⁶ Die SG Friedrichstadt wurde nun aufgelöst, die Spieler um Helmut Schön schlugen sich zu Hertha BSC in den Westen der deutschen Hauptstadt durch, hospitierten dort als Spielgemeinschaft, und einige Restbestände zogen von dort nach Heidelberg weiter, Helmut Schöns Zeit als Spieler war allerdings inzwischen vorbei.

Natürlich durfte die sächsische Metropole nicht ohne Spitzenfußball im DDR-Maßstab bleiben. Etabliert wurde nun das Team „Volkspolizei Dresden“ als Gründung innerhalb des DDR-Sicherheits- und Repressionsapparates, aus dem sich schließlich Dynamo Dresden entwickeln sollte, der Oberliga-Hegemon der DDR der siebziger Jahre. Weshalb hier dieser Nachschlag?

Dynamo Dresden, eigentlich SG Dynamo Dresden, wurde dann zwar in den achtziger Jahren gegenüber Erich Mielkes in der ganzen Republik ungeliebtem Ostberliner Hauptstadt-Team BFC Dynamo eklatant benachteiligt; die Dresdener Dynamos gehörten allerdings tatsächlich wie die Berliner Dynamos zum Kernbestand der DDR-„Organe“, aber sie vermochten es, sich im Image davon

abzusetzen – und davon profitiert das heutige Dynamo Dresden auf erstaunliche Weise: „Dynamo blieb Dynamo, die Sachsen hatten mit ihrem ehemaligen Volkspolizeiver-ein keine Schwierigkeiten.“⁷

Nach dem Ende der DDR wurde der Dresdner SC wiedergegründet. Er führt heute ein unscheinbares, überregional kaum wahrgenommenes Leben als Breitensportverein, während Dynamo Dresden, derzeit in der 2. Bundesliga, das Image ungebrochener sächsischer Authentizität kultiviert – Geschichte, das war schon Bismarck klar („Die Geschichte ist nicht die preußische Oberrechnungskammer“), ist eben oft nicht gerecht.

Für den Dresdener und ganz kurzzeitigen DDR-Bürger Helmut Schön war der letzte und unerfreuliche Höhepunkt seiner ganz eigenen innerdeutschen Geschichte die Niederlage als Bundestrainer der westdeutschen Auswahl gegen die der DDR im Rahmen der Weltmeisterschaft 1974 in der alten Bundesrepublik am 22. Juni in Hamburg, durch das berühmt-berüchtigte Tor von Jürgen Sparwasser in der 77. Minute. Strategisch gesehen konnte

6 Zit. nach Andreas Baingo/Michael Horn: Die Geschichte der DDR-Oberliga, Göttingen 2003, S. 18.

7 Hanns Leske: Erich Mielke, die Stasi und das runde Leder. Der Einfluss der SED und des Ministeriums für Staatssicherheit auf den Fußballsport in der DDR, Göttingen 2004, S. 478.



Schön übergibt das Bundestraineramt an seinen Nachfolger Jupp Derwall, links Uwe Seeler, Frankfurt, 15. November 1978.

Foto: ullstein bild/Horstmüller

die westdeutsche Auswahl von Glück sagen, dass sie verlor: Sie wurde aus einer gewissen Lethargie für den weiteren Verlauf des Turniers wacherüttelt und kräftig umgebaut, und sie gelangte nun für das weitere Fortkommen in die leichtere Gruppe, während die DDR es, ganz aussichtslos, mit Brasilien, den Niederlanden und Argentinien zu tun bekam.

Sicher: Die Niederlage gegen die DDR war für Helmut Schön ein Schock: „Gerade die eigene biografische Verbindung mit der DDR machte Schön zu schaffen. Er war sich sicher, dass viele Fußballfans in der DDR nicht der eigenen Mannschaft, sondern der DFB-Elf den Sieg (und den Weltmeistertitel) gönnten. [...] Helmut Schön fühlte sich tatsächlich von den eigenen Spielern im Stich gelassen.“ (Beyer, S. 365). Gleichwohl: Helmut Schöns Gesamtbilanz als Bundestrainer war exzellent: Er war der bisher erfolgreichste deutsche Trainer der Nationalmannschaft (Weltmeister 1974, 2. bei der Weltmeisterschaft 1966, 3. bei der Weltmeisterschaft 1970, Europameister 1972) und gewiss auch nicht das Weichei, als das er gerne apostrophiert wurde, nicht zuletzt als Folge mancher Polemik seines Vorgängers Sepp Herberger. Und wie Bernd-M. Beyer überzeugend zeigt, ging Helmut Schön nicht niedergeschlagen und ratlos mit der Niederlage gegen die

DDR um, sondern gefasst, strategisch konstruktiv und im kommunikativen Stil auf der Höhe der Zeit. Er schmolte nicht in der Ecke, wie lange kolportiert wurde, sondern er betrieb mit den führenden Köpfen der Mannschaft Ursachenanalyse und gestaltete Innovation.

Zwischen dem Reichs- und Bundestrainer Sepp Herberger, dem der eine historische Moment des Wunders von Bern vom 4. Juli 1954 gelang – und an dem eigentlich sein ganzer Nimbus hängt – auf der einen Seite und dem überbordenden Medienspektakel Fußball unserer Tage auf der anderen Seite ist der noble Mann mit der Mütze Helmut Schön ziemlich in Vergessenheit geraten. Das ist schade. Schön war kein Held, aber er war eine gesamtdeutsche Persönlichkeit. Alles in allem wird ihm Bernd-M. Beyer durchaus gerecht. ▲

Die Entstehung von Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus –

ein Rückblick auf das erste Vierteljahrhundert nach der Befreiung*

von Bernhard Schoßig



Der jüdische Gedenkraum auf dem Gelände der KZ-Gedenkstätte Dachau, 2017

Foto: sz-photo/Fotograf: Olaf Schülke

* Dieser Aufsatz ist eine leicht geänderte und mit Anmerkungen versehene Version eines Beitrages in: Barbara Hanke (Hg.): Zugänge zur deutschen Zeitgeschichte (1945–1970). Geschichte – Erinnerung – Unterricht, Schwalbach im Taunus 2017.

Die Entstehung von Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus in Deutschland vollzog sich in langwierigen, schwierigen und vielfach von massiven politisch-gesellschaftlichen Konflikten begleiteten Prozessen und vor dem Hintergrund verschiedener Rahmenbedingungen.¹ Dazu gehörte neben den Vorgaben und Entscheidungen der Besatzungsmächte vor allem die wirtschaftliche Notlage aufgrund der Kriegszerstörungen, hier besonders die Wohnungsnot, die zudem noch verstärkt wurde durch das Erfordernis, mehrere Millionen Flüchtlinge und Heimatvertriebene aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten und anderen Teilen Mittel- und Osteuropas aufzunehmen. Auch die zwischen den Siegermächten entstandenen Konflikte, die in dem „Kalten Krieg“ mündeten, hatten erhebliche Auswirkungen auf die Herausbildung von Gedenk- und Erinnerungskulturen in den verschiedenen Teilen Deutschlands. Auf der Ebene kollektiver Einstellungen sind zudem die Deutungs- und Verhaltensmuster der Bevölkerung sowie populäre Geschichtsbilder einzubeziehen.²

In der Literatur lässt sich ein sehr unterschiedlicher Gebrauch des Begriffs „Gedenkstätte“ ausmachen. In einem sehr weit gefassten Begriffsverständnis werden dabei auch Mahnmale und Gedenktafeln, die an Opfer von NS-Verbrechen erinnern, einbezogen. In den letzten Jahrzehnten hat sich der engere Begriff der „arbeitenden“ Gedenkstätte etabliert. Danach werden als Gedenkstätten Einrichtungen wie beispielsweise in Dachau und Flossenbürg bezeichnet, „die neben Gebäuden, Geländen und sonstigen originalen Zeugnissen wie Akten, Fotos usw. über ein Archiv, eine Ausstellung und ein Minimum an Personal zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben verfügen.“³ Diese Veränderungen der Begrifflichkeit spiegeln aber auch die Entwicklung des Opfergedenkens nach 1945 wider.

Unmittelbar nach der Befreiung im April und Mai 1945 durch Truppen der Alliierten waren es zunächst die überlebenden, aus vielen europäischen und außereuropäischen Ländern stammenden Häftlinge der Konzentrationslager,

die Gedenkveranstaltungen für ihre während der Lagerzeit ermordeten und umgekommenen Kameraden abhielten. Sie errichteten auch bereits Mahnmale aus vorhandenen Materialien wie Holz und Textilien, die überwiegend jedoch nur temporärer Art waren.⁴ Fast zeitgleich mussten auf Anordnung der amerikanischen Besatzungsbehörden etwa tausend Weimarer Bürger das Konzentrationslager besichtigen und sich mit eigenen Augen von den dort begangenen Verbrechen überzeugen.⁵ In Dachau wurden dreißig Honoratioren der Stadt zu einem Zwangsbesuch im Krematorium des Lagers verpflichtet. Die Reaktionen darauf waren nicht nur Schrecken und Betroffenheit, sondern stärker noch Abwehr mit dem Hinweis, man habe von den Geschehnissen hinter den Absperrungen des Lagers nichts gewusst und habe damit überhaupt nichts zu tun.⁶ Hier wird bereits die Grundkonstellation der folgenden Jahrzehnte deutlich. Es sind zu dieser Zeit fast ausschließlich die überlebenden Opfer und Verfolgten des Naziregimes,

1 Vgl. dazu ausführlich: Cornelia Siebeck: 50 Jahre „arbeitende“ NS-Gedenkstätten in der Bundesrepublik. Vom gegenkulturellen Projekt zur staatlichen Gedenkstättenkonzeption – und wie weiter?, in: Elke Gryglewski u.a. (Hg.): Gedenkstättenpädagogik. Kontext, Theorie und Praxis der Bildungsarbeit zu NS-Verbrechen, Berlin 2015, S. 19–43.

2 Vgl. Edgar Wolfrum: Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Bonn 2007, S. 171.

3 Wulff E. Brebeck: Gedenkstätten für NS-Opfer im kollektiven Gedächtnis der Bundesrepublik Deutschland, in: Arbeitskreis NS-Gedenkstätten NW (Hg.): Den Opfern gewidmet – auf Zukunft gerichtet. Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus in Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf o.J., S. 6.

4 Vgl. Stefanie Endlich: Orte des Erinnerns – Mahnmale und Gedenkstätten, in: Peter Reichel u.a. (Hg.): Der Nationalsozialismus – Die zweite Geschichte. Überwindung – Deutung – Erinnerung, München 2009, S. 350–377, hier S. 352.

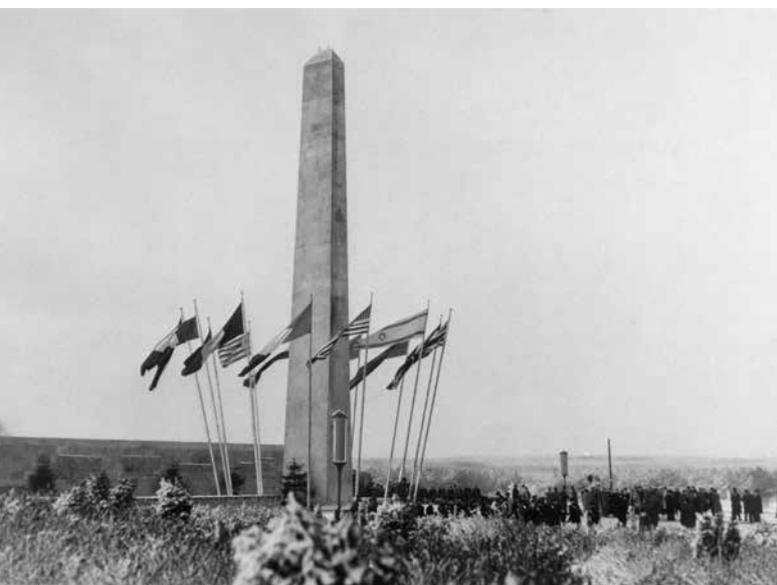
5 Vgl. Jens Schley: Nachbar Buchenwald. Die Stadt Weimar und ihr Konzentrationslager 1937–1945, Köln/Weimar/Wien 1999, S. 1 ff.

6 Vgl. Sybille Steinbacher: „... daß ich mit der Totenklage auch die Klage um unsere Stadt verbinde“. Die Verbrechen von Dachau in der Wahrnehmung der frühen Nachkriegszeit, in: Norbert Frei/Sybille Steinbacher (Hg.): Bescheiden und Bekennen. Die deutsche Nachkriegsgesellschaft und der Holocaust, Göttingen 2001, S. 11–33, hier S. 16 f.

die sich für ein würdiges Gedenken an die umgekommenen Opfer einsetzen, während in der Mehrheit der Bevölkerung ein Prozess des „kommunikativen Beschweigens“⁷ einsetzt. Man reklamierte für sich, dass man von den Verbrechen in den Konzentrationslagern nichts gewusst habe und sah sich zudem auch selbst als Opfer des Krieges.

Erste Gedenkstätten

Zu den ersten Gedenkstätten gehören Bergen-Belsen, Flossenbürg und Langenstein-Zwieberge. Kurz nach der Befreiung des Konzentrationslagers Bergen-Belsen⁸ durch britische Truppen wurden die meisten Holzbaracken niedergebrannt, um die Ausbreitung von Seuchen zu verhindern. Zwischen 1946 und 1952 wurde auf Veranlassung der britischen Militärregierung ein Teil des Geländes zu einer Gedenkstätte umgestaltet, die als Heidelandschaft mit Massengräbern jedoch keinerlei Bezug mehr zu der historischen Lagertopographie aufwies. Bei der Einweihung des Internationalen Mahnmales am 30. November 1952 hielt der damalige Bundespräsident Theodor Heuss eine vielbeachtete Gedenkrede, in der er sich zur Verantwortung der Deutschen am Holocaust und an den Massenverbrechen



Staatsakt zur Einweihung der Gedenkstätte Bergen-Belsen auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers, 30. November 1952
Foto: ullstein bild

7 Vgl. Hermann Lübke: Es ist nichts vergessen, aber einiges ausgeheilt. Der Nationalsozialismus im Bewußtsein der deutschen Gegenwart, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24.01.1983, S. 9. – Kritisch dazu: Axel Schildt: Zur Durchsetzung einer Apologie. Hermann Lübkes Vortrag zum 50. Jahrestag des 30. Januar 1933, <http://www.zeithistorische-forschungen.de/1-2013/id%3D4679> [Stand: 05.04.2017].

8 Vgl. Ulrike Puvogel/Martin Stankowski: Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus – Eine Dokumentation, Bd. I, Bonn 1995, S. 385 f.

des Nationalsozialismus bekannte und sich damit gegen die in Politik und Gesellschaft weitverbreitete Tendenz des Beschweigens und Verdrängens stellte: „Wer hier als Deutscher spricht, muß sich die innere Freiheit zutrauen, die volle Grausamkeit der Verbrechen, die hier von Deutschen begangen wurden, zu erkennen. Wer sie beschönigen oder bagatellisieren wollte oder gar mit der Berufung auf den irreführenden Gebrauch der sogenannten ‚Staatsraison‘ begründen wollte, der würde nur frech sein.“⁹

In Flossenbürg¹⁰ befindet sich seit 1946 eine der ältesten KZ-Gedenkstätten Europas. Sie geht nicht auf die Initiative überlebender KZ-Häftlinge zurück, sondern wurde von polnischen, nichtjüdischen Displaced Persons (DPs), die 1946 in den Lagerkomplex eingewiesen worden waren, in dem Bereich um das Krematorium und den Schießplatz der SS errichtet – abseits des früheren Konzentrationslagers. Das Konzept dieser Gedenkstätte war durch „christliche Sakralisierung und historische Dekontextualisierung“¹¹ gekennzeichnet. Ende der fünfziger Jahre wurde die Gedenkstätte durch eine Friedhofsanlage ergänzt und ab Anfang der sechziger Jahre als „KZ-Grab- und Gedenkstätte“ bezeichnet, in der lediglich das Totengedenken gepflegt wurde, aber keine Aktivitäten im Sinne einer „arbeitenden“ Gedenkstätte stattfanden. Zudem wurden weite Teile des ehemaligen KZ-Geländes gezielt nachgenutzt, zerstört und bebaut.

In der sowjetischen Besatzungszone wurde im September 1949 am Ort eines ehemaligen Außenlagers des KZ Buchenwald die Mahn- und Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge¹² eingeweiht, für die sich die überlebenden Opfer dieses Lagers und die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes eingesetzt hatten. Die Mahnmalanlage umfasst mehrere Massengräber, einen Ehrenhain und ein großes Denkmalsensemble.

In den ersten Jahren nach der Befreiung wurden aber auch viele Orte von Verfolgung und Terror verändert, umgenutzt und abgerissen. So wurde das ehemalige KZ Neuengamme¹³ in Hamburg nach einer Zwischennutzung als britisches Internierungslager 1948 der Hamburger Jus-

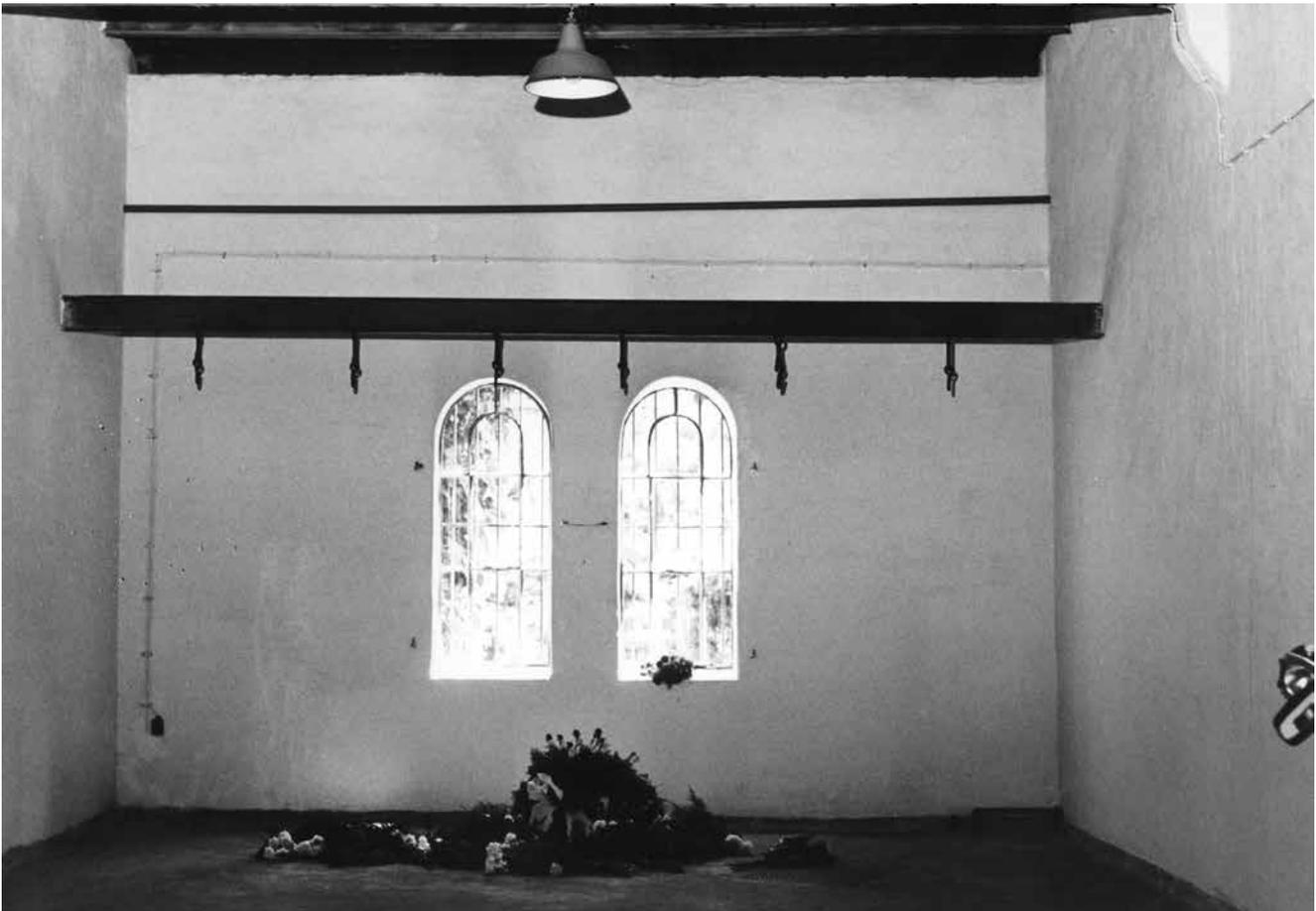
9 Vgl. <http://www.theodor-heuss-haus.de/theodor-heuss/bundesrepublik/> [Stand: 25.03.2017]; Wortlaut der Rede unter: http://www.zeit.de/reden/die_historische_rede/heuss_holocaust_200201 [Stand: 25.03.2017].

10 Vgl. Jörg Skriebeleit: Flossenbürg – älteste Gedenkstätte Bayerns, in: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit (Hg.): Spuren des Nationalsozialismus – Gedenkstättenarbeit in Bayern, München 2000, S. 130–149.

11 Ebd., S. 147.

12 Vgl. Stefanie Endlich u.a.: Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus – Eine Dokumentation, Bd. II, Bonn 1999, S. 557 ff.

13 Vgl. Puvogel/Stankowski (wie Anm. 8), S. 234–240.



Gedenkraum in der Gedenkstätte Plötzensee in Berlin. Hier wurden mehrere Beteiligte des Attentats vom 20. Juli 1944 hingerichtet.
Foto: interfoto/awkw

tizbehörde übergeben, die auf dem Gelände eine Justizvollzugsanstalt errichtete und das programmatisch als Akt der „Wiedergutmachung“ begründete: Mit der Eröffnung einer modernen Haftanstalt solle das Schandmal der Vergangenheit ausgelöscht werden.¹⁴ Erst 1953 wurde auf Drängen der Überlebenden ein Mahnmal auf dem Gelände der Lagergärtnerei geschaffen, das 1965 erweitert wurde. Aber fast gleichzeitig und ohne Unterrichtung der ehemaligen Häftlinge und der Öffentlichkeit beschloss der Hamburger Senat den Bau einer zusätzlichen Vollzugsanstalt auf dem ehemaligen KZ-Gelände und damit eine weitere Umnutzung des historischen Lagerareals.

Die fünfziger und sechziger Jahre

In den fünfziger und sechziger Jahren sind in der Bundesrepublik und West-Berlin nur wenige Gedenkstätten und Mahnmale für die Opfer des Nationalsozialismus geschaffen worden. Dazu gehört die 1952 eingeweihte

14 Vgl. Endlich (wie Anm. 4), S. 352.

Gedenkstätte Plötzensee in West-Berlin.¹⁵ In dem Hinrichtungsraum des dortigen Strafgefängnisses waren in den Jahren 1933 bis 1945 fast 3.000 Menschen, darunter viele Widerstandskämpfer und Regimegegner, ermordet worden. Ein Jahr später wurde der Hof im Berliner Bendler-Block, in dem vier Verschwörer des 20. Juli 1944 erschossen worden waren, als Ehrenhof gestaltet.¹⁶ Für diese Gedenkstätte hatten sich Mitglieder und Angehörige von hingerichteten Mitgliedern des militärischen Widerstandes eingesetzt. Dass die Widerstandsaktion des 20. Juli 1944 im Nachkriegsdeutschland aber nicht unumstritten war, lässt sich an dem „Remer-Prozess“ im März 1952 ablesen.¹⁷ Ernst-Otto Remer, Vorstandsmit-

15 Vgl. ebd., S. 353.

16 Vgl. ebd., S. 354f.

17 Vgl. Claudia Fröhlich: Zum Umgang mit dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus in der Bundesrepublik. Phasen und Themen der Judikatur zum 20. Juli 1944, in: Johannes Tuchel (Hg.): Der vergessene Widerstand. Zur Realgeschichte und Wahrnehmung des Kampfes gegen die NS-Diktatur, Göttingen 2005, S. 208–231, hier insbesondere S. 215ff.

glied der rechtsextremen und später vom Bundesverfassungsgericht verbotenen Sozialistischen Reichspartei (SRP), hatte 1951 die Widerstandskämpfer öffentlich als Landesverräter bezeichnet. In dem daraufhin von dem Braunschweiger Generalstaatsanwalt Fritz Bauer angestregten Strafprozess wurde die Legitimität dieses Widerstandes festgestellt und Remer „wegen übler Nachrede in Tateinheit mit Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener“¹⁸ verurteilt. Eine positive Bewertung des militärischen Widerstandes, wie sie in der Schaffung des Ehrenhofes zum Ausdruck kam, ist zudem aber auch vor dem damaligen außen- und deutschlandpolitischen Hintergrund und insbesondere der beabsichtigten Remilitarisierung der Bundesrepublik zu sehen. Anderthalb Jahrzehnte später, 1968, wurde im Bendler-Block die „Gedenk- und Bildungsstätte Stauffenbergstraße“ mit einer kleinen ständigen Ausstellung „Widerstand gegen den Nationalsozialismus“ eröffnet.¹⁹

An die Opfer der nationalsozialistischen „Euthanasie“-Verbrechen wurde erstmals 1953 in Hadamar mit einem Relief, das die Inschrift „1941–1945 Zum Gedächtnis“ trägt, erinnert.²⁰ Hadamar gehörte zu den Einrichtungen, in denen während der Jahre 1940 und 1941 die systematische Ermordung pflegebedürftiger, körperlich und geistig behinderter Menschen durch Vergasung durchgeführt wurde. 1964 kam eine Gedenkstätte auf dem Anstaltsfriedhof hinzu. In Grafeneck,²¹ einer weiteren „Euthanasie“-Mordstätte, wurde 1962 der Heimfriedhof als Gedenkstätte mit zwei Urnengräbern und einem Steinkreuz angelegt, aber noch 1965 wurde das historische Gebäude, in dem die Morde stattfanden, abgerissen.

Eine Ausnahme unter den frühen Gedenkstätten stellt die 1962 eröffnete Gedenkhalle Schloss Oberhausen dar.²² Sie geht auf eine kommunale Initiative zurück und war von vornherein mit einer Dauerausstellung und Bildungsangeboten als „arbeitende“ Gedenkstätte angelegt.

1966 erhielt Bergen-Belsen ein Dokumentenhaus mit einer Ausstellung zur Geschichte des Konzentrationslagers.²³

18 Fröhlich (wie Anm. 17), S. 221.

19 Endlich (wie Anm. 4), S. 355.

20 Vgl. Puvogel (wie Anm. 8), S. 314 ff.

21 Vgl. ebd., S. 39 ff.

22 Vgl. Arbeitskreis NS-Gedenkstätten NW (Hg.): Den Opfern gewidmet – auf Zukunft gerichtet. Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus in Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf o.J., S. 67–70.

23 Vgl. Endlich (wie Anm. 4), S. 355.



Obwohl die Euthanasiemorde im kollektiven Gedächtnis häufig im Schatten des Holocaust stehen, wird auch diesen, wie hier in der ehemaligen Euthanasieanstalt Hadamar, entsprechend gedacht.

Foto: LWV Hessen

Das Beispiel Dachau

An dem ehemaligen Konzentrationslager Dachau lässt sich exemplarisch der mühevoll Weg von 1945 bis zur Etablierung einer zwar bescheiden ausgestatteten, aber immerhin „arbeitenden Gedenkstätte“ im Jahr 1965 aufzeigen.²⁴ Der gesamte Komplex des vormaligen SS-Übungslagers und des Konzentrationslagers wurde nach der Befreiung von der US-amerikanischen Armee übernommen. Nachdem im Juli 1945 die letzte Gruppe der befreiten Häftlinge das ehemalige Konzentrationslager verlassen hatte, wurde hier ein Internierungslager für NS-Funktionäre, höhere Beamte und Angehörige der SS eingerichtet. Am 15. November 1945 begann vor einem im Lagerbereich tagenden amerikanischen Militärgericht der erste „Dachauer Prozess“ gegen Angehörige des Kommandanturstabes des KZ Dachau, dem bis 1948 eine Reihe weiterer Verfahren folgten. Etwa zeitgleich mit dem ersten Prozess wurden aufgrund des Engagements Überlebender eine Dokumentar Ausstellung im Krematorium – die erste KZ-Ausstellung in Deutschland – und eine Begleitpublikation fertiggestellt.

Nach der Auflösung des Internierungslagers am 31. August 1948 übergaben die Amerikaner das ehemalige Schutzhaftlager den bayerischen Behörden, die das Lagerareal für

24 Vgl. zum Folgenden Harold Marcuse: Das ehemalige Konzentrationslager Dachau. Der mühevoll Weg zur Gedenkstätte 1945–1968, in: Dachauer Hefte 6 (Taschenbuchausgabe München 1994), S. 182–205.

die Unterbringung von Flüchtlingen und Vertriebenen benutzten und zur „Wohnsiedlung Dachau-Ost“ umgestalteten. Als Gedenkort war damals nur der Krematoriumsbereich verblieben, in dem 1950 das „Denkmal des unbekanntes Häftlings“ aufgestellt und einige Monate später eine wiederum von ehemals Verfolgten erarbeitete neu gestaltete Ausstellung eröffnet wurde, die jedoch 1953 nach einer heftigen Medienkampagne im Vorjahr von der für die Gedenkstätte zuständigen „Staatlichen Verwaltung der bayerischen Schlösser, Gärten und Seen“ wieder geschlossen wurde. Zwei Jahre später beantragte der CSU-Abgeordnete Heinrich Junker, zugleich Dachauer Landrat, im Bayerischen Landtag sogar die Schließung des Krematoriumsgeländes, dem sich auch andere Landespolitiker anschlossen. Dieser Vorstoß, der bei den ehemaligen Häftlingen große Entrüstung auslöste, scheiterte aber daran, dass sich die Bundesrepublik Deutschland in einem Zusatzabkommen zu den Pariser Verträgen verpflichtet hatte, die Unantastbarkeit von Grabstätten von Opfern des NS-Regimes zu garantieren.

Die Initiative zur Errichtung einer Gedenkstätte auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Dachau ging von den Überlebenden aus, die sich 1955 am 10. Jahrestag der Befreiung in Dachau trafen. Die ehemaligen Häftlinge – vor allem aus den westeuropäischen Ländern, die dort teilweise bedeutende Positionen in Politik und Gesellschaft innehatten – zeigten sich bestürzt über die Zustände im ehemaligen Häftlingslager, das jetzt als Wohnlager diente. So kam es anlässlich dieses Jahrestages zur Neugründung des Internationalen Häftlingskomitees von 1945 (*Comité International de Dachau* – CID), das die Errichtung einer würdigen Mahn- und Gedenkstätte zum Ziel hatte. In den folgenden Jahren ging es zunächst darum, sowohl einen Aufnahmestopp für das Wohnlager durchzusetzen und eine Umsiedlung der Bewohner zu bewerkstelligen, als auch Personen in Schlüsselstellungen für die Unterstützung des Projektes zu gewinnen. Für die Verwirklichung war das Engagement des CID unter seinem langjährigen Präsidenten, dem belgischen General Albert Guerisse, von entscheidender Bedeutung. Auf deutscher Seite sind der langjährige bayerische Staatsminister Alois Hundhammer (CSU), der 1933 im KZ Dachau inhaftiert war, der Münchner Weihbischof Johannes Neuhäusler, 1941 bis 1945 Sonderhäftling in den Konzentrationslagern Sachsenhausen und Dachau, sowie der ehemalige kommunistische Häftling Otto Kohlhofer als Vorsitzender der deutschen Lagergemeinschaft und Mitglied des CID hervorzuheben.

Mit der Errichtung einer katholischen Gedenkkapelle „Todesangst Christi“ anlässlich des 37. Eucharistischen

Weltkongresses wurde bereits 1960 auf dem Gelände der geplanten Gedenkstätte eine religiöse Gedenkanlage geschaffen. Im gleichen Jahr wurde auch eine provisorische Ausstellung des CID in den Räumen des großen Krematoriums eröffnet. 1962 kam es zu einer Vereinbarung zwischen dem Freistaat Bayern und dem CID über die Ausgestaltung und Finanzierung der Gedenkstätte im ehemaligen KZ Dachau. Im Laufe der nächsten Jahre wurden die freigewordenen Baracken abgerissen, das Schutzhaftlager hergerichtet und zwei Baracken rekonstruiert. Eine Arbeitsgruppe aus ehemaligen Häftlingen und Fachberatern stellte, gemeinsam mit einer Mitarbeiterin des CID, die Ausstellung in dem zum Museum umgewandelten ehemaligen KZ-Wirtschaftsgebäude nach der Konzeption des CID zusammen. Die Eröffnung der neu gestalteten Gedenkstätte fand anlässlich des 20. Jahrestages der Befreiung Anfang Mai 1965 statt. Schon 1964 wurde das Kloster „Heilig Blut“, das unmittelbar an die Mauer des ehemaligen Häftlingslagers angrenzt, eingeweiht. 1967 kamen zwei weitere religiöse Gedenkstätten – die evangelische Versöhnungskirche und die jüdische Gedenkstätte – hinzu. Mit der Errichtung des Internationalen Mahnmals im September 1968 wurde die Neugestaltung der Gedenkstätte vervollständigt.

Allerdings wurden damals auf Beschluss des von politischen Häftlingen und Widerstandskämpfern (roter Winkel) dominierten CID die Opfergruppen der Homosexuellen (rosa Winkel), der in der Naziterminologie so bezeichneten „Berufsverbrecher“ (grüner Winkel) und der „Asozialen“ (schwarzer Winkel), die als „Kriminelle“ und nicht als Opfer des nationalsozialistischen Terrorregimes angesehen wurden, aus dem Gedenken ausgegrenzt. Erst im Laufe weiterer Jahrzehnte und nach teilweise heftigen öffentlichen Auseinandersetzungen konnten diese „vergessenen“ und von der Gesellschaft vielfach weiterhin diskriminierten Verfolgten Gruppen einen angemessenen Platz sowohl in der Gedenkstätte Dachau wie auch in der Gedenk- und Erinnerungskultur der Bundesrepublik erreichen.²⁵

Gedenkstätten in der DDR

Zwischen 1945 und 1950 bestanden auf dem Gelände der ehemaligen Konzentrationslager Buchenwald und Sachsenhausen als „Speziallager“ bezeichnete Internierungslager des sowjetischen Geheimdienstes (NKWD/

.....
25 Vgl. <https://www.kz-gedenkstaette-dachau.de/station13.html> [Stand: 25.03.2017].

MKD), in denen überwiegend NSDAP-Funktionäre und Gegner der Besatzungsmacht gefangen gehalten wurden.²⁶ Das Gelände des ehemaligen KZ Ravensbrück wurde von 1945 bis 1994 von der Sowjetarmee bzw. den GUS-Streitkräften militärisch genutzt.²⁷

Nach der Auflösung der Speziallager begannen in der DDR die Planungen für drei „Nationale Mahn- und Gedenkstätten“ (NMG).²⁸ Die von der SED politisch vorgegebene Geschichtsinterpretation, die in den Gedenkstätten vermittelt werden sollte, hob die „Rolle der KPD als stärkster und führender Kraft gegen das verbrecherische Naziregime“ und den „antifaschistischen Widerstand“ hervor und leitete daraus „die historische Rolle der Deutschen Demokratischen Republik“ als Konsequenz der geschichtlichen Entwicklung ab. Die Gestaltung aller drei Mahn- und Gedenkstätten wurde von einer Gruppe, dem „Kollektiv Buchenwald“, nach einheitlichen inhaltlichen und künstlerischen Richtlinien entwickelt. 1958 wurde die Nationale Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald eingeweiht, die aber nicht auf dem historischen Ort des Konzentrationslagers, sondern in einiger Entfernung am Südhang des Eppersberges errichtet wurde. Ein Jahr später wurde die NMG Ravensbrück am Rande des Lagergeländes auf einer kleinen Fläche zwischen der Lagermauer und dem Schwedtsee eröffnet. 1961 folgte Sachsenhausen. Diese drei Einrichtungen waren personell und materiell großzügig ausgestattet, während andere Orte mit ähnlicher historischer Bedeutung wenig beachtet und vernachlässigt blieben. So wurde erst 1966 im Krematorium des ehemaligen KZ Mittelbau-Dora eine Mahn- und Gedenkstätte mit einer kleinen Ausstellung eingerichtet, für die sich vor allem ehemalige Häftlinge, insbesondere aus Frankreich und Belgien, eingesetzt hatten. Ein Jahr zuvor wurde in dem Zellentrakt des ehemaligen KZ im Schloss Lichtenberg eine Mahn- und Gedenkstätte eröffnet, die ebenfalls auf die Initiative ehemaliger Häftlinge zurückging.

Zusammenfassung

In dem ersten Vierteljahrhundert nach der Befreiung waren es vor allem Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung – insbesondere ehemalige politische Häftlinge und Widerstandskämpfer – und deren Angehörige, die sich für die Errichtung von Mahnmalen und Gedenkstätten

.....

26 Vgl. Endlich u.a. (wie Anm. 12), S. 323 und 896 f.

27 Vgl. ebd., S. 272.

28 Vgl. zum Folgenden: Endlich (wie Anm. 4), S. 354 und 360.

einsetzten. Unterstützung bekamen sie von kleinen Gruppen und einzelnen Personen aus dem christlichen und linken Spektrum der Gesellschaft, die sich bereits damals für einen offenen Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit einsetzten und deren frühes Engagement sich auch für die spätere Entwicklung von Gedenkstätten als bedeutsam erweisen sollte. So wurde die 1958 auf der Synode der Evangelischen Kirche Deutschlands ins Leben gerufene „Aktion Sühnezeichen“ (ab 1968: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste), die in den Sechziger und Siebziger Jahren viele Freiwillige zu sozialen Hilfsdiensten ins Ausland, darunter auch in polnische Gedenkstätten, entsandte, in den achtziger Jahren mit ihrem 1983 gegründeten Gedenkstättenreferat zu einem Kristallisationskern der sich damals entwickelnden Gedenkstättenarbeit und -initiativen.²⁹

Es darf aber auch nicht übersehen werden, dass in der Bundesrepublik infolge des „Ost-West-Konfliktes“ die kommunistischen Opfer des Nationalsozialismus erneut stigmatisiert und verfolgt wurden. Der kommunistische Widerstand hatte in der Erinnerungs- und Gedenkkultur zunächst nicht nur keinen Platz, sondern er wurde durch die damals vorherrschende Totalitarismustheorie, die Nationalsozialismus und Stalinismus als ähnliche diktatorische Systeme ansah, in ein negatives Licht gesetzt.³⁰

Wenngleich jede Gedenkstätte ihre eigene Entstehungsgeschichte hat, lassen sich in vielen Fällen Desinteresse und Ablehnung durch die lokale Bevölkerung, Behörden und politische Entscheidungsträger ausmachen. In diesen Entstehungsgeschichten spiegelt sich der Umgang der bundesrepublikanischen Gesellschaft mit der Nazivergangenheit, der bei genauerer Betrachtung zwar nicht auf den schlichten Gegensatz von Verdrängung oder Aufarbeitung reduziert werden kann, aber doch auf der Ebene der Erinnerungspolitik durch einen defensiven Pragmatismus und auf der Ebene der kollektiven Einstellungen überwiegend durch Ignoranz und Selbstviktimsierung gekennzeichnet war. Die Entwicklung des Opfergedenkens und die Etablierung von Gedenkstätten in der (alten) Bundesrepublik wird aus heutiger Sicht vielfach als „Erfolgsgeschichte“ gedeutet. Für das erste Vierteljahrhundert nach der Befreiung

.....

29 Vgl. Manfred Wittmeier: Internationale Jugendbegegnungsstätte Auschwitz. Zur Pädagogik der Erinnerung in der politischen Bildung, Frankfurt am Main 1997, S. 216 f.; Wolfgang Raupach-Rudnick: Die Gründung des Gedenkstättenreferates der Aktion Sühnezeichen e.V., in: Gedenkstätten-Rundbrief Nr. 100 (2001), S. 9–12.

30 Vgl. Wolfrum (wie Anm. 2), S. 174.



Buchenwald: Über 50.000 ehemalige Häftlinge aus 18 Nationen kamen zur Einweihung der Gedenkstätte Buchenwald, die am 14. September 1958 nach siebenjähriger Bauzeit eröffnet wurde. Im Bild das Mahnmal auf der Südseite des Ettersbergs
Foto: sz-photo/Max Scheler



Gedenkstätte auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Sachsenhausen, Aufnahme aus dem Jahr 1991
Foto: ullstein bild – Zentralbild

dürfte jedoch in dieser Hinsicht eine Beschreibung als „Konfliktgeschichte“ eher angemessen sein.

Ein offenerer Umgang mit der NS-Vergangenheit entwickelte sich erst, nachdem aktuelle rechtsextremistische Bestrebungen und antisemitische Tendenzen verstärkt auftraten. Nach den Kölner Synagogenschmierereien an der Jahreswende 1959/60, die Hunderte von Nachfolgetaten auslösten, wurden beispielsweise neue Richtlinien für den Schulunterricht verabschiedet, die eine ausführlichere Behandlung der Zeit des Nationalsozialismus vorsahen, und die außerschulische politische Bildung intensiviert.³¹

Die großen Mahn- und Gedenkstätten in der DDR sollten nach innen durch die Heroisierung des kommunistischen Widerstandes gegen das Naziregime und den Verweis auf die Befreiung durch die siegreiche Sowjet-

armee den Gründungsmythos eines neuen, besseren Deutschlands unter der Führung der SED beglaubigen, während nach außen die Bundesrepublik als kapitalistischer Nachfolgestaat des Naziregimes bezeichnet wurde, in dem weiterhin Mitglieder der NS-Funktionselementen an führender Stelle tätig waren. Durch das einseitig auf den kommunistischen Widerstand ausgerichtete Geschichtsbild wurde die Bedeutung des Widerstandes anderer Personen, Gruppen und politischen Richtungen marginalisiert und verdrängt. Der rassistische Charakter der nationalsozialistischen Verfolgung wurde dabei völlig ausgeklammert. ▲

31 Vgl. Wolfrum (wie Anm. 2), S. 180.

Bunte Koalitionsrepublik Deutschland

Serie:
Bundestagswahl
am 24. September
2017

von Niko Switek



Abbildung: picture alliance/dieKLEINERT.de/Fotograf: Kostas Koufogiorgos

In Deutschland regiert seit 2013 eine Große Koalition aus CDU/CSU und SPD. Unabhängig von der inhaltlichen Regierungsbilanz gilt, dass das Regierungsbündnis von Konservativen und Sozialdemokraten als den beiden Hauptkräften des deutschen Parteiensystems von den Wählern ambivalent bewertet wird. Umfragen zeigen, dass das Bündnis aufgrund der damit verbundenen Stabilität einerseits durchaus positiv eingestuft wird, gerade in schwierigen und turbulenten Zeiten. Andererseits wird zugleich kritisch gesehen, dass nur wenig Raum für die geschrumpfte Opposition verbleibt. Dieser fällt es mit ihren wenigen Sitzen schwer, sich Gehör zu verschaffen. Sogar die Regierungsfraktionen selbst bewerteten nach der Wahl 2013 ihre eigene Übermacht skeptisch und änderten die Geschäftsordnung des Bundestages, um der historisch kleinen Opposition aus Grünen und Linkspartei weiterhin Zugriff auf wichtige Oppositionsinstrumente einzuräumen.¹ Auch das ist ein Grund, warum diese Koalitionsvariante oft den Stempel einer Notlösung erhält.

Wie kommt es, dass nach der schon von Bundeskanzlerin Angela Merkel geführten Großen Koalition von 2005 bis 2009 seit 2013 erneut eine solche Konstellation amtiert? Ist nach der anstehenden Bundestagswahl im Herbst 2017 eine Fortsetzung dieses Bündnisses zu erwarten? Welche Alternativen gäbe es?

Im folgenden Beitrag wird knapp erläutert, warum Parteien überhaupt Koalitionen eingehen und welche Faktoren die Regierungsbildung beeinflussen. Zunächst wird der Wandel des deutschen Parteiensystems skizziert, durch den sich die Rahmenbedingungen für Koalitionen in Deutschland verschieben. Da sich größere Veränderungen auf Bundesebene oft bereits auf Ebene der Bundesländer abzeichnen, wird ein Blick auf die Koalitionslandschaft in den Ländern geworfen, bevor abschließend ein spekulativer Ausblick auf die Bundestagswahl im Herbst 2017 gewagt werden soll.

Was sind Koalitionen und wie bilden sie sich?

Koalitionen sind Zweckbündnisse von Parteien auf Zeit.² Ihnen liegt ein unauflösbares Spannungsverhältnis von Kooperation und Wettbewerb zugrunde. Die Koalitionäre

arbeiten zwar im Regierungsalltag zusammen, auf Wähler-ebene konkurrieren sie aber weiter miteinander – umso ausgeprägter, je näher der nächste Wahltermin rückt.

Parlamentarische Systeme sind in der Regel so ausgelegt, dass die Regierung sich auf eine Mehrheit im Parlament stützt. Zwar kennen einige skandinavische Länder auch Minderheitsregierungen, die mit wechselnden Mehrheiten ohne feste Parteienbündnisse auskommen, in Deutschland sind aber Mehrheitskoalitionen die Regel.³ Daraus ergibt sich in der politischen Praxis ein Block aus Regierung und den sie tragenden Fraktionen im Parlament, dem die nicht in die Regierung einbezogenen Fraktionen als Opposition gegenüberstehen.

Für die Koalitionsbildung im Bund und in den Ländern ist eine rechnerische Mehrheit naturgemäß ein entscheidender Faktor.⁴ Über Mehrheiten lässt sich anhand von Umfragen im Vorfeld der Wahl zwar trefflich spekulieren, aber erst das Wahlergebnis bietet die letztgültige Ausgangslage für Sondierungen und Koalitionsverhandlungen. Die Koalitionsforschung differenziert dabei verschiedene Typen möglicher Mehrheiten.⁵ Der Annahme folgend,

1 Deutscher Bundestag, Minderheitenrechte im Parlament neu geregelt, https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2014/50128110_kw14_de_minderheitenrechte/216634 [Stand: 18.05.2017].

2 Vgl. Niko Switek: Koalitionsregierungen. Kooperationen unter Konkurrenz, in: Karl-Rudolf Korte/Timo Grunden (Hg.): Handbuch Regierungsforschung, Wiesbaden 2013, S. 277–286.

3 Vgl. Sabine Kropp: The Ubiquity and Strategic Complexity of Grand Coalition in the German Federal System, in: German Politics 19 (2010), S. 286–311.

4 Vgl. Switek (wie Anm. 3).

5 Vgl. Suzanne S. Schüttemeyer: Koalition/Koalitionstheorie, in: Dieter Nohlen/Rainer-Olaf Schultze (Hg.): Lexikon der Politikwissenschaft: Theorien, Methoden, Begriffe, München 2010, S. 466f.

dass die Verhandlungsmasse potentieller Koalitionäre die zu vergebenden Ministerposten sind, vermeidet man übergroße Koalitionen und sucht stattdessen die geringstmögliche Zahl von Partnern. Damit steigt die Zahl der Ämter, die jede der beteiligten Parteien besetzen kann.

Unabhängig von der Zahl der Sitze ist der zweite zentrale Faktor die programmatische Nähe oder Distanz der im Parlament vertretenen Parteien. Eine Koalition muss sich in den Verhandlungen auf ein einigermaßen stabiles und stimmiges Regierungsprogramm verständigen, das die Grundlage für ihr zukünftiges Regierungshandeln bildet (und das in Form einer Koalitionsvereinbarung schriftlich fixiert wird). Unbesehen jeder Sitzverteilung ist beispielsweise in Deutschland aktuell ein Bündnis von Union und FDP auf der einen mit der Linkspartei auf der anderen Seite wegen der weit reichenden programmatischen Differenzen nicht denkbar. Zugleich zeigt das Beispiel der deutschen Grünen, dass Parteien durchaus wandlungsfähig sind. Trat die grüne Partei anfangs als radikale Fundamentalopposition auf, mäßigte sie sich mit der Zeit. Heute geht sie in vielen Bundesländern nicht mehr nur Koalitionen mit der SPD ein, sondern weist eine hohe und lagerübergreifende Kooperationsbereitschaft und Koalitionsflexibilität auf.

Fragt man nach den programmatischen Positionen der Parteien in Deutschland, so gilt, dass sich das Parteiensystem in aktuellen politikwissenschaftlichen Analysen vor allem durch zwei zentrale Konfliktlinien charakterisieren und verdichten lässt: Das ist erstens in der sozioökonomischen Dimension der Gegensatz von Staat und Markt, also die Betonung von marktwirtschaftlichen Freiheiten gegenüber Forderungen von staatlicher Steuerung, sowie zweitens auf einer kulturellen oder gesellschaftspolitischen Achse der Gegensatz autoritärer (z.B. Kollektiv, Hierarchie, Traditionalismus) und libertärer Wertorientierungen (z.B. Individualismus, besonderer Fokus auf gesellschaftliche Minderheiten). Platziert man die Parteien auf Grundlage einer systematisch-vergleichenden Auswertung ihrer Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2013 in diesem Raum, so zeigt sich erkennbar ein linkes Lager, welches in Richtung des libertären Pols wie

hin zu stärkerer staatliche Steuerung tendiert, sowie ein rechtes, konservatives Lager aus Union und FDP, das insgesamt sehr mittig im Koordinatensystem platziert ist. Nur anhand dieser Positionen würde man erwarten, dass sich SPD, Linke und Bündnis 90/Die Grünen durchaus programmatisch auf ein Bündnis verständigen könnten. Auch die neu gegründete und bei Landtagswahlen kurzzeitig überaus erfolgreiche Piratenpartei, die allerdings 2017 mit dem Verlust ihrer letzten Landtagsfraktionen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen wieder zu einer Kleinstpartei schrumpfte, ließ sich zumindest ihrem Bundestagswahlprogramm nach eindeutig in diesem Lager verorten.⁶ Die 2013 erstmals antretende Alternative für Deutschland (AfD) hingegen befand sich der MARPOR-Programmanalyse nach – aus heutiger Sicht – zunächst überraschend nah an der Mitte des Parteiensystems. Allerdings war damals noch Parteigründer Bernd Lucke Vorsitzender, der vor allem auf Euro- und EU-Kritik setzte und der 2015 die AfD verließ; die Partei hat seitdem deutlich andere Schwerpunkte gesetzt und sich erkennbar in Richtung des autoritären Pols bewegt.⁷

Beispielrechnung: Minimale Gewinnkoalition

Partei A	Partei B	Partei C	Partei D
40 Sitze	30 Sitze	20 Sitze	5 Sitze

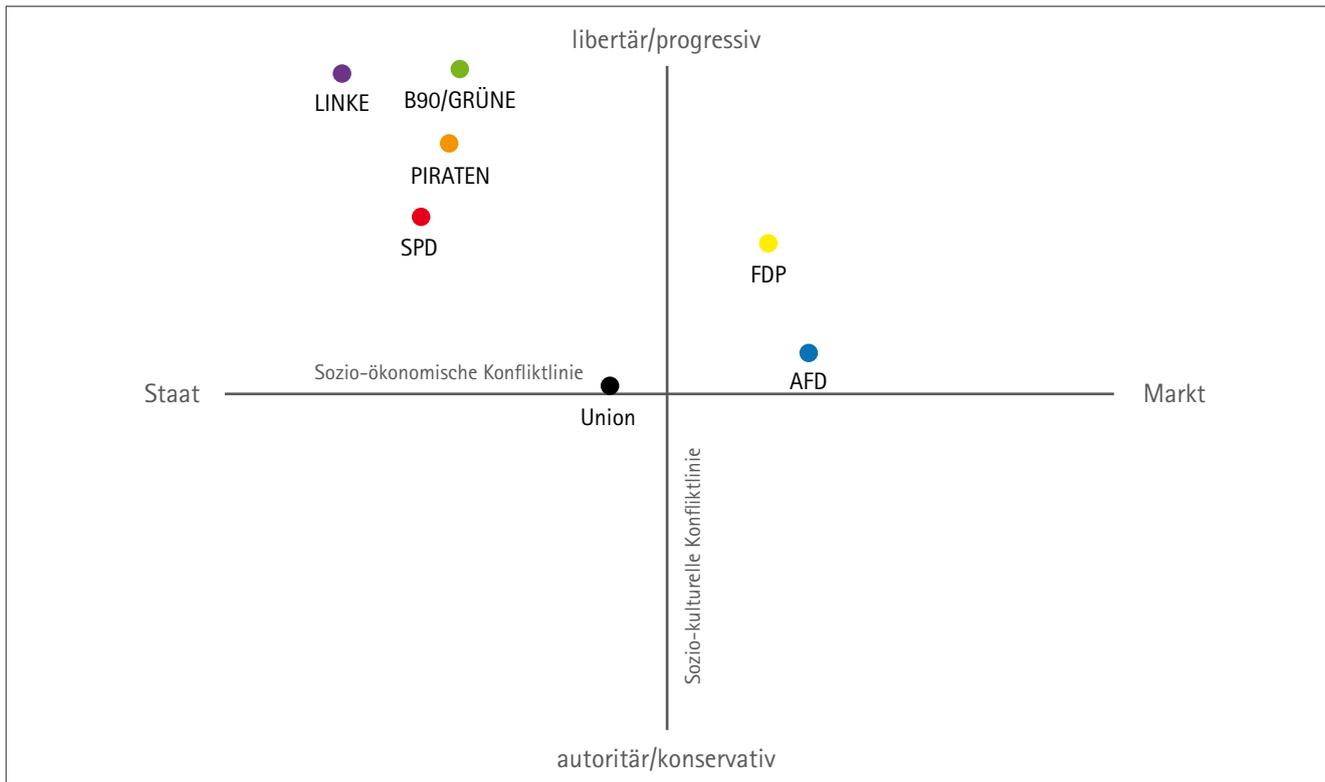
Bei dieser fiktiven Sitzverteilung hat das Parlament 95 Sitze. Für eine absolute Mehrheit sind 48 Sitze nötig. Aus der rein arithmetischen Perspektive der Koalitionstheorie würde sich in dieser Situation ein Bündnis aus Partei B und Partei C formieren. Zusammen kommen die Parteien mit 50 Sitzen auf eine knappe Mehrheit. Sowohl Partei B wie Partei C kann in dieser Konstellation mehr Ministerämter beanspruchen, als wenn eine von ihnen mit Partei A als stärkster Partei eine Regierung bilden würde. Partei D spielt bei der Koalitionsbildung keine Rolle, da eine Einbeziehung keinen Unterschied für das Erzielen einer Sitzmehrheit macht.

.....

6 Vgl. Christoph Bieber/Claus Leggewie (Hg.): *Unter Piraten. Erkundungen in einer neuen politischen Arena*, Bielefeld 2012.

7 Vgl. Simon Franzmann: *Von der Euro-Opposition zur Kosmopolitismus-Opposition. Der Fall der deutschen AfD*. In: Lisa Anders/Henrik Scheller/Thomas Tuntschew (Hg.): *Parteien und die Politisierung der Europäischen Union*, Wiesbaden 2017.

Positionen der deutschen Parteien zur Bundestagswahl 2013 nach dem Manifesto-Project



Quelle: Eigene Darstellung mit Daten von Andrea Volkens, Pola Lehmann, Theres Matthieß, Nicolas Merz, Sven Regel: *The Manifesto Data Collection. Manifesto Project (MRG/CMP/MARPOR). Version 2016b*. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

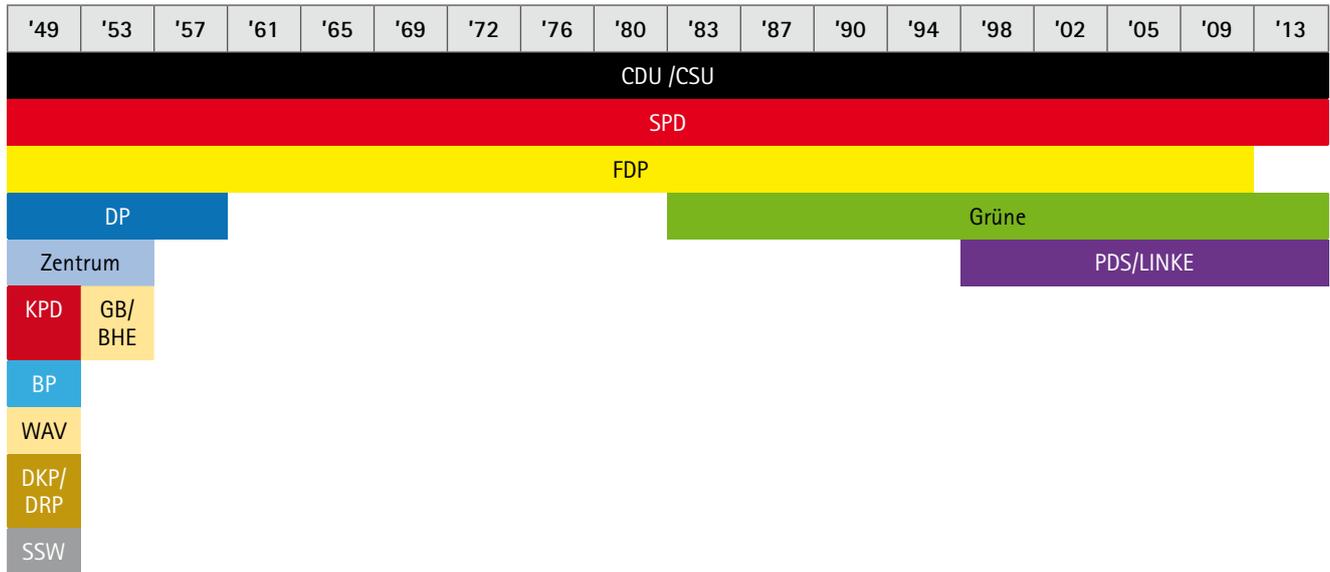
Das Manifesto-Project kodiert Wahlprogramme nach einem einheitlichen Kodierschema. Inhaltlichen Aussagen in den Programmen werden dabei Kodierungen aus verschiedenen Dimensionen zugewiesen. Auf dieser abstrakten Ebene werden Wahlprogramme unterschiedlicher Parteien (auch über Ländergrenzen hinweg) vergleichbar. Für die Berechnung von Parteipositionen existieren unterschiedliche Methoden. Die oben gewählte Darstellung stützt sich dabei auf das vom Manifesto-Project selbst vorgeschlagene Verfahren zur Positionsbestimmung auf einer ökonomischen und einer gesellschaftspolitischen Achse. Im ökonomischen Konflikt stehen dabei beispielsweise Forderungen nach einer freien Marktwirtschaft und dem Setzen von angebotsorientierten Anreizen auf der einen, Forderungen nach stärker Marktregulierung, langfristiger staatlicher Wirtschaftsplanung und Protektionismus auf der anderen Seite entgegen. In der gesellschaftspolitischen Dimension markiert der konservative Pol unter anderem Themen wie Nationalismus und Patriotismus oder die Betonung traditioneller und religiöser Werte. Den gegenüberliegenden Pol markieren Forderungen nach Trennung von Kirche und Staat oder die positive Hervorhebung

moderner Familienkonstellationen sowie kultureller Vielfalt und Pluralität.

Verschiebungen im Parteiensystem

Nach einer anfänglichen Phase hoher Fragmentierung konzentrierte sich das neue Parteiensystem der jungen Bundesrepublik Deutschland auf die beiden Unionsparteien CDU und CSU, die SPD sowie die FDP. Dabei waren es vor allem die Freien Demokraten, die als „Königsmacher“ mit ihrem Votum über die Möglichkeiten von schwarz-gelben oder rot-gelben Koalitionen entschieden. Erst das Aufkommen der Grünen Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre beendete die Phase eines stabilen Drei- (oder Zweieinhalb-) Parteiensystems. Es bildeten sich nun zwei miteinander konkurrierende Lager heraus. Neben den damals noch gängigen absoluten Mehrheiten kamen meist Bündnisse aus CDU und FDP oder SPD und Grünen zustande – Abweichungen wie die sozialliberale Koalition in Rheinland-Pfalz (SPD und FDP) oder die Experimente mit sog. „Ampel“-Koalitionen (SPD, FDP, Grüne) in Bremen und Brandenburg blieben die Ausnahme. Die eingespielten Routinen wurden wiederum

Im Bundestag vertretene Parteien 1949–2013



Anmerkung: CDU – Christlich-Demokratische Union Deutschlands; CSU – Christlich-Soziale Union in Bayern; SPD – Sozialdemokratische Partei Deutschlands; FDP – Freie demokratische Partei; DP – Deutsche Partei; KPD – Kommunistische Partei Deutschlands; BP – Bayernpartei; WAV – Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung; DKP/DRP – Deutsche Konservative Partei/Deutsche Rechtspartei; SSW – Südschleswigscher Wählerverband; GB/BHE – Gesamtdeutscher Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten; PDS/Linke – Partei des Demokratischen Sozialismus/Linkspartei

Quelle: Eigene Darstellung

durch die Etablierung der PDS/Linkspartei unter Druck gesetzt. Diese positionierte sich anfangs als Radikalopposition, zugleich schlossen die anderen Parteien eine Zusammenarbeit mit ihr an der Regierung aus. Nur langsam öffnete sich die SPD für Bündnisse mit der Linken, was aber vor allem für die neuen Länder gilt, wo sich der Reformflügel in der PDS/Linkspartei häufig durchsetzte und entsprechend ein gemäßigt-pragmatischer Kurs eingeschlagen wurde. Dennoch nahm in der Konsequenz die Wahrscheinlichkeit von Mehrheiten für Zweier-Konstellationen ab. Das Aufkommen der Piratenpartei und seit 2013 der Alternative für Deutschland hat diese Entwicklung weiter angetrieben. Einerseits führte das zu einer zunehmenden Zahl Großer Koalitionen, andererseits waren die Parteien gezwungen, sich Gedanken über mögliche Dreierkoalitionen zu machen.⁸ Da das deutsche politische System föderal aufgebaut ist und die Länder über ähnliche institutionelle Strukturen wie die Bundesebene verfügen, äußerte sich das zunächst vorrangig auf Länderebene.⁹

Länder als Koalitionslabore

Wähler messen Landtagswahlen häufig eine geringere Bedeutung zu als Bundestagswahlen – was sich an in der Regel niedrigeren Wahlbeteiligungen ablesen lässt. Sie sind hier eher bereit, ihre Stimme einer anderen oder neuen Partei zu geben.¹⁰ Veränderungen im Parteiensystem deuten sich somit auf dieser Ebene zuerst an.¹¹ Zugleich sind die Politikfelder, für welche die Länder ausschließliche Kompetenzen haben, tendenziell weniger konfliktreich als im Bund, was die Hürden für eine Zusammenarbeit senkt und den Spielraum für Experimente vergrößert (so hat beispielsweise die Außenpolitik so gut wie keine Relevanz in der Landespolitik).

Zwar haben wir im Bund bislang nur Regierungen aus CDU und FDP auf der einen und SPD und Grünen auf der anderen Seite sowie Große Koalitionen aus Union und Sozialdemokraten gesehen, allerdings deuten sich durch die zwei Großen Koalitionen in kurzer Folge unterschwellig Verschiebungen an.

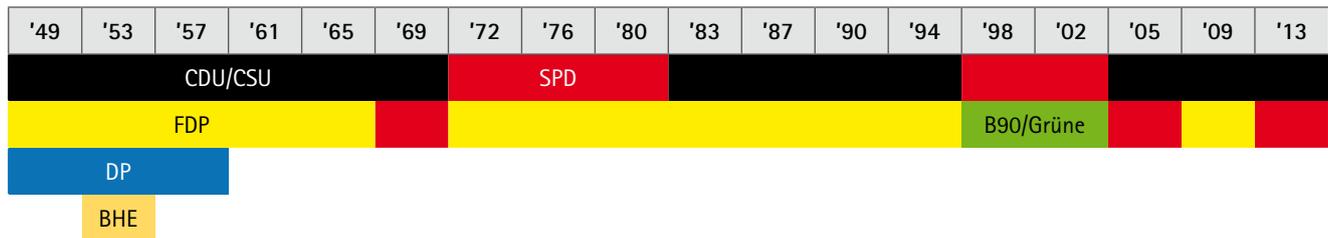
8 Vgl. Niko Switek: Unpopulär aber ohne Alternative? Dreierbündnisse als Antwort auf das neue Fünfparteiensystem, in: Karl-Rudolf Korte (Hg.): Bundestagswahl 2009: Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung, Wiesbaden 2010, S. 320–344.

9 Vgl. Frank Decker: Regieren im „Parteienbundesstaat“. Zur Architektur der deutschen Politik, Wiesbaden 2011.

10 Vgl. Karl-Rudolf Korte: Wahlen in Deutschland, Bonn [®]2013.

11 Vgl. Thomas Bräuninger/Marc Debus: Parteienwettbewerb in den deutschen Bundesländern, Wiesbaden 2012.

Zusammensetzung der Bundesregierungen nach Bundestagswahlen 1949–2013



Anmerkung: CDU – Christlich-Demokratische Union Deutschlands; CSU – Christlich-Soziale Union in Bayern; SPD – Sozialdemokratische Partei Deutschlands; FDP – Freie demokratische Partei; DP – Deutsche Partei; BHE – Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten; B90/Grüne – Bündnis 90/Die Grünen

Quelle: Eigene Darstellung.

Auf Ebene der Länder zeichnet sich bereits länger ein umfassender Wandel ab: Schon 2006 sondierten etwa in Baden-Württemberg nach den Landtagswahlen CDU und Grüne vor den Augen einer überraschten Öffentlichkeit eine Zusammenarbeit – wenn auch letztlich erfolglos.¹² Zur ersten Realisierung einer schwarz-grünen Koalition kam es 2008 im Stadtstaat Hamburg unter dem Regierenden Bürgermeister Ole von Beust (CDU). Ein Jahr später bildete sich im Saarland unter Führung des Ministerpräsidenten Peter Müller ein Bündnis aus CDU, FDP und Grünen (die sog. „Jamaika“-Koalition). Beide neuen Koalitionsvarianten überstanden allerdings nicht die ganze Legislaturperiode und gingen im Streit auseinander. In Hamburg knirschte es in der Zusammenarbeit, nachdem ein Volksbegehren die schwarz-grüne Schulreform gekippt hatte.¹³ Der Rücktritt des Bürgermeisters von Beust, Architekt und Gesicht des Experiments, unterminierte den vorher vertrauensvollen Umgang der Koalitionäre. Nach weiteren Personalwechseln innerhalb der CDU und erkennbaren Abstimmungs- und Kommunikationsschwierigkeiten kündigten die Grünen das Bündnis im November 2010 auf – wobei sicher die zu der Zeit sehr guten Umfragewerte ihren Teil beitrugen. Im Saarland regierte die Koalition aus CDU, FDP und Grünen geräuschlos, große inhaltliche Konflikte gab es keine.¹⁴ Das lag unter anderem darin begründet, dass der grüne Partei- und Fraktionsvorsitzende Hubert Ulrich als Befürworter der neuen Koalitionsvariante seinen Landesverband klar dominierte. Auch hier gab es einen Wechsel im Minis-

terpräsidentenamt von Peter Müller (CDU) zu Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU), ursächlich für das Ende der Koalition waren aber ein heftiger Streit und Skandale innerhalb der mitregierenden FDP. Die neue Ministerpräsidentin beendete daher im Januar 2012 das Experiment und holte sich stattdessen die SPD in die Regierung.

Schwerer tat sich auf der anderen Seite das linke Lager mit einer Zusammenarbeit: Die SPD-Spitzenkandidatin Andrea Ypsilanti scheiterte 2008 in Hessen mit dem ersten Versuch einer rot-grünen, von der Linkspartei tolerierten Landesregierung spektakulär an Widerstand aus der eigenen Fraktion.¹⁵ Im Wahlkampf hatte sie eine Zusammenarbeit mit den Linken kategorisch ausgeschlossen und erkennbar die Strategie verfolgt, die Partei aus dem Landtag zu halten. Gerade in den alten Bundesländern gaben sich die Landesverbände der Linkspartei häufig radikal und wenig kompromissbereit. Ihre Hauptkritik galt den Agenda-2010-Reformen der rot-grünen Bundesregierung unter Gerhard Schröder (SPD), was häufig mit einer Verklärung der DDR-Geschichte einherging. Ihr Wählerpotential fällt im Westen deutlich geringer aus, oft scheiterten sie auch an der Fünf-Prozent-Hürde. Nachdem SPD und Grüne in Hessen eine Mehrheit zur Ablösung der Landesregierung unter Roland Koch (CDU) verfehlten, änderte Ypsilanti nach einigem Zögern ihren Kurs. Der abrupte Kurswechsel sorgte für viel Unmut in der Öffentlichkeit und in der eigenen Fraktion, aus der ihr letztlich vier Abgeordnete die Unterstützung untersagten. Hannelore Kraft (SPD) hatte in ihrem Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen 2010 ihre Lehren aus dem Fall gezogen und äußerte sich weniger strikt ablehnend. Das erlaubte ihr – diesmal ohne einen öffentlichen Aufschrei – die Bildung einer rot-grünen Minderheitsregierung mit Tolerierung der Linkspartei voranzutreiben.

12 Vgl. Niko Switek: Bündnis 90/Die Grünen. Koalitionsentscheidungen in den Ländern, Baden-Baden 2015.

13 Vgl. Katharina Fegebank: Schwarz-Grün in Hamburg. Ein Wagnis, das vorzeitig beendet wurde, in: Volker Kronenberg/Christoph Weckenbrock (Hg.): Schwarz-Grün. Die Debatte, Wiesbaden 2011, S. 242–255.

14 Vgl. Adolf Kimmel: Jamaika im Saarland. „Ein neues Kapitel in der Parteigeschichte der Bundesrepublik“, in: Volker Kronenberg/Christoph Weckenbrock (Hg.): Schwarz-Grün. Die Debatte, Wiesbaden 2011, S. 288–306.

15 Vgl. Volker Zastrow: Die Vier: eine Intrige, Berlin 2009.

Letztlich besiegelte ein SPD-Bundesparteitagebeschluss diese Phase, der den Landesverbänden grundsätzlich die Entscheidungen überließ, ob sie mit der Linken regieren wollen oder nicht. Das Verhältnis von SPD und Linkspartei auf Länderebene normalisierte sich in der Folge, in der Bundespolitik finden sich aber weiterhin nur schwer überbrückbare Differenzen (vor allem in der Sozial- und Außenpolitik). Das Verhältnis von Grünen und Linkspartei war von Anfang an weniger belastet, gerade der linke Parteiflügel der Grünen zeigte früh Sympathie für eine Zusammenarbeit. In Thüringen brachte das Bodo Ramelow (Linkspartei) in das Amt des Ministerpräsidenten, in Berlin wird seit der Wahl 2016 ein rot-rot-grünes Dreierbündnis von Michael Müller von der SPD geführt. Die Regierungsarbeit wirkte sich mäßigend auf die entsprechenden Landesverbände der Linkspartei aus. Im hoch verschuldeten Berlin trug die Partei beispielsweise den Kurs der strikten Haushaltskonsolidierung mit. Auch die Regierung in Thüringen positionierte sich bislang wenig radikal und zeigte sich etwa im Bundesrat zu Kompromissen bereit (z.B. bei der PKW-Maut). Ein Blockadekurs ist bislang nicht erkennbar.

Anders als auf Bundesebene ist Deutschland aktuell in den Ländern eine bunte Koalitionsrepublik. Berücksichtigt man die Reihung der Partner, existieren im Juli 2017 elf verschiedene Koalitionsformate.

Die neuen Koalitionskonstellationen und -formate in den Ländern bleiben nicht ohne Auswirkung auf die jeweiligen Parteien als Ganzes, beziehungsweise auf das Verhältnis zwischen den Parteien in der Bundespolitik. Über die Kooperationen in den Ländern bauen die beteiligten Akteure zueinander Vertrauen auf (zumindest bei Koalitionen ohne ständige Konflikte). Wechseln Personen zwischen den föderalen Ebenen, so nehmen sie diese Erfahrungen mit. Zugleich analysieren die Spitzen der Bundesparteien aber auch die Situation in den Ländern,

Koalitionslandkarte der deutschen Länder



Anmerkung: Die Farbe der Fläche steht für die größte Partei in der Landesregierung, die auch den Ministerpräsidenten stellt. Die diagonalen Linien verweisen auf den oder die Juniorpartner in der Koalition. Union: schwarz. SPD: rot. Grüne: grün. Linkspartei: violett. FDP: gelb.

Quelle: Eigene Darstellung

um über die Bedingungen der Zusammenarbeit zu lernen oder zugrundeliegende Leitbilder zu erkennen.¹⁶

Die Zusammensetzungen der Landesregierungen wirken sich allerdings noch direkter auf die Politik im Bund aus, sind doch die Länder über den Bundesrat an der Gesetzgebung beteiligt. Um ein Gesetzesvorhaben durchzubekommen, benötigen Bundesregierung und Parlamentsmehrheit bei Zustimmungsgesetzen eine Mehrheit im Bundesrat als Länderkammer.¹⁷

16 Vgl. für das Beispiel der Grünen: Switek (wie Anm. 3).

17 Vgl. Karl-Rudolf Korte: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland, in: Hans-Joachim Lauth/Christian Wagner (Hg.): Politikwissenschaft: Eine Einführung, Stuttgart 2016, S. 63–98.

Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat

Die Ausgestaltung der Länderbeteiligung auf Bundesebene entspricht in Deutschland dem Modell des sogenannten Exekutivföderalismus.¹⁸ Im Bundesrat sind nicht die Landesparlamente, sondern die Landesregierungen vertreten. Ob ein Land einem Vorhaben zustimmt, müssen die Koalitionäre jeweils untereinander ausmachen – ein Aufteilen der den Ländern nach ihrer Bevölkerungsgröße zustehenden drei bis sechs Stimmen ist nicht möglich. Entsprechend legen die Parteien in den Koalitionsvereinbarungen so gut wie immer fest, dass sich das Land im Bundesrat enthält, falls keine Einigung erzielt werden kann („Bundesratsklausel“). Jeder Koalitionspartner hat somit die Möglichkeit, eine Enthaltung zu erzwingen. Damit eine Initiative den Bundesrat erfolgreich passiert, werden aber stets 35 Stimmen benötigt (absolute Mehrheit), so dass sich Enthaltungen de facto wie Nein-Stimmen auswirken.

Es kann daher im Interesse der Bundesregierung sein, dass sich in den Ländern möglichst die gleichen Parteien zu Koalitionen zusammenfinden, die im Bund regieren, sodass im Bundesrat (potenziell) leichter Mehrheiten organisiert werden können. Ansonsten ist es den nicht an der Bundesregierung vertretenen Parteien möglich, diesen über etwaige Beteiligungen an Landesregierungen als Blockadeinstrument nutzen.¹⁹ So waren beispielsweise im Herbst 2016 die Grünen an so vielen Landesregierungen beteiligt, dass sie die von der Großen Koalition auf den Weg gebrachte Ausweitung der sicheren Drittstaatenregelung auf einige nordafrikanische Staaten im Bundesrat ablehnen konnten.

Allerdings haben die Bundesparteien formal keine Mitsprache bei den Koalitionsentscheidungen ihrer Landesverbände. Im Rahmen des Grundkonsenses der Gesamtpartei besitzen diese eine hohe Autonomie und lassen sich ungern in die zentrale Entscheidung der Regierungsbildung hineinreden. Zugleich weisen die Landesverbände der Parteien dezidiert eigene Profile auf.²⁰ Für die Union gilt etwa, dass die Landesparteien in den Stadtstaaten sich in gesellschaftspolitischen Fragen mehr hin zum libertären Pol platzieren. Bei den Grünen sind gerade die süddeutschen Verbände in Baden-Württemberg und Bayern in beiden Konfliktdimensionen deutlich zentraler positioniert als der Rest der Partei.

18 Vgl. Korte (wie Anm. 11).

19 Vgl. Sven Leunig/Hendrik Träger: Parteipolitik und Landesinteressen. Der deutsche Bundesrat 1949–2009, Münster u.a. 2012.

20 Vgl. Thomas Bräuninger/Marc Debus: Parteienwettbewerb in den deutschen Bundesländern, Wiesbaden 2012.

Nichtsdestotrotz existieren in den föderal aufgebauten Parteien informelle Kanäle, über die zu entsprechenden Fragen Kommunikation verläuft und die Bundespartei kann insgesamt eher bremsend oder fördernd agieren, was sich zumindest in Teilen auf die Wahrscheinlichkeit von Koalitionsexperimenten auswirkt.

Zusammensetzung und Stimmenverteilung im Bundesrat (nach Koalitionskonstellationen)

Land	Regierung	Stimmen
Bayern		6
Mecklenburg-Vorpommern		3
Saarland		3
Sachsen		4
Sachsen-Anhalt		4
Nordrhein-Westfalen		6
Bremen		3
Hamburg		3
Niedersachsen		6
Baden-Württemberg		6
Hessen		5
Schleswig-Holstein		4
Berlin		4
Brandenburg		4
Thüringen		4
Rheinland-Pfalz		4

Quelle: Eigene Zusammenstellung

Umgekehrt ergibt sich aus diesem Zusammenhang der mögliche Effekt, dass Parteien im Bund bei ihren koalitionsstrategischen Überlegungen die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat mit einbeziehen. Je mehr Stimmen eine bestimmte Konstellation dort aufweist, umso handlungsfähiger ist diese potentiell als Bundesregierung. Der Blick auf die aktuelle Zusammensetzung zeigt, dass die amtierende Große Koalition zurzeit nur auf 16 mehr oder weniger sichere Stimmen zählen kann. Eventuell kann hier noch die ungewöhnliche Konstellation einer um die Grünen erweiterten Großen Koalition in Sachsen-Anhalt mit ihren vier Stimmen hinzugerechnet werden. Doch auch dann bleibt man weit von den nötigen 35 Stimmen entfernt. Die Bundesregierung muss in dieser Situation (Stand: Juli 2017) bei zustimmungspflichtigen Gesetzen jetzt schon verstärkt um Unterstützung für ihre Gesetzesvorhaben werben.

Stimmen der Koalitionsvarianten im Bundesrat

Partei	Stimmen
CDU/CSU und SPD	16
SPD, FDP und Grüne	16
CDU/CSU, FDP und Grüne	27
SPD, Grüne und Linkspartei	24

Quelle: Eigene Berechnung

Darüber hinaus zeigt die Zusammensetzung, dass sich die FDP erkennbar noch nicht von dem Tiefschlag des verpassten Wiedereinzugs in den Bundestag 2013 erholt hat. Erstmals seit Gründung der Bundesrepublik verfügte die FDP nicht über eine Fraktion im Bundestag; die Folge war ein tiefgreifender und umfassender Wandel der Partei. Fast alle prominenten Akteure aus Zeit der schwarz-gelben Bundesregierung zogen sich zurück, Christian Lindner wurde der neue Hoffnungsträger der Partei. Er trieb eine programmatische Erneuerung voran und verpasste der Partei insgesamt ein neues Erscheinungsbild. Als erstes Zeichen, dass die existenzbedrohende Phase überstanden war, lässt sich der Eintritt in das Ampel-Bündnis in Rheinland-Pfalz sehen. Schließlich gingen im Mai 2017 die Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen überaus positiv für die FDP aus, in beiden Ländern ist man nun auch wieder an der Regierung beteiligt.

Betrachtet man die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat vor dem Hintergrund möglicher Dreierbündnisse, so fällt ein Bündnis aus SPD, FDP und Grünen ähnlich klein

aus wie die Große Koalition: Mit den drei rot-grünen Landesregierungen und der Ampel-Koalition in Rheinland-Pfalz kommt man auf 16 Stimmen. Deutlich besser steht es inzwischen um eine Jamaika-Koalition aus CDU, FDP und Grünen. Der Ausgang der Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen hat dieser Konstellation zehn Stimmen beschert, damit ist man nur noch acht Stimmen von einer Bundesratsmehrheit entfernt. Knapp dahinter liegt die Variante einer rot-rot-grünen Zusammenarbeit: Hier kommt man auf 24 Stimmen, elf Stimmen fehlen zu einer absoluten Mehrheit. Allerdings erzielt gerade ein solches Regierungsbündnis in Umfragen meist die niedrigsten Zustimmungswerte bei den Wählern.

Die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat entscheiden nicht alleine über die Koalitionsbildung, aber sie bilden ein oft übersehenes, wichtiges Puzzleteil.

Ausblick auf die Bundestagswahl im Herbst

Es ist zu erwarten, dass die steigende Fragmentierung der Parteiensysteme in den Ländern, die zu der bereits geschilderten bunten Koalitionsrepublik führte, im Herbst 2017 auch Auswirkungen auf die Bundesebene haben wird. Zwar ist ein Scheitern an der Fünf-Prozent-Hürde für die kleinen Parteien nie völlig auszuschließen, aber ein verpasster Wiedereinzug von Linkspartei und Grünen wäre eine große Überraschung. Auch für die Freien Demokraten ist nach den Erfolgen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen die Wahrscheinlichkeit für eine Rückkehr in den Bundestag gestiegen.

Interessant wird, ob der AfD der Einzug ins Parlament gelingt. Sie landete bei der Bundestagswahl 2013 mit 4,7 Prozent denkbar knapp unter der Sperrklausel. In Umfragen schwankte die AfD allerdings nach der Bundestagswahl 2013 häufig um die fünf Prozent, nach einem parteiinternen Machtkampf um die Ausrichtung der Partei und dem Austritt von Parteigründer Bernd Lucke im Juli 2015 sahen schon viele Beobachter das Ende gekommen.

Lucke war das Gesicht der Partei und stand für den wirtschaftsliberalen und euro-skeptischen Flügel. Mit ihm verließen viele ähnlich gesinnte Mitglieder die Partei; in der Folge sackte die AfD in Umfragen ab. Allerdings erholte sich die Partei wieder, was vor allem der medialen Dominanz der Flüchtlingspolitik in den Jahren 2015 und 2016 geschuldet war.²¹ Sie fand ihr neues Hauptthema in Forderungen nach einer strikten Begrenzung von Zuwanderung und verknüpfte

.....
 21 Vgl. Robin Alexander: Die Getriebenen. Merkel und die Flüchtlingspolitik. Report aus dem Inneren der Macht, München 2017.

das mit einer fundamentalen Kritik am Islam („Der Islam gehört nicht zu Deutschland“).²² Parallel dazu versuchte sie, sich weiter als Anti-Establishment-Partei zu profilieren, um Protestwähler anzuziehen.²³ Die für ihre Gründung impulsgebende Euro- und EU-Kritik spielt inzwischen nur noch eine untergeordnete Rolle. So oder so gelang ihr in fast allen zurückliegenden Landtagswahlen der Einzug in die Landesparlamente. Nach der Wahl in Nordrhein-Westfalen im Mai 2017 ist sie in 13 Landtagen vertreten (nur in einem weniger als die Grünen und in zwei mehr als die Linkspartei).

Der AfD-Bundesparteitag in Köln im April 2017 verdeutlichte aber zugleich, dass in der Partei unterschiedliche Auffassungen über programmatische Schwerpunkte und Strategien für die Bundestagswahl existieren, über welche teils erbitterte Kämpfe ausgetragen wurden. Bislang hat die innerparteiliche Zerstrittenheit der AfD scheinbar nicht geschadet, wobei sich jedoch in den Umfragen zur Bundestagswahl nach dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise ein langsam sinkender Trend zeigt.

In jedem Fall fährt die AfD einen radikalen Oppositionskurs und ist nicht zu Regierungsverantwortung bereit – allerdings will auch keine der etablierten Parteien mit ihr koalieren. Sollte sie in den Bundestag einziehen, nimmt sie mit ihrem Sitzanteil nicht am Koalitionsspiel teil. Die von ihr besetzten Sitze fehlen aber alternativen Optionen für eine Mehrheit, so dass sie auch mit ihrer Außenseiterposition die Mehrheitsarithmetik für die anderen Parteien beeinflusst.

Ein weiteres Kennzeichen des deutschen Parteiensystems, das für die Regierungsbildung besondere Relevanz hat, ist die Existenz der zwei Volksparteien Union und SPD sowie deren Relation zueinander. Zwar verlieren beide Parteien seit den 1970er Jahren kontinuierlich an Mitgliedern, dennoch dominieren sie weiterhin die Parteienlandschaft und bilden auch programmatisch milieuübergreifend ein breites gesellschaftliches Spektrum ab. Dabei ist die Bundesebene von einer Asymmetrie zugunsten der CDU gekennzeichnet, die meist vor der SPD liegt. Nur bei einigen wenigen Wahlen lagen die beiden Parteien gleich auf und nur einmal – 1998 – die Sozialdemokraten weit vor der Union. Das war auf die besonderen Bedin-

gungen dieser Wahl zurückzuführen, bei der Bundeskanzler Helmut Kohl eine fünfte Amtszeit anstrebte, was selbst in seiner eigenen Partei in Teilen kritisch gesehen wurde. Dem Herausforderer Gerhard Schröder (SPD) gelang es hingegen, die Wechselstimmung für sich zu nutzen.

Der Abstand der beiden führenden Parteien ist im Fall erstens relevant für die Frage der Kanzlerschaft, da die stärkere Partei nach ungeschriebenem Gesetz Anspruch auf den Posten des Regierungschefs hat. Zweitens leitet sich hiervon ab, inwieweit ein Zweierbündnis mit einer kleineren Partei auf eine Mehrheit kommt oder ob hierfür ggf. mehrere Juniorpartner notwendig sind.

Entsprechend groß war die Euphorie in den Reihen der Sozialdemokraten, als nach dem überraschenden Rückzug des Wirtschaftsministers und Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel der Präsident des Europaparlaments und ehemalige europaweite Spitzenkandidat Martin Schulz übernahm und die SPD in Umfragen zur Union aufschloss. Erstmals seit langem schien wieder eine Machtperspektive für einen SPD-Kanzler greifbar. Überdurchschnittlich viele Eintritte von Neumitgliedern wurden verzeichnet. Allerdings verpuffte dieser Effekt in den Umfragen rasch wieder (wozu sicher die sozialdemokratischen Wahlniederlagen im Saarland, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen ihren Teil beitrugen). So kommentierte die Süddeutsche Zeitung schon nach der Wahl in Schleswig-Holstein: „Aber schlimmer für die SPD ist die Erkenntnis, dass die Flügel, die ihr Martin Schulz im Januar verpasste, gestutzt sind. Seine Schubkraft hat Grenzen. Im Augenblick geht es für die SPD wieder dorthin, wo sie auf keinen Fall mehr hinwollte: in den 20-Prozent-Keller.“²⁴

Daher gilt wie zuvor, dass nach dem jetzigen Stand nur für die Union Zweierbündnisse denkbar sind, während sich die SPD hingegen mit hoher Wahrscheinlichkeit um zwei Koalitionspartner bemühen müssen. Allerdings haben die letzten Landtagswahlen verdeutlicht, dass sich Mehrheitsverhältnisse rasch ändern können. Viele Wähler entscheiden sich erst spät, zugleich sinkt der Anteil der Wähler mit Parteibindung.²⁵ Somit kann sich auch kurz vor der Wahl noch Bewegung ergeben.

22 Vgl. Frank Decker: Die Ankunft des neuen Rechtspopulismus im Parteiensystem der Bundesrepublik, in: Andreas Blätke/Christoph Bieber/Karl-Rudolf Korte/Niko Switek (Hg.): Regieren in der Einwanderungsgesellschaft. Impulse zur Integrationsdebatte aus Sicht der Regierungsforschung, Wiesbaden 2017, S. 55–61.

23 Vgl. Marcel Lewandowsky/Heiko Giebler/Aiko Wagner: Rechtspopulismus in Deutschland. Eine empirische Einordnung der Parteien zur Bundestagswahl 2013 unter besonderer Berücksichtigung der AfD, in: Politische Vierteljahresschrift 2 (2016), S. 247–275.

24 Stefan Braun: Schulz-Effekt? Perdu!, sz.de, <http://www.sueddeutsche.de/politik/landtagswahl-in-schleswig-holstein-schulz-effekt-perdu-1.3492707> [Stand: 07.05.2017].

25 Vgl. Rüdiger Schmitt-Beck/Julia Partheymüller: Why voters decide late: A simultaneous test of old and new hypotheses at the 2005 and 2009 German federal elections, in: German Politics, 21 (2012), H. 3, S. 299–316; Anne Schäfer/Rüdiger-Schmitt-Beck: Parteibindungen, in: Rüdiger Schmitt-Beck u.a. (Hg.): Zwischen Fragmentierung und Konzentration: Die Bundestagswahl 2013, Baden-Baden 2014.

Doch wie steht es um die inhaltliche Nähe und Distanz der Parteien? Bis auf die Union legten alle im Mai und Juni 2017 ihre Wahlprogramme vor und verabschiedeten diese auf Parteitage. Bei der CDU war Kanzleramtsminister Peter Altmaier federführend bei der Programmerstellung. CDU und CSU haben sich auf ein gemeinsames Programm verständigt, das Anfang Juli gemeinsam präsentiert wurde. Es betont die Kontinuität der Regierungsarbeit und stellt Steuererleichterungen in Aussicht. Auf den meisten Politikfeldern herrscht zwischen den Schwesterparteien Einigkeit; Divergenzen bestehen hingegen im Bereich der Flüchtlings- und Integrationspolitik (z.B. in der Frage einer Obergrenze für die Aufnahme von Flüchtlingen). Die CSU hat Mitte Juli den sog. „Bayernplan“ vorgelegt, ein eigenes Wahlprogramm für die Bundestagswahl.

Die SPD hat diesmal erkennbar versucht, Divergenzen zwischen Programm und ihrem Spitzenkandidaten Schulz zu vermeiden (2013 war man mit einem linken Programm und einem mittigen Kandidaten Steinbrück angetreten). Der Fokus liegt eindeutig bei Fragen sozialer Gerechtigkeit, so dass man sich in Richtung mehr staatlicher Intervention und Steuerung bewegt (z.B. Erhöhung des Spitzensteuersatzes). Symbolträchtig sind die Vorschläge zu Korrekturen an der von Gerhard Schröder verantworteten Agenda-2010-Politik (z.B. das ALG-Q), mit dem verloren gegangene Anhänger zurückgewonnen werden sollen. In der Zuwanderungsdebatte setzt man auf „geordnete Migrationspolitik“, wozu neben mehr Integrationsbemühungen auch eine konsequentere Rückführung zählt.

Während sich in der sozioökonomischen Dimension viele Ähnlichkeiten mit dem Programm der Grünen finden, fokussieren sich diese jedoch in ihrem Wahlprogramm 2017 vor allem ihren Markenkern im Bereich Ökologie und Umweltschutz. Der Tatsache, dass die anderen Parteien inzwischen diese Themen aufgegriffen haben, versucht man zu begegnen, in dem man einerseits darauf pocht das Original zu sein, und andererseits ambitioniertere Ziele formuliert (z.B. sofortige Abschaltung schmutzigster Kohlekraftwerke, Ausstieg aus Verbrennungsmotoren). Zugleich betont man offensiv den Einsatz für Vielfalt, Multikulturalismus und eine offene Gesellschaft – gewissermaßen als Gegenpol zur AfD.

Ähnlich stellt sich die Linkspartei in ihrem Programm auf, wobei sie in sozialstaatlichen Fragen deutlich weitergeht als SPD und Grüne. So fordert sie beispielsweise Steuererhöhungen, einen Mindestlohn von zwölf Euro, eine Mindestrente von 1.050 Euro sowie die Abschaffung von Hartz IV. Verhandlungen wären hier schwierig, aber noch größere Gräben existieren in der Außen- und Sicherheits-

politik. Anders als Rot-Grün stellt sich die Linke in Teilen durchaus EU-skeptisch auf, sie lehnt die NATO ab und positioniert sich weniger kritisch gegenüber Russland als ihre Mitbewerber.

Trotz der programmatischen Reformen scheint sich die Position der FDP im Parteiensystem nicht grundsätzlich gewandelt zu haben. Nähe und Distanz zu den anderen Parteien hängen bei den Liberalen von der betrachteten Konfliktdimension ab. In der sozioökonomischen Dimension liegt man näher an den Unionsparteien: Die FDP will keine Steuererhöhungen und spricht sich für Haushaltsdisziplin aus. Eine Reform des Gesundheitssystems wird abgelehnt. In der soziokulturellen Dimension hingegen befindet man sich näher an SPD und Grünen: Die FDP fordert ein modernes Einwanderungsgesetz und setzt sich für die Öffnung der Ehe ein.

Der kursorische Überblick verdeutlicht, dass eine Regierungsbeteiligung der Linken weiter schwierig bleibt. Bei FDP und Grünen sind hingegen einige Verbindungslinien erkennbar (vor allem in gesellschaftspolitischen Fragen), die ja auch zumindest auf Länderebene eine Ampel in Rheinland-Pfalz und eine Jamaika-Koalition in Schleswig-Holstein ermöglicht haben. Interessant wird dabei, wie vor dem Hintergrund der Bundespolitik eher eine Nähe zu CDU/CSU oder zur SPD hergestellt werden kann.

Nicht zu unterschätzen ist ein AfD-Effekt: Durch das Aufkommen einer neuen Außenseiterposition rücken die etablierten Parteien näher zusammen. Ein treffendes Beispiel ist Sachsen-Anhalt, wo die Grünen ohne großes Lamentieren erstmals überhaupt als Juniorpartner in eine Große Koalition eingetreten sind. Die wahrgenommenen Distanzen schrumpfen.

Eine besondere Rolle kommt den Koalitionssignalen zu, die häufig Bestandteil der Programme sind.²⁶ Einerseits zeigen sie nach außen dem Wähler, welche Regierungsbündnisse eine Partei eingehen will, andererseits wirken sie nach innen mobilisierend auf die Parteimitglieder. Häufig werden diese in der heißen Phase des Wahlkampfes oder unter dem Eindruck von Umfragen verändert und erweitert – durch Parteitage, Vorstandsbeschlüsse oder Festlegungen der Spitzenkandidaten. Die Parteien sehen sich dabei mit einem Dilemma konfrontiert: Die Verhandlungsposition nach der Wahl fällt am stärksten aus, wenn alle Optionen offen gehalten werden. Zugleich zieht eine solche Haltung Vorwürfe der Beliebigkeit nach sich. Die Parteien finden sich in ihren

.....

26 Volker Best: Koalitionssignale bei Landtagswahlen, Baden-Baden 2015.

Koalitionsstrategien eingezwängt zwischen dem Wunsch der Wähler nach einer Machtperspektive wie gleichzeitig der Abgrenzung von Wettbewerbern, den Strategien der Landesverbände und der Notwendigkeit, sich Handlungsspielraum zu bewahren. Es wird interessant sein, wie die Parteien – vor allem mit zunehmender Intensität des Wahlkampfes – damit umgehen und es lohnt sich, bei den Formulierungen genau hinzuschauen. Bislang zeichnet sich ab, dass die Parteien einen Kurs des Offenhaltens möglichst vieler Optionen verfolgen – das erhöht eindeutig den Spielraum der Parteispitzen für Sondierungen nach der Wahl.

Schließlich könnte die Bedeutung der Sondierungsphase nach der Wahl zunehmen. Bisher waren die Verhältnisse in der Bundesrepublik – was die Dauer der Regierungsbildung angeht – relativ überschaubar. In anderen Ländern (z.B. in Belgien oder in den Niederlanden) zieht sich dieser Prozess deutlich länger hin, teilweise werden die Gespräche abgebrochen und es wird wieder von vorne begonnen. Zur Verlängerung der Koalitionsverhandlungen wird auch beitragen, dass die Spitzen der deutschen Parteien in offenen Situationen verstärkt die Parteibasis – über Parteitage oder Mitgliederentscheide – einbeziehen werden, um sich für neue Formate des Rückhalts in der Partei zu versichern. Die SPD war nach der Wahl 2013 die

erste Partei auf Bundesebene, die sich den Eintritt in die Große Koalition von der Basis in einer Urwahl bestätigen ließ.

Fasst man die Ausführungen zum Wandel der deutschen Koalitionslandschaft zusammen, so wäre das erste „echte“ Dreierbündnis auf Bundesebene sicherlich weniger eine dramatische Neuerung als eine Reaktion auf die Ausdifferenzierung des Parteiensystems sowie im Blick auf unsere europäischen Nachbarn auch nicht ungewöhnlich.²⁷ Allerdings besteht durch die Beweglichkeit genauso gut die Möglichkeit auf die zumindest zeitweise Rückkehr zu den übersichtlichen alten Verhältnissen, etwa wenn Union und FDP – wie in Nordrhein-Westfalen – knapp auf eine Mehrheit kommen. Letztlich bleibt als Notlösung weiterhin die Große Koalition eine Option, deren Fortsetzung aber vor allem für die SPD als Juniorpartner wenig Attraktivität besitzt und im Falle eines Stimmenverlusts nur mit großem Widerwillen akzeptiert würde. Es wäre wohl nur der Verweis auf die staatspolitische Verantwortung, der hier final überzeugend wirken könnte.

Je nach Ausgang der Wahl könnte es diesmal etwas länger dauern, bis eine Regierung ins Amt gelangt. In jedem Fall können wir mehr noch als sonst mit Spannung auf den Wahlkampf sowie den Sondierungen und Verhandlungen nach der Wahl schauen. ■

.....
27 Vgl. Wolfgang Müller/Kaare Strøm: Koalitionsregierungen in Westeuropa: Bildung, Arbeitsweise und Beendigung, Wien 1997.

Neue Publikationen und Projekte der Landeszentrale



Hanna Schott/Volker Konrad:
**Angekommen! Vier Kinder
erzählen von ihrem ersten Jahr in
Deutschland, Schwarzenfeld 2016**

Wo kommen all die Neuen her?
Und warum gehen sie in unsere
Schule? In diesem Buch erzählen
vier Kinder von ihrem neuen Leben:
Wenn man Deutschland durch die
Augen dieser vier Kinder anschaut,

sieht alles anders aus und viele ganz normale Sachen sind plötzlich erstaunlich und sehr lustig! Das Buch bietet mit seinem kindgerechten und zugleich sensiblen Umgang mit kulturellen Unterschieden von Kindern einen gelungenen Einblick in das Thema Integration.



Herfried Münkler:
**Kriegssplitter. Die Evolution der
Gewalt im 20. und 21. Jahrhun-
dert, Berlin 2015**

Die Angst vor einem großen Krieg
ist nach Europa zurückgekehrt.
Die Kriege in der Ukraine wie im
Mittleren und Nahen Osten lassen
zweifeln, ob das 20. Jahrhundert
tatsächlich als ein „kurzes Jahrhun-

dert“ 1989/90 zu Ende gegangen ist – oder nicht vielmehr auf unheilvolle Weise andauert. Herfried Münkler zeichnet die kulturelle wie politische Evolution der Gewalt von den Weltkriegen des 20. Jahrhunderts bis in die Gegenwart nach – und plädiert für eine echte geopolitische Strategie, um den Herausforderungen unserer Zeit zu begegnen.



Refuge in Music:
Theresienstadt (DVD)

*„Ich bin der Musik dankbar, weil
sie mir das Leben gerettet hat.“ sagt
Coco Schuhman, ein Jazz-Gitarrist
der täglich im „Caféhaus“ im KZ
Theresienstadt spielen musste, rück-
blickend.*

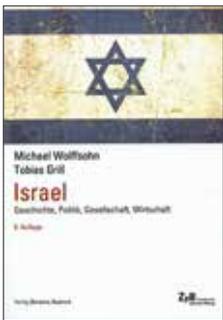
Die DVD enthält ein 2012 in
München aufgenommenes Kon-
zert mit Musik aus der Feder ehemaliger Häftlinge des
Konzentrationslagers (u.a. Pavel Haas, Erwin Schulhoff,
Viktor Ullmann) sowie einen Dokumentarfilm. Für die-
sen begeben sich Alice Herz-Sommer und Coco Schuh-
mann auf eine emotionale Erinnerungsreise und berichten
hautnah von ihren schmerzvollen Erfahrungen in Theresienstadt. Es ist ein Film von Zeitzeugen, die mit ihrer Botschaft dem Vergessen entgegenwirken wollen.



**Fabian Virchow/Martin Lange-
bach/Alexander Häusler (Hg.):**
Handbuch Rechtsextremismus,
Wiesbaden 2016

Die Autoren liefern mit ihrem
Handbuch einen Forschungsüber-
blick über Problemstellungen und
Themen des Rechtsextremismus.
Es gelingt ihnen, einen lexikalischen
Überblick zum Rechtsextremismus

vorzulegen. So werden zentrale Aspekte des Themas
verständlich und informativ im Rückgriff auf den neu-
esten Forschungsstand analysiert. Im zweiten Teil der
Publikation geht es um praktische Fragen im Umgang
mit rechtsextremistischen Gruppen, Parteien und Ein-
stellungen. Das Handbuch bietet eine gute Gesamtschau
der Thematik an und eignet sich für Einsteiger sowie für
Kenner.

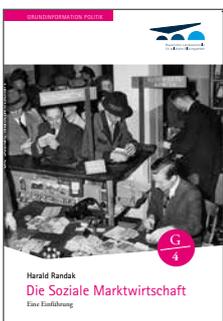


Michael Wolffsohn/Tobias Grill: Israel. Geschichte, Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Opladen/Berlin/Toronto 82016

Dieses Überblickswerk zur Geschichte, Politik, Gesellschaft und Wirtschaft Israels versammelt komprimiert die wichtigsten Informationen über das Land. Der Band ist ideal geeignet als Einführung,

Nachschlagewerk und Lehrbuch.

Die Autoren Wolffsohn und Bokovoy präsentieren nicht nur Fakten, sondern analysieren die politisch-gesellschaftlichen Prozesse in Israel. Das Buch bietet eine klar strukturierte Informationsquelle mit schnell abrufbaren Basisinformationen über das politische, ökonomische und gesellschaftliche System Israels. Für die 8. Auflage wurde das Buch umfassend aktualisiert und um alle neueren Entwicklungen erweitert.



Harald Randak: Die Soziale Marktwirtschaft. Eine Einführung, München 92016

Die Soziale Marktwirtschaft gilt als Erfolgsmodell – sie schafft den Spagat zwischen Konjunktur- und Strukturpolitik einerseits und Umverteilungs- bzw. Sozialpolitik andererseits.

Dieser kleine Band aus der Reihe Grundinformation Politik informiert auf 133 Seiten kurz und präzise sowie gut illustriert über das erfolgreiche Konzept der Sozialen Marktwirtschaft (ideelle Grundvoraussetzungen; historische Einführung, Grundelemente, Herausforderungen).



Verfassung des Freistaates Bayern + Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Taschenbuchausgabe 2016

Die Texte der Bayerischen Verfassung und des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland liegen seit Anfang des Jahres als unkommentierte Ausgabe im Taschenbuchformat vor, die sich z.B. gut für Prüfungen eignet.



Weltfrieden in Gefahr – ein Spiel für Religion und Toleranz

Bei „Weltfrieden in Gefahr“ geht es um die Einübung des vorurteilsfreien Umgangs mit Angehörigen anderer Religionen und die Vermittlung von Wissen über deren Glaubensgrundsätze.

Das Spiel liefert nicht nur Einblicke in Symbole, Brauchtum und Feste der drei großen Buchreligionen Christentum, Judentum und Islam, sondern fördert auch den Teamgeist der Spieler, im Konsens Entscheidungen zu treffen und gemeinsam ans Ziel zu gelangen.

Entwickelt von vier Religionspädagogen, ist das Spiel ein wichtiger Beitrag zur interkulturellen Bildung und Werteerziehung.

Einsetzbar ab Jahrgangsstufe 3/4.



Memoria 1914–18

Memoria 1914–18 ist eine Graphic Novel zur Geschichte des Ersten Weltkrieges. Der junge Autor Nicolas Dehais, der aus einer deutsch-französischen Familie stammt, verarbeitet darin die aus heutiger Sicht bizarr erscheinende, fiktive Situation, dass sich seine beiden Urgroßväter als Feinde in den Schützen-

gräben direkt gegenüber gelegen haben könnten. Die Gedanken des Autors über das Leben und Sterben in den Gräben an der Westfront berühren durch ihre eindringliche Authentizität. Schlaglichtartig wird das Kriegserleben der beiden Großväter des Autors, Hippolyte Dehais und Edmund Hüttemann, erzählt. Im Wechsel der Perspektiven wird deutlich, wie grotesk die deutsch-französische „Erbfeindschaft“ aus heutiger Sicht erscheint.

Die Graphic Novel ist zweisprachig (deutsch/französisch) und eignet sich damit auch sehr gut für den Einsatz im bilingualen Unterricht.



Grundkurs Menschenrechte

Die vorliegende Lizenzausgabe ist die „schlanke“ Fassung des fünf-bändigen „Grundkurses Menschenrechte“, der in den Jahren 2012–2015 im Würzburger Echter Verlag in Herausgeberschaft der Akademie CPH in Nürnberg erschienen ist. Umfassende Kommentare zu allen 30 Artikeln der Allgemeinen Er-

klärung der Menschenrechte geben Leserinnen und Lesern einen systematischen und diskursorientierten Einblick in die spannende Materie und liefern damit vielfältige Impulse für eine historisch-politische Menschenrechtsbildungsarbeit. Ein besonderer Akzent liegt dabei auf den Konsequenzen, die aus der jüngeren Geschichte Deutschlands für die Erklärung der Menschenrechte gezogen wurden.



Der (des)informierte Bürger im Netz

Obwohl sie das Nachrichtengeschehen kaum noch überblicken, fühlen sich viele gut informiert. Doch die Verschmelzung von Nachrichten, Verschwörungstheorien und Hasskommentaren überfordert auch viele die Medienkompetenz vieler und verschärft die Polarisierung

der Gesellschaft. Die Publikation geht der Frage nach, wie soziale Medien die Meinungsbildung verändern und welche Folgen dies für die Demokratie haben könnte.



Bundestagswahl am 24. September 2017

Der demokratische Rechtsstaat braucht die Mitwirkung seiner Bürgerinnen und Bürger wie der Mensch die Luft zum Atmen: Ohne

sie kann er auf Dauer seine Werte nicht bewahren. Deshalb fördert die Landeszentrale zivilgesellschaftliches Engagement und Wahlbeteiligung und stellt zur Bundestagswahl am 24.09.2017 einfach verständliche Informationsbroschüren zur Verfügung.



Projekte 2017



Gemeinsam FairHandeln

Gemeinsam FairHandeln ist ein webseitengestütztes Projekt, in dem Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund aus Regel-, Übergangs- und Berufsintegrationsklassen in einem handlungsorientierten Prozess gemeinsam verbindliche Normen für das Zusammenleben in Schule und Gesellschaft entwickeln.

<http://www.blz.bayern.de/blz/blz/index.asp>

<http://www.gemeinsam-fairhandeln.de/>



Auf der Suche und unterwegs

„Auf der Suche und unterwegs“ ist ein webseitengestütztes Projekt, das im Rahmen von interkulturellen Stadtpaziergängen Begegnungen zwischen Regelklassen, Übergangs- und Berufsintegrationsklassen schafft, die gemeinsam „unterwegs“ sind und örtliche, kulturelle, soziale sowie zeitliche „Räume“ erkunden.

<http://www.blz.bayern.de/blz/blz/index.asp>

<http://unterwegs.raum-bayern.net/>



Politische Bildung meets HIP HOP

Die Bayerische Landeszentrale hat die Münchner Hip-Hop-Crossover-Band EINSHOCH6 mit dem Song „Pack es an!“ beauftragt. Die Idee hinter dem Projekt ist, junge Menschen für die Themen Partizipation und

soziales Engagement zu begeistern. Die Botschaft: In Zeiten, in denen man beim Kaffeeklatsch wieder von völkisch-nationalen Ideen spricht, ist es wichtig, dass man aufsteht und etwas tut. Nur wenn man sich bewegt, kann man etwas verändern. Im Musikvideo geben sich zahlreiche bayerische Persönlichkeiten die Klinke in die Hand. Alle möchten, dass der Zusammenhalt stärker wird und die Leute sich engagieren und wieder mehr die Dinge hinterfragen, die in unserer Gesellschaft passieren und gemeinsam anpacken. Am besten direkt im eigenen Umfeld damit anfangen!

Auf www.einshoch6.de/packesan gibt es den Song, das Musikvideo und zahlreiche kostenlose Materialien und Workshop-Ideen, die Lehrer im Unterricht verwenden können.

<http://www.blz.bayern.de/blz/blz/index.asp>

<http://www.einshoch6.de/packesan>

Themenheft von „Einsichten und Perspektiven“:



Ulrich Baumgärtner:
„Mein Kampf“ in der historisch-politischen Bildung

Das Themenheft zum Umgang mit Hitlers Mein Kampf in der historisch-politischen Bildungsarbeit ist ein Produkt einer jahrelangen, kontrovers geführten Diskussion im öffentlichen Raum. Insbesondere in Bayern hat man sich mit der Frage, wie über 70 Jahre nach dem Ende der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft mit dem schwierigen Erbe dieser Zeit umzugehen sei, intensiv auseinandergesetzt, da nach dem Tod Hitlers bzw. dem Ende des Eher-Verlags das Urheberrecht an Mein Kampf an den Freistaat übergegangen war. Obwohl andere zentrale Quellen zur Geschichte des Nationalsozialismus schon weit vor dem 1. Januar 2016 in wissenschaftlichen Editionen veröffentlicht waren und auch im schulischen Unterricht längst eine Auseinandersetzung mit Mein Kampf anhand von Quellenauszügen aus dem Werk stattfindet, geriet die Diskussion über Mein Kampf zu einer Symboldebatte.

Auf der einen Seite stand dabei die Forderung, eine offensive Aufklärung durch eine möglichst große Verbreitung von Mein Kampf zu erreichen, auf der anderen Seite gab es ernsthafte Sorgen, eine – zumal staatlich geförderte – Verbreitung der Hetzschrift könne ungewollt nationalsozialistischem Denken wieder Vorschub leisten. Das vorliegende Heft versucht diesen Polen Rechnung zu tragen: Es will nüchtern informieren, ohne nationalsozialistischem Gedankengut eine größere Bühne zu verleihen, es gibt methodische Anregungen, die für Lehrkräfte und außerschulische Multiplikatoren eine Ergänzung für ihre Arbeit bieten, und es stellt, soweit auf so knappem Raum möglich, zentrale Standpunkte der Diskussion über Mein Kampf dar. Das wissenschaftliche Fundament bildet dabei die im Januar 2016 erschienene, vom Institut für Zeitgeschichte München – Berlin herausgegebene Kritische Edition von Mein Kampf.

Das Themenheft ist bestellbar unter bestellen.bayern.de > Politische Bildungsarbeit und steht auch online auf der Webseite von Einsichten und Perspektiven: <http://www.blz.bayern.de/blz/eup/eup.asp>

Hitlers *Mein Kampf* – Perspektiven für die historisch-politische Bildungsarbeit

Hitlers *Mein Kampf*
Historische Ausgabe

Abbildung: Adolf Hitler: Mein Kampf. Zwei Bände in einem Band. Ungekürzte Ausgabe, 132–134. Auflage, München 1935, a.S.

METHODISCHE ANREGUNGEN:
 Die Haupttitelseite enthält eine Reihe von Informationen, die einen ersten Zugang zu Hitlers Werk ermöglichen. Die Markierung, Benennung und Erläuterung der einzelnen Elemente erschließt zentrale Aspekte.

LEITFRAGEN:
 Welche einzelnen Elemente enthält die Haupttitelseite (Titel, Autor usw.)?
 Welche Rolle wird Hitler durch diese Aufmachung zugewiesen?
 Welche Elemente der NS-Ideologie sind auf dieser Doppelseite erkennbar?
 Wieso fehlt in der Ecke rechts oben ein Teil der Seite?

Einsichten und Perspektiven Themenheft 1 | 16

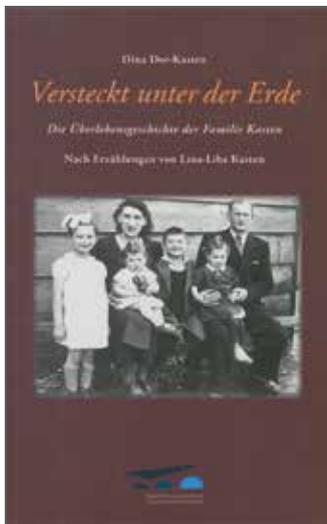
Adolf Hitler: <i>Mein Kampf</i> – Gliederung	
Band I	Band II
1. Im Elternhaus	1. Weltanschauung und Partei
2. Wiener Lehr- und Leidensjahre	2. Der Staat
3. Allgemeine politische Betrachtungen aus meiner Wiener Zeit und Sonstiges	3. Staatsangehöriger und Staatsbürger
4. München	4. Persönlichkeit und völkischer Staatsgedanke
5. Der Weltkrieg	5. Weltanschauung und Organisation
6. Kriegspropaganda	6. Der Kampf der ersten Zeit – Die Bedeutung der Rede
7. Die Revolution	7. Das Ringen mit der roten Front
8. Beginn meiner politischen Tätigkeit	8. Der Starke ist am mächtigsten allein
9. Die „Deutsche Arbeiterpartei“	9. Grundgedanken über Sinn und Organisation der S.A.
10. Ursachen des Zusammenbruches	10. Der Föderalismus als Maske
11. Volk und Rasse	11. Propaganda und Organisation
12. Die erste Entwicklungszeit der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei	12. Die Gewerkschaftsfrage
	13. Deutsche Bündnispolitik nach dem Kriege
	14. Ostorientierung oder Ostpolitik
	15. Notwehr als Recht

Das Themenheft enthält Zusatzmaterial mit didaktisch-methodischen Anregungen und Übersichten, die im Unterricht gut verwendbar sind.

Leseempfehlung

Dina Dor-Kasten: Versteckt unter der Erde. Die Überlebensgeschichte der Familie Kasten, Berlin 2016 (Metropol Verlag)

von Tom Biermann



„Alles, was ich von euch empfangen habe, habe ich bewahrt; wir alle werden es bewahren und uns erinnern. Ihr seid für uns Vorbild und gebt uns Mut. Euer Kampf ums Leben ist eine Kraftquelle für unsere Kinder und Enkel und die kommenden Generationen.“ (Dina Dor-Kasten)

Dina Dor-Kasten wurde 1940 in Bukaczowce (heute Ukraine) geboren und überlebte die Shoah unter unvorstellbaren Umständen; davon erzählt sie in „Versteckt unter der Erde“ auf der Grundlage vieler Geschichten ihrer Mutter Lina-Liba. Das in einer Art Tagebuchstil verfasste Buch führt den Leser zurück in die Schreckensherrschaft des „Dritten Reiches“. Nachdem die Familie Kasten – die Eltern Jossel und Lina-Liba ihren beiden Kindern Schmulik und Dina – aus ihrem Heimatdorf Bukaczowe in der Ukraine in das 30 Kilometer entfernte Ghetto Rhatyn deportiert wurde, gelingt ihnen im März 1942 die Flucht in den Witan-Wald nahe ihrem Heimatort. Dort überleben sie – gleichsam in der Wildnis – über zwei Jahre unter kaum vorstellbaren widrigen Bedingungen, geplagt von Hunger und Krankheiten in einem eigens gegrabenen Erdloch, vor der willkürlichen Ermordung durch die Nationalsozialisten. Jeder Tag fordert das Schicksal der Familie aufs Neue heraus, besonders im Winter scheint

das Überleben nahezu unmöglich. Das Leben im Versteck im Wald wird von Dunkelheit, Kälte, plagenden Hunger, quälenden hygienischen Bedingungen und einer ungeheuren Stille bestimmt. Zudem stehen sie fortlaufend in Gefahr, von Nazis entdeckt oder von ukrainischen Kollaborateuren verraten zu werden. Dennoch schafft es die Familie, auch mit der Hilfe einer befreundeten Polin, zu überleben. Mehr noch, die Geburt der Tochter Tonia während dieser Zeit weckt neue Hoffnung und lässt die Familie Kasten neuen Mut schöpfen. 1944 wird die Region durch die Sowjetarmee befreit. Die Familie kann sich wieder frei bewegen, hat ihr Zuhause jedoch verloren. Schließlich entschließt sich die Familie zur Auswanderung nach Israel. Über das DP-Lager Wegscheid /Linz in Österreich gelingt ihnen 1948 die Reise nach Israel.

„Versteckt unter der Erde“ ist gegen das Vergessen geschrieben und neben ihrer Familie auch all den ermordeten Verwandten gewidmet.



Impressum

Einsichten und Perspektiven
hg. v. d. Bayerischen Landeszentrale
für politische Bildungsarbeit
Verantwortlich: Monika Franz
Praterinsel 2
80538 München

Redaktion dieses Heftes: Monika Franz, Uta Löhner
Redaktionsassistent: Hendrik Cwielong

Titelfoto: picture alliance/akg images

Gestaltung: Brandungen GmbH, Petersstraße 46, 04109 Leipzig

Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn

Die Beiträge stellen keine Meinungsäußerung der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit dar.
Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.
Die Landeszentrale konnte die Urheberrechte ggf. nicht bei allen Bildern dieser Ausgabe ermitteln.
Sie ist aber bereit, glaubhaft gemachte Ansprüche nachträglich zu honorieren.

Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit
Praterinsel 2, 80538 München, Fax: 089 2186-21 80, landeszentrale@stmbw.bayern.de
www.blz.bayern.de